

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

der Landtagswahl 1998 - Bayern -
Stand: 14.09.1998, 00:03 Uhr

Veränderung gegenüber 1994
Anzahl %P.
30471
250293 +2,2

Wahlkreis- vorschlag	Gesamtstimmen				
	1998 Anzahl	1998 %	1994 %	Veränderung	
				Anzahl	%P.
CSU	6445716	52,9	52,8	+281828	+0,1
SPD	3501418	28,7	30,0	-5202	-1,3
GRÜNE	692071	5,7	6,1	-21661	-0,4
REP	437967	3,6	3,9	-16203	-0,3
F.D.P.	201635	1,7	2,8	-125670	-1,1
ödp	217645	1,8	2,1	-21338	-0,3
BP	88700	0,7			
BFB	50336	0,4			
FBU	23871	0,2			
NPD	23884	0,2			
NATURGESETZ	8386	0,1			
STATT Partei	2492	0,0			
ASP	11363	0,1			

Politikkonzept
der CSU nicht
bayernspezifisch

S. 3

Fernfahrer
besetzten
Grenzübergänge
S. 20



Euromarsch
geht weiter

S. 13



Aktuell aus Politik und Wirtschaft

<i>Aktuell in Bonn</i>	2
Landtagswahl Bayern	3
Das „Startprogramm“ der SPD ...	4
Karawane für die Flüchtlinge: Demo am 19. September	5
Transrapid stoppen	5
Der BdV hetzt: Rückkehr, Land ...	6
Deutsch-polnische Gesellschaft contra Kinkel	7
Auslandsberichterstattung	
Chile: 25 Jahre nach dem Putsch ..	8
Tschechische Autoindustrie in der Krise	8
Großbritannien: Blair lehnt Pro- gramm gegen Arbeitslosigkeit ab ..	9
Großmachtinteressen bei der Teilung des Balkans	9
Konferenz der Blockfreien	10
Meldungen	11

Regionales West und Ost

<i>Lokaler Widerstand</i>	12
Köln, Juni 1999: Euromarsch geht weiter	13
Hamburg: Aktionstag gegen soziale Ausgrenzung	13
Regensburg: Gelöbnix	14
Eberswalder Netzwerk gegen Rechtsradikalismus	15
Frankfurt/M.: Verwicklung der Deutschen Bank	15
„Mein Lebensstandard sank um 51,58 Prozent“	16
Leipzig: Nach 53 Jahren endlich Denkmal für Deserteure	16
Thüringen: Gewerkschafter gegen rechts	17
<i>O-Ton</i>	16
<i>Kommunale Politik</i>	17

Aus Betrieben und Gewerkschaften

<i>Was war?</i>	18
IG Metall: Ende der tarif- politischen Bescheidenheit	20
ÖTV: Fernfahrer wehren sich ...	20
DGB-Aktion am 12.9.	21

Diskussion und Dokumentation

SPD-Linke in Bayern: Erklärung für eine soziale Gesellschaft	22
Interview mit einem ehemaligen baskischen Gefangenen	23

Letzte Seiten

„Hamburger Ehe“: Gleichstellung aller Lebensweisen!	27
Termine	28

IN BONN LEHRSTELLENNOT:

AKTUELL Über 20 000 Jugendliche werden dieses Jahr keinen Ausbildungsplatz erhalten. Das schätzt die Bundesanstalt für Arbeit aufgrund der Ende August vorliegenden Zahlen. Laut BfA-Chef Jagoda waren in den alten Bundesländern 94 185 Jugendliche ohne Lehrstelle und 52 206 Lehrstellen unbesetzt. In den neuen Bundesländern waren die Zahlen erheblich gravierender. Hier waren noch 57 388 Auszubildende ohne Lehrstelle und nur 6 695 Lehrstellen als unbesetzt gemeldet. Rein „statistisch“ waren damit fast 100 000 Jugendliche ohne Aussicht auf eine Lehrstelle. Die Bundesanstalt für Arbeit geht davon aus, daß weniger Lehrstellen fehlen, weil sich Jugendliche auf mehrere Lehrstellen beworben haben und erst bei Beginn des Lehrjahres endgültig entscheiden. Vor allem den Jugendlichen in den neuen Bundesländern dürfte das ein geringer Trost sein, ihre Aussicht, noch eine Lehrstelle zu bekommen, ist außerordentlich gering.

ZWANGSARBEITER-ENTSCHÄDIGUNG:

In die Diskussion um die immer noch ausstehende Entschädigung der Zwangsarbeiter bei deutschen Konzernen während der NS-Zeit haben sich die Grünen im Bundestag noch einmal eingeschaltet. Ihr rechtspolitischer Sprecher Jürgen Beck bekräftigte die Forderung seiner Partei nach Errichtung einer Bundesstiftung. Trotz der anlaufenden Klagen vor den Gerichten in Deutschland und in den USA gegen Firmen, die unter dem NS-Regime Zwangsarbeiter eingesetzt haben, bleibe die Notwendigkeit einer solchen Bundesstiftung für die Entschädigung von NS-Zwangsarbeit. „Die vielen in den osteuropäischen Staaten lebenden ehemaligen Zwangsarbeiter sind zumeist verarmt und haben keine gesellschaftliche Lobby, die ihre Interessen vor den Gerichten vertritt. Gerade für dieses Gros der Opfer kann nur eine Bundesstiftung, die zu gleichen Teilen vom Staat und von der Industrie finanziert wird, eine Lösung erbringen.“ Nachdem sowohl Gerhard Schröder wie eine Reihe von Firmen Bereitschaft zu einer Bundesstiftung signalisiert hätten, sollte die Errichtung dieser Stiftung „ein gemeinsames rot-grünes Regierungsprojekt werden. Wegen des hohen Alters der Betroffenen drängt die Zeit.“ Beck kritisierte Überlegungen von Konzernen wie VW, statt einer Bundesstiftung eine privatrechtliche Stiftung zu schaffen: „Wir halten die Errichtung einer privatrechtlichen Stiftung nicht für den richtigen Weg. Eine Bundesstiftung wird auf einer gesetzlichen Grundlage errichtet. Sie kann das Geld an die Opfer weitergeben, das ihr vom Bundeshaushalt und der Industrie zugeführt wird. Demgegenüber kann eine privatrechtliche Stiftung nur die Zinsen an die Opfer weitergeben, die mit dem Stammkapital erwirtschaftet werden. Dies wäre ein weitaus geringerer Betrag, der für die Opfer zur Verfügung stünde.“

BERICHT GESTOPPT: Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik haben die Regierungsparteien mit ihrer Mehrheit im Ausschuß verhindert, daß ein fertiger Bericht einer vom Bundestag eingerichteten Enquetekommission vor den Wahlen veröffentlicht wird. Der Bericht der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel“ soll erst wenige Tage nach den Wahlen, sozusagen in der „Interimszeit“ zwischen der Wahl und dem erstmaligen Zusammentreten des neuen Bundestages, veröffentlicht werden. Der Grund: Die Regierungsparteien sind mit den Aussagen der Kommission zur Einwanderung, zu einer notwendigen Reform des Staatsbürgerschaftsrechts und zum Zusammenhang von Rentenentwicklung und Einwanderung nicht einverstanden. Der grüne Abgeordnete Özdemir hatte Anfang September noch gehofft, der Bericht werde vor den Wahlen veröffentlicht, und erklärt: „Die Reihe der Expertenberichte, die die Versäumnisse der Bundesregierung aufzeigen, nimmt kein Ende. Im Ton verhalten, in der Sache deutlich nennt der Enquete-Bericht nun die integrationspolitischen Fehlleistungen der Kohl-Regierung. Nicht nur aus demographischer Sicht gibt es keine Alternative zur Integration der hier leben AusländerInnen. Der Bericht nennt klar die politischen Notwendigkeiten: erleichterte Einbürgerung, Reform des Staatsangehörigkeitsrechts. Auch mit einem anderen Credo der Bundesregierung räumt der Kommissionsbericht auf: Die Bundesrepublik sei seit je her ein Einwanderungsland gewesen, stellen die Kommissionsmitglieder fest. Man darf gespannt sein, wann der Bericht der Öffentlichkeit vorgelegt wird.“ Nun ist's raus: Nach den Wahlen!

VERMÖGENSSTEUER: Die Regierungsparteien hatten ihre Abschaffung der Vermögenssteuer u.a. mit dem „Argument“ begründet, das Verfassungsrecht verbiete eine Besteuerung von mehr als 50% der Einkünfte, Spitzensteuersatz plus Vermögenssteuer könnten bei Betrieben zu genau dieser unerlaubt hohen Steuer führen. Diesem „Argument“ hat nun der Bundesfinanzhof ein Ende bereitet. Die PDS-Abgeordnete Barbara Höll wird Anfang September auf dieses wenige Tage vorher bekannt gewordene Urteil hin: „Die Vermögenssteuer ist nicht verfassungswidrig, die Konstruktion des ‚Halbteilungsgrundsatz‘ im Vermögenssteuerurteil des BVG vom 22.6.1995 kein Argument dafür, daß Vermögen nicht mehr besteuert und Steuersätze massiv gesenkt werden. In seinem Beschluß vom 17. Juli hatte der Bundesfinanzhof die Vorgabe aus Karlsruhe relativiert und erklärte sie als rechtlich nicht verbindlich. Das ist eine eindeutige Absage an die Steuerpolitik des Herrn Waigel ...“

WAS KOMMT DEMNÄCHST? Am 25. September tagt der Bundesrat. Am 27. September sind Bundestagswahlen.

Politikkonzpet der CSU: nicht bayernspezifisch

Der Sieg der Union in Bayern markiert eine gefährliche Tendenz der BRD-Gesellschaft. Aus der Position der regierenden Partei heraus ist der CSU eine Verschiebung im Stil konservativer Politik gelungen. Man spricht ohne Verzerrungen die Gewinner im Kampf um den wirtschaftlichen Erfolg an und erreicht damit mehr als fünfzig Prozent der Wahlberechtigten.

Schweifwedelnd gegenüber den sogenannten Leistungsträgern, beißfreudig gegen Benachteiligte – im Unionsstaat ist Wirtschaftserfolg der Erfolg schlechthin. Den Unternehmerpersönlichkeiten, die ihn erzielen, muß alles weitere dienen. Die Staatsfunktion wird gleichzeitig ausgebaut und reduziert. Inhaltlich reduziert, weil die Aufgabe, Vorstellungen der Bevölkerung den wirtschaftlichen Machthabern entgegenzustellen, wegfällt, und es vielmehr darauf ankommt, diesen Machthabern Bedingungen für den Erfolg zu schaffen. Ausgedehnt, weil mit der Verankerung der gesellschaftlichen Ungleichheit die Ordnungspolitik immer mehr Sicherungen gegen gesellschaftliche Abweichung oder Widerstand setzen muß. Diese Politikauffassung ähnelt derjenigen der FDP, für die damit in Bayern kaum noch Platz blieb.

Der von der CSU aggressiv verfochtene und in der öffentlichen Meinung verankerte Politikstil ist nicht bayernspezifisch. Bayern: ein vorteilhafter Standort in Deutschland. Deutschland: ein vorteilhafter Standorte in Europa. Europa:

ein vorteilhafter Standort in der Welt.

Man muß sich allen Ernstes fragen: Kann es geschehen, daß diese Politik der mitleidslosen Vorteilnahme tatsächlich einen mehrheitsfähigen Teil der Bevölkerungen in Deutschland, in Europa als begünstigte Klienten an sich bindet?

Es gibt durchaus Schwachpunkte:

Eine relativistische Politik, deren Zugkraft ganz aus dem „... bessere als in ...“ gewonnen wird, kann die sozialen Tatsachen für einen Moment aus der Meinungsbildung ausblenden, aber nicht lange und nicht umfassend.

Eine Politik, die auf Ungleichheit setzt, produziert Spannungen. International und innenpolitisch. Der Anteil der Anhänger, der solche Spannungen in Kauf nehmen will, ist groß, aber viel kleiner, als jetzt der wegen erwarteter Vorteile zusammengefangene Haufen.

Das bayerische Wahlergebnis zeigt aber auch, was gegen das Meinungsmonopol des unionsgeführten Bürgerblocks helfen kann. Die Bündnisgrünen, deren Landtagsfraktion eine schwere Krise mit Bereicherungsvorwürfen, Parteiaustritten etc. durchlebt hatte, griffen in dieser Krise auf ihre demokratischen Traditionen zurück und trafen ins Schwarze.

Anders die SPD. Ganz falsch rief Schröder, der den Bayernwahlkampf inspirierte und durch Auftritte auch beherrschte, zum „Bündnis mit den Leistungsträgern der Gesellschaft“ auf, womit er die Kapitalisten und das Management meinte. Die SPD hat ihre sozialen

Zielsetzungen weit zurückgeschraubt, und diese dann auch noch verborgen gehalten. Sie setzt ganz und gar auf die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums durch den Staat. Besser wäre es wohl, über eine andere Verteilung direkt an der Quelle nachzudenken.

Die Politik der Vorteilnahme erzeugt Ungleichheit, Benachteiligung und konkret unerträgliche Lebenssituationen. In der Bayernwahl wurden die Parteien daran gemessen, wie sich ihre Politik in einem System von Bereicherung und Vorteilnahme ausnimmt. Schröder hat, wenigstens bei einigen Reden in Bayern, diese Meßlatte aufgenommen. Sie muß verworfen werden.

Statt dessen muß und kann linke Politik zeigen, welche Risiken die Gewinnmitnahme auf Kosten des Mitmenschen mit sich bringt. Die Verwüstung des Zusammenlebens, der Zukunft. Die Produktion von Spannungen und die Produktion von Gewalt und Militär, um den Deckel drauf zu halten.

In Bayern sagte man spöttisch: Was brauchen wir die REPs, wir haben ja die CSU. Tatsächlich: Die CSU-Regierung baut ein Repressionspotential auf, und die rechtlichen und ideologischen Hürden gegen faschistisches Gedankengut werden niedriger. Die CSU trägt eine rechtsradikale Bewegung in sich. Ihre Politik nährt Überlegenheitsgefühle, sie legitimiert Gewalteinsatz zur Sicherung der Beute.

Neben der Tatsache, daß ein demokratischer, in seinem Schwerpunkt gegen die Ausländerfeindlichkeit gerichteter Wahlkampf der Bündnisgrünen erfolgreich war, zeigt das Abschneiden der SPD auch, daß linke Politik ohne sozialistische Komponente keine Chance hat. Die PDS konnte im Landtagswahlkampf nichts ausrichten, sie ist in Bayern viel zu klein. Im parallel laufenden Bundestagswahlkampf aber fand sich, so wie anderswo auch, ein außerordentlich starkes Interesse am Programm der Partei. Linke Politik, die kritikfähig ist und die Risiken zeigt, die in der gnadenlosen Mitnahme liegen, die solidarisch ist, und die Erfahrungen achtet, die aus dem Zusammenleben und der Zusammenarbeit der werktätigen Massen entstehen, linke Politik, die schließlich zukunfts-fähig ist und die jetzt diktatorisch fremdbestimmte und geordnete Welt der Wirtschaft für Teilnahme und Teilhabe aufbricht, linke Politik hat ihre Chance. Was Schröder mit Schmidt in Bayern versuchte, war nicht rot-grün (rot), sondern bloß eine gelbe Pleite. *maf*

Aktuelle (vorläufige) Ergebnisse der Landtagswahl 1998 - Bayern -											
Ergebnis aus 104 von 104 Stimmkreisen mit 100,0 % der Stimmberechtigten Stand: 14.09.1998, 00:03 Uhr											
Stimmberechtigte Wähler/Wahlbeteiligung	1998		1998		Veränderung gegenüber 1994						
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%-P.					
	8824003	X			+80471	.					
	6176796	70,0			+250293	+2,2					
Wahlkreis- vorschlag	Erststimmen				Wahlkreis- vorschlag		Gesamtstimmen				
	1998 Anzahl	1998 %	1994 %	Veränderung			1998 Anzahl	1998 %	1994 %	Veränderung	
				Anzahl	%-P.					Anzahl	%-P.
CSU	3168284	51,7	52,2	+104649	-0,5	CSU	6445716	52,9	52,8	+281828	+0,1
SPD	1800805	29,4	30,1	+35315	-0,7	SPD	3501418	28,7	30,0	-5202	-1,3
GRÜNE	335495	5,5	6,3	-35757	-0,8	GRÜNE	692071	5,7	6,1	-21661	-0,4
REP	226526	3,7	4,0	-6488	-0,3	REP	437967	3,6	3,9	-16203	-0,3
F.D.P.	103696	1,7	2,8	-62107	-1,1	F.D.P.	201635	1,7	2,8	-125670	-1,1
ödp	117125	1,9	2,3	-15968	-0,4	ödp	217645	1,8	2,1	-31338	-0,3
BP	47963	0,8	1,2	-20839	-0,4	BP	88700	0,7	1,0	-31172	-0,3
BFB	25782	0,4	0,4	-506	-0,0	BFB	50336	0,4	0,4	-2177	-0,0
FBU	13456	0,2	0,4	-9993	-0,2	FBU	23871	0,2	0,4	-18041	-0,2
NP	11639	0,2	0,1	+5635	+0,1	NP	23884	0,2	0,1	+12285	+0,1
NATURGESETZ	2112	0,0	0,1	-1472	-0,1	NATURGESETZ	8386	0,1	0,1	-518	-0,0
STATT Partei	1490	0,0	0,0	-1070	-0,0	STATT Partei	2492	0,0	0,0	-2200	-0,0
ASP	4958	0,1	X	.	.	ASP	11363	0,1	X	.	.
DKP	732	0,0	X	.	.	DKP	1670	0,0	X	.	.
"6. PARTEI"	5255	0,1	X	.	.	"6. PARTEI"	10289	0,1	X	.	.
FR. WÄHLER	251275	4,1	X	.	.	FR. WÄHLER	444861	3,7	X	.	.
HP	71	0,0	X	.	.	HP	774	0,0	X	.	.
Fr. Franken	333	0,0	X	.	.	Fr. Franken	1975	0,0	X	.	.
PBC	5806	0,1	X	.	.	PBC	17293	0,1	X	.	.
Sonstige 94	X	X	0,1	.	.	Sonstige 94	X	X	0,1	.	.
Stimmen:						Stimmen:					
gültig	6122803	100	100	+253241	-	gültig	12182346	100	100	+512465	-
ungültig	50831	0,8	1,0	-5668	-0,2	ungültig	163652	1,3	1,5	-18374	-0,2
abgegeben	6173634	X	X	+247573	.	abgegeben	12345998	X	X	+494091	.
- nichts vorhanden											
- Zahlenwert nicht rechenbar											
Anmerkung: Bei der Landtagswahl in Bayern gibt es Erst- und Zweitstimmen. Die „Gesamtstimmen“ sind die Summe beider.											
X Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll											

- nichts vorhanden

- Zahlenwert nicht rechenbar

X Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll

Anmerkung: Bei der Landtagswahl in Bayern gibt es Erst- und Zweitstimmen. Die „Gesamtstimmen“ sind die Summe beider.

Für viele etwas, aber kaum neue Ansätze für eine soziale und solidarische Umgestaltung

Das „Startprogramm“ der SPD

Daß die Unionsparteien im Ergebnis der bayerischen Landtagswahl ein „Signal für die Bundestagswahlen“ sehen, war zu erwarten. Ihr Koalitionspartner, die FDP, widerspricht dem ebenso erwartungsgemäß, wie SPD und B' 90/Die Grünen. Auch die Wahlforschungsinstitute stützen die These von einem Stimmungsumschwung für schwarz-gelb ebenso wenig, wie die Erfahrungen auf Podiumsdiskussionen zur Wahl in Nordrhein-Westfalen in den zwei Tagen nach der bayerischen Landtagswahl.

Vieles spricht dafür, daß der Zuspruch zu den Parteien regional sehr unterschiedlich ist. Mindestens drei Regionen kann man unterscheiden, den Nordwesten, die südlichen Bundesländer und das Gebiet der ehemaligen DDR. Im Ruhrgebiet liegt die Arbeitslosenquote bei 14,3 %, da fehlt dem Argument einer „Trendwende“ der Nährboden, das gleiche gilt für die verblühten Landschaften im Osten. In Bayern sieht das anders aus, wobei auch die SPD verhalten darauf hinweist, daß der Aufschwung dort in großem Umfang von Aufträgen für die Rüstungsindustrie oder Geldern für Forschungszwecke, z.B. für Siemens, abhängt.

Dennoch zieht die SPD Konsequenzen aus der Niederlage in Bayern. Die wichtigste heißt: Die PDS soll stärker bekämpft werden. Auf einer Pressekonferenz am 14.9. versprach Schröder „neuen Drive“ für den „Aufbau Ost“. Auch die CDU will sich in den letzten Wochen des Wahlkampfes auf die östlichen Bundesländer konzentrieren. Pressekommentare in SPD-nahen Zeitungen raten Schröder, auch von den Grünen starker Abstand zu nehmen. Lafontaine hat inzwischen sogar die Möglichkeit einer Großen

Koalition ins Gespräch gebracht, bei der die SPD der kleinere Partner ist.

Schröders „Aufbau Ost“ stößt allerdings auf Schwierigkeiten in der eigenen Programmatik. Schon das SPD-Wahlprogramm hat für den Osten fast nichts zu bieten. Im „Startprogramm“ findet sich überhaupt nichts. Ein „Bündnis für Arbeit und Ausbildung“, ein Sofortprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit und eine Steuerreform sind die wesentlichen Punkte. Dabei ist das SPD-Steuerkonzept nicht weit weg von dem der Unionsparteien und der FDP. Selbst in punkto Senkung des Spitzensteuersatzes für Millionen-Einkommen findet eine weitere Annäherung statt: Während im Wahlprogramm noch von einer Senkung des Spitzensteuersatzes auf 49% die Rede ist, heißt es im Startprogramm auf *zunächst* 49 % – nach unten ist die SPD also offen.

Ansonsten bietet das „Startprogramm“ für viele etwas. Dabei fällt auf, daß die Rücknahme der Kürzungen bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die „Korrektur“ – was immer das auch heißt – der Änderungen beim Kündigungsschutz, die Rücknahme der zum 1.1.1999 beschlossenen Rentenkürzungen und der schlimmsten Auswüchse der Zuzahlungsregelungen den Bund nichts kosten. Bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall geht es um Löhne und Gehälter, die im öffentlichen Dienst bereits tariflich geregelt sind, bei anderen Versprechen um Versicherungsleistungen. In punkto Rente fügt das „Startprogramm“ ausdrücklich hinzu, daß die SPD die „Eigenversorgung“ stärken will. Das erinnert an die Absichten zur Privatisierung der Altersvorsorge, wie sie die jetzige Regierungskoalition betreibt.

Trotzdem tragen diese Versprechen zur Mobilisierung der Anhänger bei, ebenso wie die Zusage einer Bafög-Reform für die Studenten. Denn sie richten sich gegen wichtige Einschnitte in das bisherige Sozialsystem der Bundesrepublik. Ebenso führen sie dazu, daß die Kapitalistenverbände inzwischen – und anders

als vor rund einem Jahr – deutlich Abstand von einer möglichen rot-grünen Regierung genommen haben. Nicht nur BDI-Henkel kritisierte die Zusagen heftig und stellte die Beteiligung der Kapitalisten an einem „Bündnis für Arbeit und Ausbildung“ in Frage. Die Strategie der SPD, den Regierungswechsel ohne Streit mit Banken und Konzernen hinzukriegen, geht also ohnehin nicht auf.

Allerdings fehlen im „Startprogramm“ nicht nur wichtige Punkte wie die Wiedereinführung des Schlechtwettergeldes, die Forderung nach einer Reform des Arbeitszeitgesetzes, die Änderung des alten §116 AFG, der sich gegen das Streikrecht richtet, oder die Eingrenzung des Ladenschlusses. Das „Startprogramm“ läßt auch die Drohungen gegen Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger stehen, die schon das SPD-Wahlprogramm anstimmt. Statt Rücknahme der Leistungskürzungen verspricht die SPD Leistungskürzungen für Sozialhilfeempfänger, die Arbeitsplätze „ohne wichtigen Grund“ ablehnen. Ohne solchen Druck ist ein Niedriglohnsektor nicht durchzusetzen, für den die SPD ist. Von einer Reform des Staatsbürgerschaftsrechts oder Wiederherstellung des Asylrechts ist ohnehin nicht die Rede.

Für die Gewerkschaften, viele Selbsthilfegruppen und auch für die SPD-Linke beinhaltet das „Startprogramm“ etliche Kröten. Im Gegensatz zur Strategie des Parteivorstandes ist es für sie wichtig, daß die PDS wieder in den Bundestag einzieht. Wie sonst sollen Konzepte wie die soziale Grundsicherung oder die Einrichtung eines öffentlichen Beschäftigungssektors, jenseits von Markt und Profit, ins Parlament eingebracht werden? Wer sonst soll Druck von links machen, was sowohl bei einer rot-grünen Regierung als auch erst recht bei einer Großen Koalition nötig ist? Auch Bündnis 90/Die Grünen stehen kaum noch für Ansätze zu einer Umgestaltung der Gesellschaft in Richtung „sozial und solidarisch“.

wof

Aus dem „Startprogramm“

Bündnis für Arbeit und Ausbildung: Mit einem „Bündnis für Arbeit und Ausbildung“ wird die SPD-geführte Bundesregierung gemeinsam mit Gewerkschaften und Unternehmen die konkreten Maßnahmen vereinbaren, die notwendig sind, damit die Arbeitslosigkeit abgebaut wird und jeder Jugendliche einen Ausbildungsplatz erhält ...

Sofortprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit: ... wird die SPD-geführte Bundesregierung ein Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit auflegen. Damit sollen 100.000 junge Arbeitslose so schnell wie möglich in Ausbildung und Beruf gebracht werden ...

Steuerreform für mehr Arbeit und mehr Investitionen: Die SPD-geführte Bundesregierung wird gemeinsam mit den SPD-ge-

fürten Bundesländern dafür sorgen, daß es Anfang 1999 den Einstieg in eine große Steuerreform gibt ... Im Mittelpunkt steht die schrittweise Absenkung des Einkommenssteuersatzes auf 15% – in einem ersten deutlichen Schritt auf 21,9% – und eine Senkung des Spitzensteuersatzes auf zunächst 49%. Die Unternehmenssteuersätze werden für alle Unternehmen schrittweise auf 35% gesenkt. 1999 wird das Kindergeld auf monatlich 250 DM für das 1. und 2. Kind angehoben ...

Rentenkorrekturgesetz: Damit es am 1.1.1999 nicht zu der beschlossenen Rentenkürzung kommt, wird die SPD-geführte Bundesregierung unmittelbar nach Amtsbekanntgabe ein „Rentenkorrekturgesetz“ beschließen. Zu einer großen Rentenreform gehört auch die Stärkung der Eigenverantwortung und privaten Vorsorge ...

Gesetz zur Sicherung der Arbeitnehmerrechte: ... Nach Beratung mit den Gewerkschaften und Arbeitgebern wird die neue Bundesregierung ein „Gesetz zur Sicherung von Arbeitnehmerrechten“ vorlegen. Damit werden die Fehlentscheidungen beim Kündigungsschutz und bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall korrigiert.

Entlastung der Patienten in der gesetzlichen Krankenversicherung: Als Sofortmaßnahme für eine gerechtere Gesundheitspolitik wird die SPD-geführte Bundesregierung chronisch Kranke und ältere Patienten von Zuzahlungen entlasten ...

Bekämpfung von illegaler Beschäftigung und Lohndumping: ... Wir werden dafür sorgen, daß auf deutschen Baustellen zu deutschen Tarifbedingungen gearbeitet wird. Die Bußgelder bei illegaler Beschäftigung werden drastisch erhöht.

**„Karawane für die Flüchtlinge“:
Demonstration in Köln am 19. September**

„Wir haben keine Wahl, aber wir haben eine Stimme“

Die „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migranten“ will ihre bundesweite Kampagne mit einer Demonstration am 19. September abschließen. Hier der Aufruf.

Eine Woche vor der Bundestagswahl, am 19. September 1998, demonstrieren wir für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen. Diese Demonstration bildet den Abschluß der „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen“, in der sich Flüchtlinge und MigrantInnen zusammengetan haben, um für ihre Rechte einzutreten und ihre Lebensrealität in die Öffentlichkeit zu tragen. Sie wird getragen von der „Karawane“ und dem „Kölner Bündnis für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen“. Fakt ist: Deutschland ist ein Einwanderungsland. Doch unsere Einbürgerung wird erschwert. Eine doppelte Staatsbürgerschaft wird abgelehnt. Und obwohl wir schon seit Jahrzehnten hier leben, arbeiten und Steuern bezahlen, wird uns als Menschen ohne deutschen Paß das Wahlrecht verweigert. Fast zehn Prozent der Bevölkerung sind somit von den Wahlen ausgeschlossen.

Als MigrantInnen unterliegen wir dem wirtschaftlichen Kalkül. Heute ist offen die Rede davon, daß „die zweite MigrantInnengeneration von der Wirtschaft nicht mehr gebraucht“ wird. Wir werden – gerade in Wahlkampfzeiten – für die zunehmenden sozialen Probleme verantwortlich gemacht und diffamierende Kampagnen stempeln uns zu „Kriminellen“. Unserer Recht hier in Deutschland zu leben wird abgestritten.

Also werden die Ausländergesetze verschärft. Wenn wir Sozialhilfe beantragen, wenn wir in zu engen Wohnungen leben, ist unser Aufenthalt hier schon gefährdet. Uns droht die Abschiebung. Unseren Kindern zwingt man ein Visum auf. Bei der Vergabe von Arbeitsplätzen stehen wir hinter deutschen und EU-BürgerInnen an letzter Stelle. Für Flüchtlinge besteht ein generelles Arbeitsverbot.

Die legalen Einreise- und Aufenthaltsmöglichkeiten werden immer weniger. Somit bleibt immer mehr Menschen nur die Illegalität. „Illegal“ zu leben heißt, jeden rechtlichen Schutz und jeden Anspruch auf medizinische und soziale Versorgung zu verlieren.

Doch auch „legal“ können wir den Anspruch auf soziale Menschenrechte verlieren. Mit der Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes in diesem Sommer wird zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik ein Teil der Bevölkerung vollständig von Sozialleistungen ausgeschlossen. Wir werden in eine Lage

gebracht, in der es unmöglich ist, in Deutschland zu leben. Der Sinn des ganzen: Wir sollen Deutschland „freiwillig“ verlassen. Knapp fünfzig Jahre nach der Unterzeichnung der Genfer Flüchtlingskonvention ist das Recht auf Asyl in Deutschland faktisch abgeschafft. Europa ist zur Festung geworden. Jährlich sterben Hunderte von Menschen bei dem Versuch, Westeuropa überhaupt zu erreichen. Wenn wir als Flüchtlinge hier ankommen, werden wir gedemütigt und wie VerbrecherInnen behandelt. Wir werden in Schiffe und Lager gesperrt, unser Lebensunterhalt wird immer weiter gekürzt und wir werden von der Gesellschaft isoliert. Wir sind Mißhandlungen durch die Polizei und unfairen Asylverfahren ausgesetzt, werden in Gefängnisse gesteckt und am Ende abgeschoben. Auch wenn unser Leben bedroht ist durch Folter und Verfolgung. Fliehen wir, weil wir als Frauen unterdrückt werden, weil man uns das Recht auf Bildung verweigert oder uns verstümmelt, werden wir zurückgeschickt: asylrechtlich nicht relevant.

Es läßt sich nicht leugnen: Deutschland ist mitverantwortlich für das Elend und die Unterdrückung auf der Welt. Deutsche Geschäftsinteressen gehen vor Freiheit und Demokratie. Rechtlose ArbeiterInnen bedeuten billige Arbeitskräfte für deutsche Investoren, fehlender Umweltschutz billige Rohstoffe.

Deshalb rufen wir alle MigrantInnen, Flüchtlinge und die gesamte Bevölkerung dazu auf, unsere Demonstration für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen zu unterstützen!

BUNDESWEITE DEMONSTRATION FÜR DIE RECHTE VON FLÜCHTLINGEN UND MIGRANTINNEN

Köln, 19. September, 12 Uhr Ebertplatz, anschließend Kundgebung mit Kulturfestival ab 16 Uhr auf Roncalliplatz

Bisher 82000 Unterschriften in Berlin

Der Transrapid kann gestoppt werden!

Von Jutta Matuschek

Die Bundesregierung bemüht sich eifrig, die Entscheidung für den Transrapid als bereits gefallen darzustellen. Auch SPD-Kanzlerkandidat Schröder hat erklärt, er werde den Transrapid bauen lassen. Doch noch kann das Verschwendungsobjekt gestoppt werden.

Die Berliner Volksinitiative gegen den Transrapid hatte letzte Woche 82 000 Unterschriften gegen das Projekt gesammelt. 90 000 sind bis Ende September erforderlich, um eine neuerliche Debatte im Berliner Abgeordnetenhaus über das

1. Berliner Volksinitiative BürgerInnen gegen Transrapid



Projekt, für das eine aktuelle Kostenkalkulation inzwischen seit drei Monaten überfällig ist, weil offenbar die bisher verbreiteten Kalkulationen (12 Milliarden DM für 12 Minuten weniger Reisezeit von Hamburg nach Berlin) nicht mehr zu halten sind. Allein die behaupteten Reisezahlen – 15 Millionen Reisende auf der Strecke pro Jahr – gehören ins Reich der blühenden Phantasie. Werden sie aber nicht realisiert, wird das Projekt ein Subventionsloch ohne Ende.

Die PDS-Abgeordnete Jutta Matuschek berichtet im folgenden über den letzten Stand der Auseinandersetzung. (Red.)

(...) Dabei werden die Argumente der Transrapidgegner durch die neuerlichen Verkaufsschlappen sowie durch neue Finanzierungsschätzungen der Transrapidbefürworter eher gestärkt. Ein Projekt in Australien scheiterte schmachlich an den zu hohen Kosten. Jetzt wolle man sich auf den Nahverkehr konzentrieren, was die angeblichen Vorteile des Magnetzuges – hohe Geschwindigkeit über lange Strecken – ad absurdum führt. Neueste Kostenschätzungen für das Projekt Berlin-Hamburg beweisen ein weiteres mal, zu wessen Lasten hier kalkuliert wird. Zu Lasten der Steuerzahler!

Dennoch wird Verkehrsminister Wissmann, die drohende Wahlniederlage vor Augen, nicht müde, den ersten Spatenstich für den Transrapid noch vor der Bundestagswahl anzukündigen. Auch durch diese Aktion will Wissmann weismachen, daß am Bau der Strecke Berlin Hamburg nicht mehr zu rütteln sei. Er verschweigt dabei geflissentlich die rechtlichen Belange eines Planfeststellungsverfahrens.

Bisher wurde erst auf einem einzigen von insgesamt zwanzig Abschnitten der Strecke das Planfeststellungsverfahren eröffnet. Ein solches Verfahren dauert in der Regel mindestens ein Jahr, meist jedoch länger. Die präferierte Streckenführung entspricht zudem in vielen Bereichen nicht den raumordnungs- und strukturpolitischen Zielen der betroffenen Länder. Das wurde in den 1997 durchgeführten Raumordnungsverfahren belegt. Im Planfeststellungsverfahren muß nun nachgewiesen werden, warum der Transrapid trotzdem gebaut werden soll.

Dazu müssen verlässliche und unwiderlegbare Wirtschaftlichkeitsdaten auf

den Tisch. Die aber gibt es nicht. Hinzu kommt, daß durch die Eröffnung von Planfeststellungsverfahren auch die Klagemöglichkeit seitens der Anlieger und Naturschutzverbände eröffnet wird. Der Ausgang der Planfeststellung ist also keineswegs sicher.

Außerdem ist auch noch ein Normenkontrollverfahren des Landes Schleswig-Holstein beim Bundesverwaltungsgericht gegen das gesamte Projekt anhängig. Ein Entscheid ist noch nicht in Aussicht.

Die Nervosität der Transrapiddurchpeitscher ist nicht zu übersehen. Besonders allergisch reagieren sie auf Volksinitiativen und Volksbegehren. Dabei wird auch mal schnell die political correctness vergessen. Der Senatsverkehrsverwaltung flatterte schon mal ein Schreiben aus dem Hause Wissmann auf den Tisch, in dem Berlin ersucht wurde, die Volksinitiative gegen den Bau der Transrapidstrecke Berlin-Hamburg zu verhindern.

Die Volksinitiative in Berlin, die von einem breiten parteiübergreifenden Bündnis getragen wird, in dem Bürgerinitiativen, Umweltverbände, Einzelpersonen mitarbeiten, muß unbedingt erfolgreich sein! Nur dadurch kann der politische Druck auf die Entscheidungsgremien in Bund und Ländern deutlich gemacht werden.

Zwar sind 90 000 Unterschriften keine Gewähr für eine Abkehr von Steuerveruschwendung und Milliardenbeschenken an die Firmen Thyssen, Siemens und Adtranz. Aber sie bieten wenigstens die Chance, daß eine andere Bundesregierung nach dem 27.9.1998 sich nicht traut, gegen den Willen breiter Bevölkerungsschichten diese Politik durchzusetzen. Eine künftige Regierung kann so dazu bewegt werden, ihre Wahlversprechen einzulösen. Dazu gehören Rentengerechtigkeit, mehr Mittel für Bildung, Soziales und nicht zuletzt für besseren Öffentlichen Personennahverkehr einzusetzen.

Für diese Chance lohnt es sich, bis zum September die nötigen 90 000 Unterschriften zu sammeln. (...)

Jutta Matuschek ist verkehrspolitische Sprecherin der PDS im Berliner Abgeordnetenhaus.

Protest gegen „Tag der Heimat“ in Berlin

Der BdV hetzt: Rückkehr, Land, Verfolgung

Mit einem „Berliner Appell“ hat der Bundesverband der Vertriebenen am 6. September zum Auftakt seines alljährlichen „Tag der Heimat“ seinen revanchistischen Kurs gegen die Nachbarstaaten in Osteuropa bekräftigt. Ein Bündnis „Nie wieder Heimat“ protestierte gegen die BdV-Auftakttagung in Berlin – zum großen Ärger des „Vertriebenenverbands“ und seiner rechten Freunde.

Schon vor Beginn der Tagung in der Berliner Sömmeringhalle, zu der der BdV all-

jährlich seine Mitglieder aus Berlin und Umgebung, unterstützt durch Zuschüsse des Berliner Senats, in eine kostenfrei zur Verfügung gestellte Halle holt, hatte BdV-Präsidentin Erika Steinbach ihren scharfmacherischen Kurs bekräftigt. Polen und die Tschechische Republik müßten vor einem Beitritt in die EU das „Vertriebungsunrecht“ „heilen“, daß sie angeblich bei der im Potsdamer Abkommen beschlossenen Aussiedlung der Deutschen begangen hätten. Steinbach wörtlich: „Die Regierungen beider Länder mißachten unsere Menschenrechte“.

Von Tätern und Opfern der NS-Zeit

Frau Steinbach forderte Rückkehrrecht für Vertriebene in ihre Heimatorte, eine Entschädigungsregelung durch Warschau und Prag zugunsten der „Vertriebenen“ und „Strafverfolgung für Mordtaten an Deutschen“. „Wir appellieren an alle Polen und Tschechen, sich als Demokraten in ihren freien Staaten mit diesem Teil ihrer eigenen Geschichte verantwortungsvoll auseinanderzusetzen“, verlangt der BdV in seiner Erklärung. Irgendwelche Beteiligung von Deutschen im Osten an den zahllosen Verbrechen des NS-Regimes in diesen Ländern, obwohl längst erwiesen, bestreitet der BdV notorisch. Frau Steinbach, die den 2+4-Grenzvertrag mit Polen schon vor Jahren im Bundestag abgelehnt hatte und die Ausstellung über die Wehrmachtverbrechen eine „Hetzveranstaltung“ nennt, wörtlich: „Wir sind millionenfache Opfer und nicht Täter.“

Feste Allianz mit CDU/CSU

Der CDU/CSU gegenüber bekundet der BdV weiter energische Unterstützung für die gemeinsamen revanchistischen Ziele und weist dabei auf seine zwei Millionen Mitglieder hin. „Gegen die Vertriebenen“, so Erika Steinbach, „kann die Union keine Wahl gewinnen.“ Dabei ist das wirklich Verhältnis wohl umgekehrt: Ohne die ständige finanzielle Förderung und die politische Aufhetzung aus CDU/CSU-Regierungskreisen wären die „Vertriebenenverbände“ längst eingegangen. Helmut Kohl versicherte denn in einem Grußwort an die Berliner Tagung den „Vertriebenen“, der Beitritt Polens und der Tschechischen Republik in die EU werde „die Lösung noch offener bilateralen Fragen erleichtern“.

Rückkehrrecht = Rückkehr zum Eigentum

Was damit gemeint ist, erläuterte BDV-Präsidentin Steinbach anhand ihrer Definition des „Rückkehrrechts“: „Rückkehrrecht“ bedeute „Rückkehrrecht in das Eigentum“ (*Berliner Zeitung*, 10.9.98) – also Rückgabe der deutschen Rittergüter im Osten an die Nachfahren der deutschen Junker.

CDU-Ministerpräsident Bernhard Vogel begrüßte ebenfalls die revanchistischen BdV-Forderungen, als habe er sie selbst verfaßt, und hieb in die gleiche Kerbe wie seine Parteifreundin Stein-

bach. Wer ein vereintes Europa wolle, müsse Vertriebenen und deren Nachkommen das Recht auf Rückkehr ermöglichen.

Immerhin: Nach Berlin konnte der BdV dieses Jahr nur knapp 3 000 Personen mobilisieren – Durchschnittsalter über 60 Jahre, in der Halle blieben zahlreiche Plätze leer. Die „Bekennnissgeneration“ sei nur in „kleiner Zahl“ gewesen, registrierte enttäuscht die rechtsradikale *Junge Freiheit*, und die, die kamen, mußten sich durch ein Spalier von Polizei und privaten Ordnern hindurchschlängeln.

Bündnis „Nie wieder Heimat“

Direkt vor der Sömmeringhalle führte derweil das Bündnis „Nie wieder Heimat“ seine Kundgebung gegen die revanchistische Tagung durch, vom BdV-Landesvorsitzenden verärgert als „kommunistisches Pack“ titulierte.

In einer Erklärung vor der Tagung hatten die beteiligten Gruppen (Antifa, PDS, Grüne) kritisiert, die Vertriebenenverbände seien nach dem Fall der Mauer „zu ihrer offensiv revanchistischen Politik der Nachkriegszeit zurückgekehrt, unterstützt von CSU und CDU.“ Der BdV sei nicht bereit, „die staatlichen Regelungen, vom 2+4-Vertrag bis zum deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag, als Teile einer friedensvertraglichen Regelung zu akzeptieren“, sondern versuche weiter, den Status quo großdeutsch zu verändern. „Wir fordern den Senat und das Abgeordnetenhaus auf, diese Veranstaltung weder durch die Zurverfügungstellung von öffentlichen Räumen noch durch finanzielle Mittel zu unterstützen.“

Eine ähnliche Erklärung hatten auch die Gruppen der Berliner Friedenskoordination veröffentlicht, unterstützt u.a. durch Juso-Hochschulgruppen, Falken, PDS, Grüne und Einzelpersonen.

Leider kamen trotz erheblicher Anstrengungen – eine Zeitung „Nie wieder Heimat“ in 5 000 Auflage wurde verteilt, auf mehreren Vorbereitungsveranstaltungen und Plakaten war mobilisiert worden – am Ende bei leichtem Nieselregen nur wenig mehr als 100 Leute zu der Gegenkundgebung. „Mit Humor und einem Schuß Selbstironie“ sei es trotzdem zugegangen, schrieb am nächsten Tag die Presse und freute sich, daß z.B. das „Ostpreußenlied“ („Elche stehn und lauschen in die Ewigkeit“) nach der Melodie von „Alle meine Entchen“ vorgesungen wurde.

Auch bei polnischen und tschechischen Journalisten stieß die Protestaktion – die erste seit drei Jahren vor der Sömmeringhalle – auf großen Zuspruch und Interesse. Die PDS hat angekündigt, im Abgeordnetenhaus erneut eine Streichung der Mittel für die Vertriebenenverbände zu beantragen *rül*

Quellen: Berliner Zeitung, taz, Tagesspiegel u.a., 5.9. bis 10.9.

Gilt das Potsdamer Abkommen oder nicht?

Der Vorsitzende der Deutsch-Polnischen Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Christoph Koch, hat sich wegen der anhaltenden revanchistischen Verstöße gegen eine Politik der guten Nachbarschaft mit Polen in einem offenen Brief an Außenminister Kinkel gewandt. Er kritisiert die von Kinkel nicht zurückgenommene Formel von der angeblichen „Ungültigkeit“ des Potsdamer Abkommens und fordert die Regierung auf, durch eine Entschließung im Bundestag von allen Postulaten einer Fortexistenz des Deutschen Reiches Abstand zu nehmen. Hier Auszüge:

„Sehr geehrter Herr Minister, mit großer Sorge beobachtet die Deutsch-Polnische Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland e.V., die sich seit ihrer Gründung im Jahre 1950 die Normalisierung der deutsch-polnischen Beziehungen zur Aufgabe macht, die in den letzten Wochen eingetretene Trübung des deutsch-polnischen Verhältnisses ...

Potsdamer Abkommen: gültig oder ungültig?

Äußerer Anlaß der Trübung ist die mit den Stimmen der Regierungskoalition, also auch der Mitglieder Ihrer Partei, verabschiedete Resolution des Deutschen Bundestages vom 29.5.98, in der die von den Alliierten der Anti-Hitler-Koalition vor dem Hintergrund der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches zuletzt im „Abkommen von Potsdam“ vom 2.8.45 festgelegte Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus den an Polen fallenden deutschen Ostgebieten als völkerrechtswidrig bezeichnet und die Erwartung ausgesprochen wird, daß „die mit einem Beitritt Tschechiens und Polens zur Europäischen Union einhergehende Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes durch die neuen Mitglieder die Lösung noch offener, bilateraler Fragen erleichtern wird.“ Als Betreff der Erwartung werden das Recht auf Freizügigkeit und die Niederlassungsfreiheit genannt.

Mit der Charakterisierung der Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus den ehemals deutschen Ostgebieten als völkerrechtswidrig hat sich das Parlament den im internationalen Urteil isolierten Standpunkt zu eigen gemacht, der Ihrer Äußerung über die Ungültigkeit des „Potsdamer Abkommens“ zugrundeliegt, die von den Regierungen der westlichen Alliierten einmütig zurückgewiesen wurde.

Deutsche Gier auf polnisches Land

Die Entschließung des Deutschen Bundestags wird in Polen als keineswegs allein wahlkampfbedingtes Einschwenken auf Positionen der Vertriebenenverbände betrachtet, die im Umfeld der Resolution den Anspruch auf Wiedergutmachung der „Vertreibungsverluste“ bekräftigt haben. Die Äußerung der Präsidentin des Bundes der Vertriebenen – „An Land fehlt es

nicht“ – hat in Polen ihren Eindruck ebenso wenig verfehlt wie die vorbehaltlose Unterstützung der Forderungen der sudetendeutschen Landsmannschaft durch den Bundesfinanzminister und den bayerischen Ministerpräsidenten. Die offene Übernahme der Ambitionen der Vertriebenenverbände durch Regierungsvertreter auf Bundes- und Landesebene, ihre die Eventualitäten lediglich andeutende Unterstützung durch das deutsche Parlament hat in Polen anhaltende Beunruhigung verursacht, die die staatlichen Stellen zu beschleunigter Bestätigung der Grundbesitztitel der Bevölkerung der polnischen Westgebiete und zu einer Änderung der gesetzlichen Regelung der Veräußerung von Grundbesitz veranlaßt haben. (...)

Die Bezugnahme auf die Grundbesitzfrage macht deutlich, daß in Polen das Bewußtsein wächst, daß die mit dem EU-Beitritt des Landes verbundene Freizü-



Die Zeitung der Deutsch-Polnischen Gesellschaft „Polen und wir“ ist zu beziehen über Manfred Feustel, im Freihof 3, 46569 Hünxe

gigkeit und Niederlassungsfreiheit in Verbindung mit dem erheblichen wirtschaftlichen Gefälle zwischen Deutschland und Polen zum Vehikel einer Revision der Besitzverhältnisse in den polnischen Westgebieten werden kann, die sich bereits heute in einem in erheblichem Ausmaß betriebenen, weitgehend illegalen mittelbaren Landerwerb durch deutsche Käufer abzeichnet und angesichts der im Gefolge des EU-Beitritts Polens eintretenden Vernichtung eines Großteils der landwirtschaftlichen Betriebe Polens ein reiches Betätigungsfeld finden wird.

Grenze endgültig oder nur „modus vivendi“?

Die Bezugnahme auf die polnische Grenzlinie, die in der Entschließung des deutschen Bundestags nicht eigens genannt wird, macht deutlich, daß in Polen das Bewußtsein erwacht, daß auch nach dem Vertrag von 1990 die „Bestätigung“ der zwischen beiden Staaten bestehenden Grenze solange unter Vorbehalt steht, als die Bundesrepublik an dem vom Bundesverfassungsgericht als verbindliche Grundlage politischen Handelns festgeschriebenen Fortexistenz des Deutschen Reiches in nicht näher bestimmen Vorkriegsgrenzen festhält, dessen Handeln keine Bundesregierung vorzugreifen berechtigt ist – ein Postulat, das den Vertrag von 1990 wie den von 1970 zu einem lediglich die beteiligten Partner bindenden



Seit Jahrzehnten wird der revanchistische „Tag der Heimat“ bundesweit von Bundesregierung, Länderregierungen und Kommunen gesponsort. Bild: „Tag der Heimat“ 1960 in der Berliner Waldbühne.

modus vivendi herabstuft. (...)

Fortexistenz des Deutschen Reiches?

... bedarf es insbesondere der Aufgabe des Postulats der Fortexistenz eines die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland übergreifenden Deutschen Reiches, dessen Hoheitsanspruch nach Lage der Dinge vor allem polnisches und russisches Territorium betrifft. Da sich das Bundesverfassungsgericht aus den selbstgeschaffenen Fesseln nicht zu befreien vermag, ist dazu die Rückführung der Frage aus den Händen einer parlamentarischer Kontrolle enthobenen Instanz in die Hände des von der Verfassung vorgesehenen Souveräns politischer Entscheidungen erforderlich.

Klarstellungen sind gefordert

Die Deutsch-Polnische Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland fordert Sie als den für die Außenpolitik der Bundesrepublik verantwortlichen Minister auf

- zu erklären, in welcher Weise die Bundesregierung dafür Sorge trägt, daß die mit dem EU-Beitritt des Landes vorgesehene Ausdehnung des Rechts auf Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit nicht zu einer Destabilisierung Polens führt;
- zu erklären, daß die Bundesregierung den Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze vom 14.11.1990 nicht unter den Vorbehalt der vom Bundesverfassungsgericht festgeschriebenen Grundlagen der Deutschlandpolitik stellt,
- im Deutschen Bundestag einen Entschließungsantrag der Regierung einzubringen, in dem das Parlament aufgefordert wird, das Postulat der Fortexistenz des Deutschen Reiches in den Bestand der Bundesrepublik übergreifenden Grenzen für obsolet zu erklären und den vielfältigen Niederschlag des Postulats in der Gesetzgebung der Bundesrepublik rückgängig zu machen.“ Berlin, 24. August 1998

Quelle: Deutsch-Polnische Gesellschaft bzw. Gesellschaft für gute Nachbarschaft zu Polen, Warschauer Str. 59, 10243 Berlin. Zwischenüberschriften von der Redaktion.



Am letzten Wochenende kam es zu heftigen Auseinandersetzungen in Chiles Hauptstadt, als viele tausend Menschen des Militärputsches vor 25 Jahren gedachten. Um das Nationalstadion, in dem unmittelbar nach dem blutigen Staatsstreich am 11. September 1973 Tausende festgehalten und gefoltert worden waren, errichteten Menschenrechtsaktivisten eine Menschenkette. Brutal ging die Polizei gegen Demonstranten vor, die sich vor dem ebenfalls berühmt-berüchtigten Präsidentenpalast versammelten. Mindestens drei Menschen wurden erschossen, 77 verletzt. In der Nacht zum Samstag wurden Polizeikasernen beschossen und die Stromversorgung in Teilen der Hauptstadt unterbrochen. (hav)

Gedenkfeier für Salvador Allende in Santiago de Chile

Angehörige der Opfer der Diktatur fordern Gerechtigkeit

Von Leonel Yañez

(Santiago de Chile, 5. September, npl).- Rund 60 000 Menschen kamen am 4. September im Nationalstadion von Santiago de Chile zusammen, um des Präsidenten Salvador Allende zu gedenken.

1970 war Allende an der Spitze des Linksbündnisses Unidad Popular zum Präsidenten gewählt worden. Seine Sozialreformen brachten ihm große Sympathie in der Bevölkerung ein. Mit dem Militärputsch vom 11. September 1973 fand die Allende-Regierung ein blutiges Ende, er selbst kam dabei ums Leben.

Die Gedenkfeier im Nationalstadion galt auch den zahllosen Opfern der Diktatur. In den ersten Wochen der Militärherrschaft waren hier Tausende mutmaßlicher Oppositioneller gefangen gehalten worden, viele von ihnen wurden gefoltert und ermordet. Während des Festaktes wurden ihre Namen einzeln aufgerufen, jedes Mal ertönte ein „presente“ (anwesend!) aus den Zuschauerrängen. Für die 3 000 „Verschwundenen“, die als politische Gefangene unter der Militärdiktatur umkamen, soll am 11. September, dem Jahrestag des Putsches, ein Schweigemarsch zum Friedhof von Santiago stattfinden.

Mit dem Gedenken an die Opfer wird in Chile immer auch die Forderung nach

Gerechtigkeit laut. Auch nach der Wiedereinführung der Demokratie im Jahre 1990 waren die Verbrechen des Militärregimes in Chile lange tabu. Der Tag des Putsches, unter der Pinochet-Diktatur alljährlich als „Tag der Befreiung von den Kräften des Marxismus-Leninismus“ gefeiert, wurde erst im vergangenen Monat als Feiertag abgeschafft. Statt dessen soll von nun an der erste Montag im September als „Tag der nationalen Einheit“ begangen werden. Für viele ist dies leere Symbolik. Gladys Marin, Vorsitzende der Kommunistischen Partei, erklärte, es gebe „keine Versöhnung, solange wir nicht erfahren, was aus den Verschwundenen geworden ist, und solange die Täter von damals nicht vor Gericht kommen“.

Seit kurzem zeichnen sich erste Ansätze einer juristischen Auseinandersetzung mit der Diktatur ab. Allein gegen den Ex-Juntachef Pinochet, heute Senator auf Lebenszeit, liegen sechs Anklagen aus dem In- und Ausland vor. In Chile wurden in diesem Jahr Ermittlungen eingeleitet, die die Geschehnisse im Konzentrationslager Pisagua, im Norden des Landes, aufklären sollen. Hier sollen sogenannte „Kriegstribunale“ stattgefunden haben, in deren Folge über tausend politische Gefangene hingerichtet wurden. Ihre Leichen wurden nie gefunden. Ein weiterer Fall ist die sogenannte „Operation Albania“, eine Razzia des chilenischen Geheimdienstes in einem

Slum der Hauptstadt Santiago, bei der 1987 sieben junge Oppositionelle unter ungeklärten Umständen erschossen wurden.

Auch aus dem Ausland wächst der Druck auf die ehemaligen Putschisten. In Spanien wurde Anfang des Jahres offiziell Anklage gegen Ex-Diktator Pinochet und andere Junta-Mitglieder erhoben. Ihnen werden Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Völkermord und Terrorismus vorgeworfen. Anlaß der Klage ist, daß zwischen 1973 und 1990 auch zahlreiche spanische Staatsangehörige in Chiles Gefangenenlagern „verschwanden“. Im Nachbarland Argentinien wird gegenwärtig die Ermordung des ehemaligen chilenischen Oberbefehlshabers General Carlos Pratt, die 1974 in Buenos Aires stattfand, untersucht. Drahtzieher des Attentats soll Pinochet selbst gewesen sein. Der ehemalige Geheimdienstchef, General Manuel Contreras, sitzt in Chile bereits in Untersuchungshaft. Senator Pinochet meinte zu dem Fall bisher nur, er habe ja nicht über alles Bescheid wissen können.

Traurige Bilanz des ausländischen Kapitals

Krise in tschechischer Autoindustrie

„Der Umfang der deutschen Übernahme der tschechischen Ökonomie ist atemberaubend“, schreibt Colin Rose im Magazin des Clubs Britischer Skoda-Besitzer (das uns von unserem irischen Leser Bill Somerset zugeschickt wurde). Er weist darauf hin, daß sich nicht nur die riesige Autofabrik Skoda (Volkswagen), sondern auch der führende tschechische Reifenhersteller Barum in deutschem Besitz befindet.

Aber nach seiner Rechnung befinden sich „praktisch alle tschechischen Automobilhersteller mit Ausnahme von Skoda“ in der Krise, einer höchst bedeutsamen Krise, da sie den Mythos zerstört, das ausländische Kapital besitze Antworten auf die derzeit grassierende tschechische Rezession oder die Probleme bestimmter Firmen, die in Wirklichkeit ihre Wurzeln in den allgemeinen und den spezifisch tschechischen Charakteristika des kapitalistischen Systems haben.

Rose nennt z.B. den tschechischen Motorrad-Hersteller CZ, der „von der italienischen Firma Cagiva ‚gerettet‘ wurde. Diese hat CZ jedoch mittlerweile fallen lassen, als Teil ihres Plans, selbst aus dem Schlamassel herauszukommen.“ Über den Hersteller leichter Transporter und Lkws, Avia, schreibt Rose: „seine Zukunft dürfte nicht ganz so rosig“ aussehen, wie es zum Zeitpunkt der Übernahme durch die koreanische Firma Daewoo schien. So hat Avia unter dessen Kontrolle seit 1995 Verluste in Höhe von 25 Millionen Dollar angehäuft, keine Bank gibt ihr mehr Kredite. Der Jahresumsatz ist von 17 000 Fahrzeugen in den 80er und

10 000 Anfang der 90er Jahre auf nur 5 348 im letzten Jahr und voraussichtlich 4 200 in diesem Jahr zurückgegangen.

Dann gibt es noch Tatra, berühmt für seine Lkws und Limousinen. Dessen gegenwärtige Misere – sinkender Output und Schulden in Höhe von 7,5 Millionen Dollar – ist eine direkte Folge der kurzen Phase nach 1989, in der eine US-Firma die Kontrolle innehatte. Sein derzeitiger Besitzer, Skoda Plzen (hat nichts zu tun mit dem VW-Betrieb), erwägt nun den Verkauf des Betriebes – an eine andere US-Firma namens SDC International.

Als die neue Zeman-Regierung für ihre Minister Tatra-Limousinen bestellte (statt der Mercedes- bzw. BMW-Karosserien, die Klaus und seine rechten Minister bevorzugt hatten), hieß es, die Produktion sei für dieses Jahr eingestellt.

(Postmark Prague Nr. 240, September 1998)

Entnommen aus: „Deutsch-tschechische Nachrichten“, ein Nachrichtenblatt, herausgegeben von „Setkani – Treffen deutscher und tschechischer Linker“, in Zusammenarbeit mit Postmark-Prague, zu beziehen über GNN-Verlag Süd, Stuttgart. (Jahresabo 30 DM).

Großbritannien

Blair lehnt Aktionsprogramm gegen Arbeitslosigkeit ab

Die Führer der englischen Gewerkschaften haben in der vergangenen Woche die Regierung aufgefordert, eine Aktion gegen den alarmierenden Anstieg der Arbeitslosigkeit zu beginnen. Blair solle die Pläne noch vor der Eröffnung des jährlichen Kongreß des englischen Gewerkschaftsbundes (TUC) am kommenden Montag bekanntgeben.

Blair wies die Forderung der Gewerkschaftler brüsk zurück und schob das

Problem der Arbeitslosigkeit auf die Asienkrise.

Die Delegation der Gewerkschaften, die am vergangenen Montag in der Downing Street vorsprach, forderte außerdem eine Senkung des Pfundkurses, weil so die britischen Waren international konkurrenzfähiger werden.

Ken Jackson, Sekretär der Gewerkschaft AEEU, warnte die Regierung, ihre Untätigkeit fördere den Verlust von 250 000 Arbeitsplätzen im Bereich der AEEU.

In den vergangenen zwei Wochen kündigten mehrere Fabriken Entlassungen und Fabrikschließungen an. In Tony Blairs Wahlkreis Sedgfield kündigte die Microchipfabrik von Fujitsu 600 Entlassungen an. 200 Arbeitsplätze werden in zwei Kleiderfabriken in Schottland gestrichen. Die Kabelfabrik BICC kündigt die Schließung ihrer Fabrik in Nordwales an: Verlust 200 Arbeitsplätze. Vickers plant die Schließung seines Werkes in Newcastle-upon-Tyne, was 600 Menschen den Job kostet. Der Ölgigant Shell schließt seine Raffinerie in Essex, was 300 Jobs kostet. Verhandlungen zwischen Kapitalisten und Arbeitern sind gescheitert, und die Unternehmer nehmen jede Hoffnung auf eine Änderung der Situation.

Blair reagiert mit Mißachtung auf die Forderung des TUC. Er verstehe die Sorgen der Industrie gegenüber der Politik der Gewerkschaften. Seine Politik wolle den Zyklus von Aufschwung und Krise brechen. Aber Tony Blair versucht, gegen Windmühlen zu kämpfen. In der Geschichte des Kapitalismus hat noch kein kapitalistischer Ökonom die Dialektik zwischen Aufschwung und Krise stoppen können, so wie Karl Marx es schon vor 150 Jahren festgestellt hat. Das ist der Weg des kapitalistischen Systems. Die einzige Antwort darauf ist der Sozialismus.

(aus: Morning Star, 11.9.1998 / eigene Übersetzung, gekürzt)



Auch von anderer Seite kommt die Regierung Blair unter Druck. Schüler und Schülerinnen protestierten gegen die Kürzungspolitik im Bildungsbereich und die Einführung von Studiengebühren. (Bild: Junge Welt)

Interview zur Balkankrise

Großmachtinteressen bei Teilung des Balkans

Interview mit Michel Kolonna, Autor des Buches „Falsches Poker“ über die Rolle der Krise in Jugoslawien in den Interessen der Großmächte

Die Krise und der Krieg im Raum des einstigen Jugoslawien waren für den belgischen Journalisten und Publizisten Michel Kolonna Anlaß für sein Buch „Falsches Poker“. Am Beispiel dieser Ereignisse zeigte er, daß das nur ein „Labor“ für das Erreichen strategischer Ziele der Großmächte war.

Kolonna: Die Großmächte interessiert nicht der Schutz der Minderheiten noch das Völkerrecht. Das ist am besten am Beispiel Albaniens zu sehen. Als soziale Proteste ausgebrochen waren und nach dem Zusammenbruch Berishas, der das Land, die Wirtschaft zerstört und den Leuten das Geld gestohlen hat, sind internationale Truppen nach Albanien gekommen, um zu intervenieren. Und von wem wurden sie angeführt? Von Italien, dem zufällig größten Investor in Albanien. Sie kamen, um ihr Eigentum zu schützen. Meiner Meinung nach sind sich die Großmächte in dem, was sie auf dem Balkan wollen, einig, andererseits sind sie in Konfrontation zueinander, weil sie sich nicht einigen können, wie sie den „Kuchen“ aufteilen sollen.

Wie auch im Fall Bosniens sind die Rivalen die USA und Deutschland. In Slowenien und Kroatien hat Deutschland einen relativ stabilen Einfluß erreicht. Aber Washington hat einen bedeutenden Einfluß sowie Militärstützpunkte in vielen Staaten des Balkans: Albanien, Mazedonien, Bosnien, sie dringen auch nach Bulgarien und Ungarn vor. Sie bestehen darauf, daß das ausschließlich amerikanische und keine NATO-Stützpunkte sind, was bedeutet, daß sie ein Solo-Spiel spielen und Europa auf Entfernung halten wollen.

Frage: Was ist eigentlich geschehen?

Kolonna: Deutschland hat erlaubt, daß Jugoslawien explodiert, weil es traditionell den Zugang zum Mittelmeer wünscht. Für den Zerfall haben sie sich vorher vorbereitet. Dann haben die USA versucht, die Dinge in die eigene Hand zu nehmen, und deshalb hat der Krieg in Bosnien so lange gedauert. Deutschland ist aber nicht zufrieden und versucht, eine neue Instabilität im Vordringen in den Süden zu erreichen. Die Waffen für den Kosovo treffen aus dem Norden Albaniens ein. Wer kontrolliert den Norden Albaniens? Berisha. Und von wem wird er unterstützt? Von Deutschland. Die Schattenregierung Bukoshis ist in Deutschland.



Frage: Was für Interessen widerspiegeln sich zur Zeit gegenüber Serbien?

Kolonna: Deutschland hatte von Anfang an die Strategie „Jugoslawien muß explodieren“ und Serbien muß als Herz des Widerstandes gegen den deutschen Imperialismus in dieser Region aufgeteilt werden. Meiner Meinung nach wollen sie Serbien und Jugoslawien teilen. Sie wollen in diesem Gebiet viele kleine Staaten haben, die sie kontrollieren und manipulieren wollen.

Frage: Aber alle setzen sich öffentlich für die Wahrung Jugoslawiens ein?

Kolonna: Ich muß mich daran erinnern, daß Deutschland offiziell die Achtung der Souveränität und Integrität des ehemaligen Jugoslawiens befürwortet hat. Aber seit 1979 hat der deutsche Geheimdienst eine Sezession Kroatiens vorbereitet, indem er Geld investiert hat. Sie spielen mit Tricks.

Frage: Die NATO droht mit Gewaltanwendung. Dem setzt sich Rußland entgegen. Wie wird der Ausgang aussehen?

Kolonna: Die NATO hat eine wichtige Expansion begonnen. Sie stationiert ihre Waffen vor der Tür Moskaus und organisiert eine Erweiterung, die die Ukraine als wichtigen strategischen Ort gegen Rußland mit einbezieht. Der Westen tut alles, um ein schwaches Rußland zu haben.

Frage: Glauben Sie, daß die NATO das Recht auf eine Intervention in Kosovo hat?

Kolonna: Das geschah auch im Krieg gegen Bosnien. Die UN sind schließlich beiseite geblieben und die NATO hat erklärt, dies sei deren Angelegenheit. Die Strategie der NATO ist, daß sie nicht von irgendjemanden aufgehalten werden will. Das was sie anderen sagen wollen ist, daß die Souveränität eines Landes wertlos ist, daß sie gegen den Willen der Regierung und des Volkes intervenieren können. Das stellt eine Vorbereitung für die weiteren Interventionen gegen Korea, China ... in der Zukunft dar.

Frage: Wo sehen sie eine Chance für den Balkan?

Kolonna: Der traditionelle Nationalismus spielte eine schlechte Rolle in der Teilung der Menschen auf dem Balkan. Der slowenische und der kroatische Nationalismus wurden von den Deutschen genutzt, die Amerikaner spielten auf die Karte des Nationalismus Izetbegovic. Der serbische Nationalismus ist nicht gut, weil sich die Frage stellt, wie man sich gegen die Interessen der Großmächte vereinigen soll. Ein Nationalismus gegen den anderen ist keine gute Lösung. Es wäre gut, wenn die progressiven Menschen des Balkans deutlich sagen, daß die NATO hier nichts zu suchen hat.

entnommen aus: Serbien in der Welt, August 1998. Die Zeitschrift wird herausgegeben vom Ministerium für Information der Republik Serbien



12. Gipfelkonferenz der Blockfreien in Südafrika

Fidel Castro spricht die deutlichsten Worte

Anfang September fand die 12 Konferenz der Blockfreienbewegung (Non-Aligned-Movement NAM) im südafrikanischen Durban statt. 113 Mitgliedstaaten vertraten dabei mehr als zwei Drittel der Weltbevölkerung.

Südafrika wird für die kommenden drei Jahre den Vorsitz der Bewegung übernehmen. Nach Auflösung der Blöcke sah es so aus, daß die NAM für überflüssig angesehen wurde. Aber schon im April 1997 sagte der südafrikanische Außenminister Alfred Nzo auf einem Treffen der Außenminister der NAM: „Wie kann man die Bewegung in Frage stellen, wenn wir in einer Ära leben, die uns ständig an die wachsende Kluft zwischen arm und reich erinnert, in der globale Sicherheit abhängig ist von der Politik einer kleinen Zahl von Atommächten und in der ganze nationale Ökonomien gelähmt werden können von der Schuldenlast?“

Der kubanische Präsident Fidel Castro faßte dann auch auf dem Kongreß in Durban die Lage am direktesten ins Auge und formulierte die Ziele der Bewegung: „Es war hart genug, dem weltweiten Zwist zwischen zwei Supermächten standzuhalten, aber es ist noch schlimmer, unter der totalen Hegemonie einer einzigen zu leben.“ Castro forderte eine totale Reformierung der UNO: „Die Diktatur des Sicherheitsrates muß aufgehört. Der Rat muß erweitert, die Zahl seiner ständigen Mitglieder verdoppelt oder wenn nötig verdreifacht werden. Das Vetorecht muß abgeschafft werden“. Einen ähnlichen Wandel verlangt Kuba vom IWF und Weltbank, die Castro „Finanzgendarmen der Interessen der USA“ nannte.

Das Konzept der Blockfreiheit existiert seit Mitte der 50er Jahre, als sich im indonesischen Bandung Politiker aus 29 Ländern zur ersten Asien-Afrika-Konferenz trafen. Dort wurden die Grundsätze für ein friedliches Zusammenleben der Nationen beschlossen, die noch heute als Aufnahmekriterien für die NAM gelten:

- Achtung von Menschenrechten und UNO-Charta,
- Respektierung von Souveränität und

territorialer Integrität aller Nationen,

- Verzicht auf Intervention und Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes,
- Anerkennung der Gleichheit aller Rassen und Nationen,
- Achtung des Rechts jeder Nation auf individuelle und kollektive Verteidigung,
- Verzicht auf Aggression, Drohungen und Gewalt gegen die territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit eines Landes,
- Regelung allen Streits mit friedlichen Mitteln,
- Förderung der Zusammenarbeit.

Dies sind wichtige Grundsätze, die aber schwer umzusetzen sind. Das macht auch der Konflikt im Kongo deutlich. Alle beteiligten Staaten sind Mitglieder der NAM. Deutlich wird aber auch an diesem Konflikt der schon immer von der NAM beklagte und bekämpfte Einfluß der imperialistischen Staaten, die jede Krise ausnutzen oder initiieren, wenn es zu ihrem Nutzen ist, und die Spaltung unter den Blockfreien schüren.

Vier Hauptthemen sollen in den nächsten drei Jahre der Präsidentschaft Südafrikas im Mittelpunkt der Politik der NAM stehen:

1. Neustrukturierung und Demokratisierung der UNO.

2. Nuklearabrüstung ist nicht nur ein Thema der Atommächte. Alle Völker sind von den Kernwaffen bedroht.

3. Nachhaltige Entwicklung. Ökonomische Entwicklung und Schutz der natürlichen Ressourcen gehören zusammen. Nur durch eine Nord-Süd-Dialog, der von Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen getragen wird, können die Probleme gelöst werden.

4. Die Lage der Weltwirtschaft. Wirtschaftsexperten der NAM sollen zu einer eigenen Bewertung der Lage der Weltwirtschaft aus der Perspektive der Entwicklungsländer beitragen, so daß die Forderungen der NAM besser gegenüber den Industriestaaten formuliert werden können und auch eigen Wege aus der Krise beschritten werden können. *hav*



Das alljährliche kurdische Kulturfestival fand am 12. September in einem Stadion in Rotterdam statt. Aus Sorge vor Übergriffen deutscher Behörden im Wahljahr hatten die kurdischen Veranstalter dieses Jahr das Fest in die Niederlande verlegt. Zehntausende Kurdinnen und Kurden aus ganz Europa füllten das Rotterdamer Stadion Feijenoord und feierten begeistert ein umfangreiches kulturelles und politisches Programm. (Bild: Özgür Politika, 13.9.)

PKK: Ende des Waffenstillstands ist eine Falschmeldung

Letztes Wochenende verbreiteten deutsche und türkische Pressestellen die Meldung, die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) habe ihren erst zum 1. September erklärten einseitigen Waffenstillstand wieder abgebrochen. Als Quelle wurde, wenn überhaupt, eine Sendung des kurdischen Fernsehsenders MED-TV genannt, in der am 10. September der PKK-Vorsitzende Öcalan den Abbruch des Waffenstillstands verkündet hätte. Das „Kurdistan-Informationszentrum“ in Köln veröffentlichte darauf am 13. September eine Übersetzung längerer Auszüge der Öcalan-Ausführungen in dieser Sendung. Die Berichte in der deutschen und türkischen Presse seien „Falschmeldungen“. Wörtlich heißt es dann: „Auf die Frage, ob der Waffenstillstand noch andauern wird oder nicht, antwortete Öcalan in der folgenden Kurzfassung: ‚Wir erwarten, daß die Gegenseite einige Antworten gibt und Reaktionen zeigt, aber jetzt haben diejenigen, die eine Reaktion zeigen sollten, ihre Köpfe in den Sand gesteckt.‘ (...)“ Die PKK habe ihren Waffenstillstand schließlich verkündet, weil sie von verschiedenen – türkischen und europäischen – Stellen darum gebeten worden sei. Nun warte sie auf deren Reaktionen. Öcalan weiter: „Es mag sein, daß dies (der erneute einseitige Waffenstillstand der PKK, d. Red.) ein Versuch ist. Nicht jeder Versuch kann erfolgreich sein. Aber wenn dieser Versuch zu keinem erfolgreichen Ergebnis führt, so wird es nicht an uns liegen. Wir werden noch eine Zeitlang warten. Aber wenn sich herausstellen sollte, daß dies ein Spiel ist,

oder wenn sie, wie ich schon erwähnt habe, ihre mörderische Politik aufrechterhalten, dann wird unsere Antwort sein: Krieg ist Krieg.“ (rül, Quelle: KIZ, 13.9.)

Brasilien: Millionen demonstrieren gegen Armut

Etwa 1,5 Millionen Brasilianer haben vergangenen Montag im ganzen Land gegen Hunger, Armut und soziale Ausgrenzung demonstriert. Unter dem Motto: „Schrei der Ausgeschlossenen“ fanden am brasilianischen Unabhängigkeitstag in fast 2000 Städten Kundgebungen statt, zu denen die katholische Kirche, Gewerkschaften und Landlosenbewegung aufgerufen hatten. Sprecher von Bauern und Arbeiterorganisationen forderten Maßnahmen gegen die hohe Arbeitslosigkeit und eine zügige Umsetzung der Landreform. Der „Schrei der Ausgeschlossenen“ wird seit 1995 am 7. September, dem nationalen Unabhängigkeitstag organisiert.

Rumänien: Bergleute im Streik

Rund 30 000 Bergleute haben in Rumänien mit einem eintägigen Streik gegen Entlassungen und ausstehende Löhne protestiert. Ein Sprecher der Bergleute im Südwesten des Landes rief die Regierung im staatlichen Rundfunk zum Eingreifen auf. Die Kumpel verlangten sofortige Verhandlungen mit der Regierung. Sollten ihre Forderungen nicht erfüllt werden, drohten sie mit einer unbegrenzten Verlängerung des Ausstandes.

Im Juni hatte die Regierung im Rahmen kapitalistischer Rationalisierungen die Schließung von 108 Gruben angeord-

net. Damit sind 110 000 Arbeitsplätze im Bergbau gefährdet. Weitere 100 000 Bergleute wurden seit vergangenen September arbeitslos.

Japan: Bald eine Regierung mit Beteiligung der Kommunisten?

Die Kommunistische Partei Japans hat ihren Widerstand gegen den japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrag auf Eis gelegt und damit ein Haupthindernis für die Teilnahme an einer zukünftigen Regierungskoalition aus dem Weg geräumt. Der Parteivorsitzende Tetsuzo Fuwa sagte jetzt dem Parteiorgan „Rote Fahne“, eine Niederlage der regierenden Liberaldemokraten bei den Parlamentswahlen im Jahre 2000 sei sehr wahrscheinlich. Die Kommunistische Partei müsse sich darauf einstellen und die Voraussetzungen schaffen, dann an einer möglichen Koalitionsregierung teilzunehmen. Dies sei nur möglich, „wenn abweichenden Meinungen zu Sicherheitsfragen eingefroren“ würden.

Patricio Ortiz: Freilassung, vorläufige Aufnahme nach einem Jahr Haft

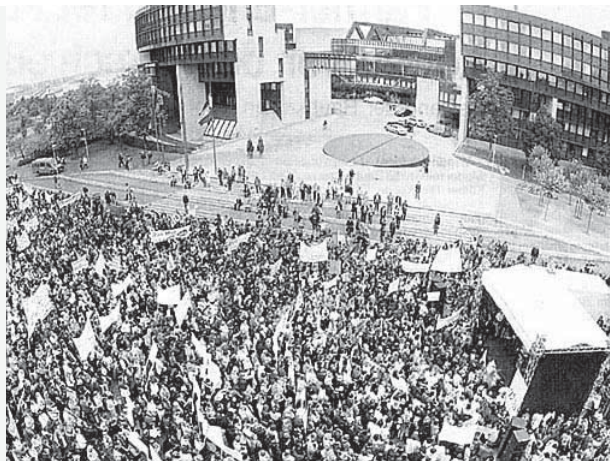
Am 4. September hätte der chilenische Widerstandskämpfer Patricio Ortiz ein Jahr in Schweizer Auslieferungshaft verbucht (siehe *Politische Berichte* 18/98). Ortiz war Ende 1996 nach sechs Jahren Haft mit anderen Genossen des Frente Patriótico Manuel Rodríguez (FPMR) per Helikopter aus dem Hochsicherheitsgefängnis in Santiago de Chile geflohen. Im Sommer 1997 stellte er in Kreuzlingen ein Asylgesuch.

Daraufhin verlangte die chilenische Regierung seine Auslieferung. Bei der Ausformulierung des Auslieferungsgesuches stand das Bundesamt für Polizeiwesen (BAP) den chilenischen Kollegen mit Rat und Tat zur Seite. Am 4. September 1997 überfiel ein Kommando der Kantonspolizei Zürich die Wohnung von Ortiz' Schwester in Zürich Wollishofen, bei der er legal lebte. Seither befand er sich in Haft zuerst in Horgen, dann für zehn Monate im Flughafengefängnis Kloten und seit Mitte Juli im Bezirksgefängnis Dielsdorf.

Nun kamen die Bundesbehörden zum Schluß, daß eine Ausweisung von Patricio Ortiz gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstoßen würde. Laut einem Communiqué des EJPD (Justiz- und Polizeiministerium) könne seine physische und psychische Integrität „nicht in allen Phasen der Auslieferung und Verbüßung der Reststrafe vollumfänglich gewährleistet werden“. Das Bundesamt für Polizeiwesen hat deshalb die Auslieferungshaft aufgehoben und Ortiz' vorläufige Aufnahme verfügt. Am 3. September, ein knappes Jahr nach seiner Inhaftierung, ist der Chilene wieder freigekommen. (Quelle: WOZ)

(Zusammenstellung: hav)

DÜSSELDORF. Fast 10 000 Erzieher/innen, Eltern und Kinder protestierten am Mittwoch, 2.9., vor dem Düsseldorfer Landtag gegen die von der Landesregierung beschlossenen Kürzungen von 440 Mio. DM bei der Kindergartenfinanzierung. Auch die Essener ÖTV hatte Busse organisiert. „Kein Abbau von Arbeitsplätzen! Keine Absenkung der Personalstärke in den Gruppen auf 1,5 Kräfte! Sicherung und Fortentwicklung der Qualität der pädagogischen Arbeit in Kindertageseinrichtungen!“, so lauten einige Forderungen der ÖTV.



Wahlplakate: Stadt Essen unterliegt Klage

ESSEN. Das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen hat einer Klage der MLPD im wichtigsten Punkt Recht gegeben. Statt in ganz Essen nur 1217 Dreiecksstände zuzulassen, muß die Stadt 6 200 Stellplätze zur Wahlwerbung genehmigen, einen pro 100 Einwohner. Damit soll verhindert werden, daß kleine Parteien zu sehr benachteiligt werden. Das Urteil ist insofern ein wichtiger Erfolg. Nicht im Bundestag vertretene Parteien wie MLPD und Die Grünen sollten nämlich gerade 36 Stellflächen im ganzen Stadtgebiet erhalten. Jetzt müssen es 186 werden. Die PDS erhält 372 statt 70, die SPD über 700 statt 400. Auch der Versuch der Stadt, das Urteil zu unterlaufen, ist inzwischen gescheitert.

Nachdem die Stadt das Urteil zunächst für nicht rechtskräftig hielt, weil sie Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht einlegte, ist jetzt klar, daß die Beschwerde keine aufschiebende Wirkung hat. Eine halbe Woche ist allerdings schon wieder verstrichen. „Daß die Stadt das Urteil nicht akzeptieren will, spricht Bände über das Demokratieverständnis, das sich in der Stadtverwaltung breit gemacht hat,“ heißt es in einer Presseerklärung des PDS-Kreisverbandes.

Rechtmäßig gehandelt hat die Stadt nach Auffassung des Verwaltungsgerichtes dagegen, als sie an Laternen aufgehängte MLPD-Plakate abnehmen ließ. Essen genehmigt generell keine Plakate an Laternen. wof

Anti-Kaselowsky Plenum gegründet

BIELEFELD. Am 17.8. haben sich in der Bürgerwache Siegfriedplatz in Bielefeld auf Initiative der Antifa West mehrere Gruppen getroffen, um über ein gemeinsames Vorgehen gegen den Beinamen „Richard Kaselowsky-Haus“ für die Kunsthalle Bielefeld zu beraten.

Neben der Möglichkeit eines BürgerInnenbegehrens wurden weitere direkte

Aktionen erörtert. Es wurde beschlossen, ein regelmäßiges Plenum einzuberufen. U.a. soll in etwa am 30. Jahrestag der Eröffnung der Kunsthalle am 27.9.1998 eine größere Kundgebung mit „Lauter Umbenennung von unten“ erfolgen. Diese soll den politischen Fehler von vor 30 Jahren, der zu einer „Stillen Übergabe“ führte, kontrastieren.

Vielfältige Aktionen, auch nach dem 27.9., sollen dazu führen, daß die rot-grüne Rathausmehrheit endlich Farbe bekennt, und den Namen Kaselowsky wegen dessen Mitgliedschaft im Freundeskreis des Reichsführers SS Heinrich Himmler als Bezeichnung für die Kunsthalle endlich streicht!

Antifa-West – Antifaschistische Initiative im Bielefelder Westen

DVU-Treffen verhindert!

HAMBURG. Am Mittwoch, den 2.9., demonstrierten in Hamburg-Wandsbek ca. 400 Menschen, um ein Treffen der DVU-Landesorganisation zu verhindern. Diesem Anliegen kam eine doppelte Bedeu-

tung zu: Einerseits handelte es sich um ein Treffen von Aktivisten, in welchem der bevorstehende Wahlkampf koordiniert werden sollte, andererseits war es in der Vergangenheit mit ähnlichen Aktionen gelungen, die regelmäßigen Aktivitäten der DVU wesentlich zu behindern. Wenngleich die Faschisten offenbar schon im Vorfeld von der Demonstration erfahren und ihr Treffen abgesagt hatten, ist die Aktion als Erfolg anzusehen, da sich langsam unter Gastronomen das Bewußtsein verbreitet, daß die Vermietung von Räumen an die DVU auf die eine oder andere Weise für sie nachteilig sein kann. Des weiteren ist es stets begrüßenswert, wenn die Antifa auch außerhalb der „Szeneviertel“ öffentlich auftritt, ihre Positionen verbreitet und die Faschisten aus der Anonymität der Kneipen-Hinterzimmer zerrt. Auffällig ist weiterhin, daß, entgegen der Stagnation der „Szene“, wieder verstärkt junge Menschen damit beginnen, ihr antifaschistisches Bewußtsein auf die Straße zu tragen. Es bleibt zu hoffen, daß dies nicht unsere letzte Intervention im Bundestagswahlkampf war. M

Aachener Friedenspreis 1998 an Kölner Klagemauer und IFCO/Pastors for Peace (USA)

AACHEN. Die Preisverleihung fand am 1. September (Antikriegstag) in angemessen feierlichem Rahmen in Aachen statt. Gerhard Diefenbach vom Aachener Friedenspreis e.V. erklärte: „Die Klagemauer ist eine Form der ‚Öffentlichkeit und der freien Kommunikation von unten.‘“

Walter Herrmann, einer der Preisträger der Klagemauer, erklärte: „Der Aachener Friedenspreis ist für uns eine Ermutigung, den eingeschlagenen Weg weiterzugehen.“ Die Umsetzung des in den Festreden bekundeten Willens, die Wiedererrichtung der Kölner Klagemauer, auf der Kölner Domplatte, steht nun im Alltag an. jöd

GÖPPINGEN. Nachdem das Verwaltungsgericht meinte, das Verbot der Stadt Göppingen gegen den rassistischen und faschistischen Auftritt der NPD aufheben zu müssen, demonstrierten am Samstag, den 5. September rund 120 Rechtsextreme. Die auf dem Bild martialisch auftretende Polizei unterband nicht etwa ausländerfeindliche Parolen der Rechten,



sondern schützte diese gegen die Empörung von Gegendemonstranten. Am Abend wurden die NPDler, so berichtet die Presse, sogar mit Polizeibussen aus der Stadt gefahren. An einer Demonstration der Gewerkschaften und verschiedener Parteien, die räumlich und zeitlich getrennt von der NPD stattfand, nahmen rund 1000 teil; an der Demo des antifaschistischen Bündnisses nahmen rund 250 Menschen teil.

aus Kommunale Berichte Stuttgart

Zu Fuß, per Fahrrad oder Bahn:

Auf nach Köln, Juni 1999

Die Bundeskoordination der Europäischen Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung hat ihre Planung für die Mobilisierungen in den kommenden 12 Monaten ausgearbeitet. Euromarsch will diese und andere Aktionen mit möglichst vielen sozialen Protestbewegungen gemeinsam durchführen.



1.

Wir rufen auf, zur Demonstration der Erwerbslosen am 12.9. nach Berlin zu mobilisieren. Wir unterstützen den Aufruf des Runden Tisches Berlin, durch Initiativen der Erwerbslosen die kommende Bundesregierung mit den Forderungen der Erwerbslosen zu konfrontieren.

2.

Wir bedauern, daß es nicht möglich gewesen ist, trotz Wahlkampagne des DGB eine zentrale bundesweite Demonstration als Höhepunkt der Erwerbslosenproteste in Berlin durchzuführen, und auch nicht, die Demonstrationen vom 20.6. und vom 12.9. und den Aktionstag gegen Wohnungslosigkeit am 11.9. zu einer gemeinsamen Manifestation des sozialen Protests zusammenzuführen. Die Zersplitterung des sozialen Protests in Zukunft zu überwinden, dazu wollen wir auch nach den Wahlen unseren Beitrag leisten.

3.

Wir unterstützen das Bestreben, die Proteste gegen Erwerbslosigkeit auch nach der Wahl fortzusetzen. Die Aktionstage der Erwerbslosen haben die Schwächen der derzeitigen Erwerbslosenbewegung aufgedeckt. Die anhaltende Beteiligung an den Protesten und die fortdauernde gesellschaftliche Brisanz des Themas eröffnen aber auch die Chance, daß wir ähnlich wie in Frankreich zu einer bundesweit koordinierten Bewegung gegen Erwerbslosigkeit und Ausgrenzung kommen können. Die Einberufung eines bundesweiten Kongresses aller Erwerbsloseninitiativen wäre ein Schritt in diese Richtung.

4.

Wir unterstützen die nächsten europäischen Euromarsch-Aktivitäten anlässlich des EU-Beschäftigungsgipfels in Wien am 11./12. Dezember 1998. Wir werden uns an ihnen mit Delegationen, insbesondere aus Süddeutschland, beteiligen. Eine geeignete Gelegenheit, unsere Meinung zur Politik der neuen Bundesregierung zu äußern, ist der EU-Gipfel am 5. Juni 1999 in Köln. Die Bundesregierung führt dort den Vorsitz.

Wir werden dabei an den Forderungen und Aktionen der Euromärsche zum Vertragswerk von Amsterdam, Luxemburg und Cardiff anknüpfen. Die EU arbeitet derzeit eine Beschäftigungspolitik aus,

die darauf abzielt, einen starken Billiglohnsektor zu schaffen und die Sozialhilfe in ihrer jetzigen Form abzuschaffen. Dagegen wenden wir uns. Die Behebung der Arbeitslosigkeit darf nicht zu Lasten der untersten Lohngruppen gehen!

5.

Wir werden zum EU-Gipfel nach Köln wieder europäische Märsche organisieren. Wie in Amsterdam werden auch diesmal Erwerbslose, Wohnungslose, GewerkschafterInnen, MigrantInnen, Frauen und Jugendliche aus allen europäischen Ländern in Köln am 5. Juni zu einer großen Demonstration gegen Arbeitslosigkeit, Billigjobs und Ausgrenzung zusammenkommen.

Im Vorfeld werden wir am 23./24. Januar in Köln eine europäische Konferenz gegen Erwerbslosigkeit durchführen.

6.

Zur Vorbereitung des EU-Gipfels sowie des zwei Wochen später stattfindenden Weltwirtschaftsgipfels in Köln hat sich ein breites bundesweites Bündnis gebildet.

Euromarsch ist Teil dieses Bündnisses. Wir werden die von uns geplanten Aktivitäten – die Vorbereitungskonferenz am 31.10./1.11.98, die europäische Konferenz am 23./24.1.99 und die Märsche – in den Rahmen der Aktivitäten des Bündnisses stellen. Wir möchten erreichen, daß der Kreis derer, die sich an der Vorbereitung der Demonstration beteiligen, so breit wie möglich wird. Wir sehen in diesem Bündnis auch eine Chance, daß die soziale und antirassistische Bewegung sich stärker miteinander vernetzen.

Bundeskoordination Euromarsch

Aktionstag gegen soziale Ausgrenzung

Die Stadt gehört allen!

HAMBURG. Unter diesem Motto führte ein Bündnis aus Wohlfahrtsverbänden, DGB, Mieterbund, Wohnungslosen- und Sozialhilfeinitiativen am 11. September in 60 Städten einen Aktionstag gegen die Vertreibung Obdachloser und anderer Minderheiten aus den Innenstädten durch.

In Stuttgart endete ein Marsch, zu dem zwei Gruppen von insgesamt 60 Obdachlosen zusammen mit Sozialarbeitern von Offenburg bzw. Konstanz eine Woche zuvor zu Fuß aufgebrochen waren. In Flensburg und anderen Orten hatten Initiativen Bürger, Kaufleute, Obdachlose, Punks und Straßenkinder an einem „Langen Tisch“ zum Gespräch geladen. In Potsdam fuhr bei einer „Stadttrundfahrt anderer Art“ zwei Busse mit Politikern, Kaufleuten und Vertretern von Initiativen zu sozialen Brennpunkten. In Hamburg protestierten 14 Initiativen und Einrichtungen mit Infoständen auf dem Gänsemarkt in der Hamburger Innenstadt. Laut „Hamburger Abendblatt“ beteiligten sich einige hundert Menschen



an dem Protest (Bild: Obdachlosentheater Obdach fertig los). Die „Sozialpolitische Opposition“, ein Zusammenschluß von rund 150 verschiedenen Initiativen, Vereinen und sozialen Einrichtungen, hatte in einem Flugblatt für die Unterstützung des Protestes geworben:

„Arme und sozial Benachteiligte werden immer häufiger in die Rolle des ‚Sündenbocks‘ gedrängt. Schlagworte wie ‚Hängematte Sozialstaat‘ oder ‚Freizeitpark Deutschland‘ sollen suggerieren, Hilfebedürftige seien selber an ihrer Lage schuld. Zunehmend werden sie für die ‚Unwirtlichkeit‘ vieler Städte verantwortlich gemacht, und es werden nicht die Fehler und Versäumnisse der Stadt- und Wohnungsfeldplanung benannt.“

Parallel zu den gestiegenen Zahlen von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern wurden und werden die Leistungen immer mehr gekürzt, den sozialen Einrichtungen und Hilfe werden weniger finanzielle Mittel bewilligt, so daß die Schere zwischen steigender Armut und den Kürzungen bei den Sozialleistungen zu einem weiten Auseinanderklaffen führt.“

scc

Gelöbnix in Regensburg

Beim Gelöbnix am 1. September auf dem Regensburger Domplatz nahmen mehr als 600 Personen teil. Mit mehreren Programmpunkten wurden die zunehmende Militarisierung, die Auslandseinsätze der Bundeswehr, die Aufrüstungsprogramme sowie die Beschneidung der Meinungsfreiheit im öffentlichen Raum zum Thema gemacht.

Aus dem Aufruf zum 1. September

„Zum zweiten öffentlichen Gelöbnis am Domplatz in Regensburg am 24.6.98 schrieb die MZ: „Starkes Polizeiaufgebot unterband selbst geringe Störungen rigide.“ Deshalb rufen wir alle antimilitaristischen Kräfte zur aktiven Beteiligung an einem alternativen Gelöbnis am Domplatz auf,

- weil Regensburg mit dem Kommando Luftbewegliche Kräfte (KLK) eine Hochburg des Militarismus ist,
- weil in der Regensburger Bevölkerung wegen der Abhängigkeit vieler Menschen vom Militär (3 Kasernen) versucht wird, eine militaristische Grundstimmung zu schüren,
- weil OB Hans Schaidinger als Oberstleutnant d. Reserve keine Gelegenheit ausläßt, die Verankerung der Bundeswehr in der Gesellschaft voranzutreiben,
- weil die Regensburger Stadtoberen bereits zum zweiten Mal ihre Patenschaft für das KLK bekräftigt haben,
- weil die Nutzung des öffentlichen Raumes zunehmend den wirtschaftlich und politisch Mächtigen vorbehalten bleibt,
- weil die Debatte um die zukünftige Rolle der Bundeswehr vor den Wahlen sonst unter den Tisch zu fallen droht.

Deshalb wollen wir

- den öffentlichen Raum Domplatz für eine Demonstration des lebendigen sozialen Widerspruchs besetzen, ebenso wie die Bundeswehr von 19 bis 23 Uhr, statt einer starren Formation eine lockere Runde.“

Der Aufruf wurde unterstützt von von AMI, AStA, BI Asyl, Die Falken, DKP, GEW Hochschulgruppe, IKS, Juso-UB, Politischer Stammtisch, PDS und VVN.

Den August über mußte die Antimilitaristische Initiative (AMI) mit der Stadt über die Genehmigung streiten. Am 26.8. titelte die Rundschau: „Den Schwarzen wirts zu bunt“ – Benno Zierer (CSU-MdB) sieht überall „antidemokratische Kräfte“ am Werk – Regensburg lacht.

Das alternative Gelöbnis

Zum Auftakt der Veranstaltung um 19.30 Uhr feierte die Laientheatergruppe der Antimilitaristischen Initiative (AMI) zu Bachscher Orgelmusik eine antimilitaristische Geisterbeschwörung in Anlehnung an den Gottesdienst im Dom, der vor dem Militärgelöbnis am 24. Juni dieses

Jahres stattfand. Anschließend wurden die mitgebrachten Gartenzweige vor dem Rednerpult des Ver-eidigungsministers der AMI in Stellung gebracht. Als Höhepunkt leisteten die Gartenzweige ihren Eid auf den Garten.

An den kabarettistischen Teil schlossen sich vier kurze Reden an. Die Rednerin der AMI sprach zur Militarisierung in Regensburg. Als zweiten Redebeitrag rezitierte Harald Klimenta (Buchautor zum Thema Globalisierung) die umstrittene Rede von Jürgen Trittin am 10. Juni in Berlin. Im dritten Beitrag schilderte Gotthold Streitberger seine Eindrücke vom letzten Militärgelöbnis am 24. Juni am Domplatz, wo er einer der beiden als „Störer“ Festgenommenen war. Als letzter Redner ging Jakob Lamey (der andere der am 24. Juni Verhafteten) auf den Zusammenhang von Sozialabbau und Imperialismus ein.

Während das Heeresabschaffungsmusikkorps mit seinen Zügen Bughead und Another Planet ein Platzkonzert zum Besten gab, hatten die TeilnehmerInnen Gelegenheit, sich an den Infotischen von AMI, BI Asyl und PDS zu informieren. An einem Schokokuss- und Eierwurfstand gab es die Möglichkeit, selbst auf Gartenzweige zu werfen und so schon einmal für das nächste Militärgelöbnis zu üben.

„Wir wollen weiterhin Stachel sein !“

Die AMI bewertet die Veranstaltung als vollen Erfolg: „Einerseits ist es gelungen, doch eine ganze Reihe von Menschen, die sich sonst eher nicht (bzw. nicht mehr) politisch betätigen, auf die Straße zu bringen: Neben der Vielzahl von teilnehmenden Jugendlichen war es auch erfreulich, all die „erfahrenen“ Friedensbewegten, GEW-LehrerInnen, Gewerkschafter oder WAA-VeteranInnen mal wieder auf der Straße, mitten im öffentlichen Raum zu treffen.

Andererseits ist es gelungen, die (ver-) öffentliche Meinung in Regensburg zu polarisieren: Die CSU ist mit ihrem Aufschrei der Entrüstung mehr als auf die Schnauze gefallen, die Stadt Regensburg wurde gerichtlich in die Schranken gewiesen, das Presseecho war mehr als zufriedenstellend, und vor allem: wir haben dem Domplatz, wo sonst die Bundeswehr ihre Militärgelöbnisse abhält, am Antikriegstag unseren Stempel aufgedrückt – bunt und durcheinander. Solange der OB regelmäßig die Bundeswehr zu öffentlichen Veranstaltungen einlädt, und solange das KLK hier in Regensburg stationiert ist, werden wir uns weiterhin nach Kräften bemühen, der Stachel im Sitzfleisch aller kleinen und großen Militaristen und Kriegsverherrlicher zu sein.“

Zusammengestellt nach Dokumenten und Berichten der AMI im Internet – baf



Fotos: Herbie Sachs

Gelöbnix 1998 Köln: Ansprache an die angetretenen Skelett-Soldaten

Männer –

wieder ist ein stolzer Jahrgang der männlichen Jugend unseres Volkes angetreten, um in aller Öffentlichkeit dies feierliche Gelöbnis abzulegen: den deutschen Banken und Großkonzernen treu zu dienen, den Profit der Rüstungsindustrie zu mehren und für die Eliten unseres Staates tapfer zu kämpfen bis in den Tod!

Denn das ist unsere Soldaten-Ehre: uns als Tötungsmaschine rückhaltlos zur Verfügung zu stellen, uns selbst nicht zu achten, dafür aber den Befehlen unserer Vorgesetzten bedingungslos Gehorsam zu leisten: zu töten, zu bomben, zu schießen und zu massakrieren, auf daß wir mit vielen Orden geehrt werden – so wahr dieser Staat alle unsere Greuel-taten decken und legitimieren wird!



Hier ist der Ort, wo Männer noch Männer sind und Frauen das Fürchten lehren: erst mit der Waffe in der Hand wird der Mann zum Mann und kann im Kriegsfall endlich ungestraft das tun, was er sein Leben lang in Filmen und Videos und an seinem Computer nur üben konnte.

Auszüge, kah

„Das Klima in der Stadt verändern!“

EBERSWALDE. Etwa 30 Leute aus den verschiedensten Vereinen, Organisationen und Einrichtungen waren am 2. September zum zweiten Treffen des Eberswalder Netzwerkes „Gegen Rechtsextremismus“ in die Räume des Afrikanischen Kulturvereins gekommen. Begierig auf die Erfahrungen anderer, hörten die Netzwerkmitglieder zunächst den Bericht Carola Stabes vom „Belziger Forum gegen Rechts“:

Carola Stabe arbeitet seit etwa 5 Jahren für die Regionale Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule (RAA) in Belzig. Die Situation, die sie 1994 in Belzig vorfand, beschreibt Carola Stabe so: die 8000-Einwohner-Stadt wurde beherrscht von der rechten Skinheadszone, die auch das örtliche Jugendkulturhaus besetzt hatte; linke Jugendliche suchte man vergebens, bestenfalls als „neutral“ bekannten sich einige; Nazi-Pöbeleien und -schmierereien waren allgegenwärtig in Belzig, weite Teile der Stadt galten als „national befreite Zone“, in die sich kein Ausländer traute; die Öffentlichkeit schaute dem zu, Höhepunkt war, daß der Bürgermeister (SPD) sich gemeinsam mit den Neonazis bei einer Grillparty für die örtliche Zeitung fotografieren ließ. Lange Zeit meinte Carola Stabe gegen Windmühlenflügel zu arbeiten. Die Situation änderte sich erst, als bei einem Jungnazi-Treffen von aus dem Westen angereisten Neonazis am helllichten Tag mitten in Belzig eine Nazi-Fahne gehißt wurde. In einem Leserbrief an die lokale Zeitung hieß es: Belziger, ihr habt alle die Fahne gesehen. Jetzt könnt ihr euch nicht mehr rausreden, daß ihr von nichts gewußt hättet!

Die Stadtverordnetenversammlung initiierte daraufhin eine erste Veranstaltung. Mit wenig Erfolg, aber es war der Anfang einer Bewegung. Die RAA-Mitarbeiter gingen mit einem Beratungskonzept zum Belziger Bürgermeister. Der hatte vor allem das zunehmend schlechte Image der Stadt vor Augen und nahm das Angebot an. Wie sich später herausstellte, war das der Schlüssel zum Erfolg. Der Bürgermeister lud im September vergangenen Jahres Schuldirektoren, Parteivertreter, Pfarrer etc. zu einem ersten Treffen ein. Und weil der Bürgermeister einlud, kamen auch alle. Ohne Presse und Öffentlichkeit wurden zunächst in drei Veranstaltungen die Fakten auf den Tisch gepackt. Erstmals redeten die Leute offen über ihre Wahrnehmungen, über die Nazischmierereien, die „national befreiten Zonen“, die von den Nazis verbreitete Angst. Viele hatten das Ausmaß unterschätzt, waren doch viele Vorfälle vom Mantel des Schweigens zugedeckt gewesen. Die bislang heruntergespielten Einzelfälle fügten sich zu einem erschreckenden Gesamtbild, das viele auf-

rüttelte. Am 12. November wurde die erste öffentliche Veranstaltung, eine Podiumsdiskussion, organisiert. Die Meldungen über die nichtöffentlichen Beratungen hatten die Neugier geweckt. 120 Bürgerinnen und Bürger kamen.

Allerdings dominierten zunächst ca. 30 Rechte mit Pöbeleien und unflätigen Zwischenrufen die Veranstaltung. Bis ein beherzter Bürger aufstand und ausrief: „Entweder ihr gebt jetzt Ruhe, oder ich schmeiße euch eigenhändig raus!“ Das zeigte Wirkung. Am Ende der Veranstaltung war das „Belziger Forum gegen Rechts“ ins Leben gerufen. Rund 60 Bürgerinnen und Bürger sowie Vertreter der Verwaltung treffen seitdem sowohl in vier Arbeitsgruppen, als auch im großen Forum regelmäßig zusammen. Und über allem steht die Autorität des Bürgermeisters.

In der Folge entfaltete sich eine rege Diskussion in der örtlichen Tageszeitung. Das Klima in der Stadt begann sich zu wandeln. Die Nazisymbole, vorher in aller Öffentlichkeit getragen, verschwanden von den Straßen. Unter dem Dach des Forums entstand für linksorientierte Jugendliche, die gibt es jetzt, ein Info-Café. Mittlerweile hat das Forum ein eigenes Abzeichen konzipiert, ein kleines rotes Dreieck. Dieses Abzeichen wurde am 8. Mai erstmals herausgegeben und seitdem 800 mal verkauft. Mittlerweile sorgt ein

Förderverein für stabile Strukturen. Wenn darin örtliche Betriebe als Mitglied auftreten, hat das nicht nur Bedeutung hinsichtlich der Mitgliedsbeiträge und Spenden. Von beinahe größerer Bedeutung ist das Zeichen, daß viele Handwerker und Gewerbetreibende mit ihrer Vereinsmitgliedschaft setzen. Und für den Bürgermeister, der über allem steht, zahlte sich das ganze auch aus. Das „Belziger Forum gegen Rechts“ sorgte für ein positives Image der Stadt.

Die Teilnehmer am Eberswalder Netzwerk „Gegen Rechtsextremismus“ diskutierten im Anschluß an den Bericht von Carola Stabe, wie deren Erfahrungen auf die Eberswalder Verhältnisse anzuwenden wären. Auch hier wird aus Angst vor einem Negativ-Image der Stadt die Neonazi-Szene von offizieller Seite heruntergespielt. Derweil bauen Neonazi-Organisationen wie die JN-NPD ihre Strukturen aus. „Wir wollen das Klima in der Stadt verändern“, so das Fazit der Diskussion. Eine Kerngruppe mit Vertretern der verschiedenen Bereiche soll zukünftig die Arbeit des Netzwerkes koordinieren und die Erarbeitung eines Handlungskonzeptes vorantreiben. Vertreter der Kerngruppe werden auch, entsprechend der Belziger Erfahrungen, den Kontakt zum Eberswalder Bürgermeister suchen.

G.M.

Verwicklungen der Deutschen Bank u.a. in NS-Verbrechen

FRANKFURT. UnterstützerInnen des Forums für sozialistische Verständigung verteilten am vergangenen Wochenende beim sog. Wolkenkratzer-Festival von FAZ, FFH u.a. einen offenen Brief an OB Roth, in dem festgestellt wird, daß „angesichts der heutigen Erkenntnisse über die Verstrickung der Großbanken in die NS-Verbrechen, es dringend notwendig ist darüber zu befinden, ob nicht die Streichung von H.J. Abs aus der Liste der Frankfurter Ehrenbürger erfolgen muß.“

Die Aufforderung stammt von Dr. Heinz Düx (Untersuchungsrichter in NS-Strafverfahren, Auschwitz, und langjähriger Richter in Entschädigungssachen), Alfred Marchand (Widerstandskämpfer, Träger der Wilhelm Leuschner-Medaille), Fred Gebhardt (Stadtrat a. D.) und Jakob Moneta (ehem. Chefredakteur der „Metall“). Der Brief befaßt sich u.a. mit der Ausplünderung der jüdischen Bevölkerung durch die deutsche Industrie und das Banken- und Versicherungsgewerbe und weist darauf hin, daß bei der Wiedergutmachung insbesondere die Opfer in Ost- und Südosteuropa bis in die jün-

ste Zeit völlig ausgegrenzt wurden. Weiter heißt es: „Ausgelöst durch die Bereitschaft schweizerischer Banken, die im Wege des Transfers durch die rassistische Verfolgung in Deutschland Gewinne erzielten, Ausgleichszahlungen vorzunehmen, beginnt nun auch in Deutschland, dem Ursprungsland der Verbrechen, eine Diskussion über das sog. ‚Judengold‘ und die Rolle der Banken, Versicherungen und Konzerne bei den NS-Verbrechen (Allianz, Degussa, IG Farben, Deutsche und Dresdner Bank). In den 53 Jahren seit Kriegsende war von den zahlreichen und einflußreichen Verbrechensteilnehmern in Deutschland eine solche Diskussion stets unterdrückt worden.“

Deshalb ist es notwendig, daß insbesondere in Frankfurt/M., dem künftigen zentralen europäischen Bankenplatz, diese Diskussion über die Mitwirkung der deutschen Wirtschaft bei den NS-Verbrechen intensiv aufgegriffen wird, wie es unlängst anläßlich der Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht geschah ...“

Das Forum führte am 10.9. zusammen mit der PDS und der VVN eine Aktion gegen die Geschäftspolitik des Degussa-Konzerns durch. ola

Wir lachen das Militär aus!

Das ANTI-MILITÄRISCHE-OBER-JUBELKOMITEE – AMOK ruft auf zur dritten Jubelparade am 3. Oktober 1998, Tag der deutschen Einheit, gegen die Bundeswehrpräsenz in Berlin und der ganzen Welt unter dem Motto „Wir lachen das Militär aus!“

Die Bundeswehr hat den Umbruch vollzogen. Weg von der starren Armee des Kalten Krieges, hin zu weltweit agierenden Interventionstruppe. Der Leitsatz der Bundeswehr lautete noch bis 1990 „Kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen“, er wurde ersetzt durch „kämpfen können und kämpfen wollen“.

Als „Mittelmacht mit weltweitem Interesse“ habe sich die BRD mit der Bundeswehr auf weltweite Kampfeinsätze vorzubereiten. So sagte schon 1991 der damalige Generalinspekteur Klaus Naumann: „Der Bogen für Kriseneinsätze der Bundeswehr reicht von Marokko bis Pakistan“ („Illoyal“, Journal für Antimilitarismus, Herbst 1997). In diesen „Kriseneinsätzen“ wird die Bundeswehr auf den „Archetyp des neuen Kriegers“ treffen. Er „ist ein Mann,

der im Frieden keine Zukunft sieht, beruflich schlecht ausgebildet ist, seinen Lebensunterhalt nicht auf ehrliche Weise verdient und für Frauen als Lebenspartner keine soziale Attraktivität besitzt“, so Oberstleutnant im Generalstab Reinhard Herden in der Militärzeitung „Truppenpraxis / Wehrausbildung“ 2/3 1997.

Mit dem Schüren solcher Feindbilder soll auf die zukünftigen Kampfeinsätze der Bundeswehr eingestimmt werden. Und so ist auch für Nazis die Bundeswehr attraktiv, die dort zudem Werte wie „Kameradschaft“ und „Treue“ finden.

Der Einsatz im Ausland ist „eine neue Dimension für deutsche Soldaten, die ähnliches in diesem Jahrhundert bislang nur zweimal vor 1945 erlebten“, so Naumann, zitiert nach „Blätter für deutsche und internationale Politik“ 3/96. Es soll wieder selbstverständlich werden, daß deutsche Truppen überall in der Welt töten und sterben.

Dagegen laufen wir AMOK!

Die Jubelparade 98 soll auch in diesem Jahr kein Trauermarsch sein, sondern ein karnevalesker und militarismusverhöhrender Umzug, eine Demonstration

der vielen Menschen, die sich an die angebliche Normalität von deutschen Soldaten im Kriege nicht gewöhnen wollen.

„Denn Soldaten sind Taugenichtse und Heuchler“, so der Alte Fritz, König der Preußen.

Jammernde Rekruten und Gefangene, Frontsoldaten im Stechschritt, Waffen segnende Pfaffen und geifernde Armeegeistliche, jagende Feldjäger, ein ABC-Schutzmasken-Ballett, General-Schönbohm-Masken, braune Deppen und andere Jecken können die

Parade der Deserteure und WehrkraftzersetzerInnen durch Berlin

begleiten. Wir bieten Raum für einen Trümmerfrauentanz und eine Bundesdeichwehr, Theatergruppen und Totalverweigerer, HipHopper und Kriegsversehrte, Tänzer, Clowns und Narren, Samba-Bands und Kabarettisten, Friedensfreunde und -freundinnen. Anti-Militärischer-Karneval aus Berlin, denn nichts ist dümmmer als alle soldatischen Tugenden.

AMOK, c/o Junge Welt, Am Treptower Park 28-30, 12435 Berlin, Fax 533343-43, Tel. 53635538. Aktiventreffen: jeden Dienstag, 19.30 Uhr, bei der Jungen Welt.

Kohl: „Keinem soll es schlechter gehen“

„Mein Lebensstandard sank um 51,58 Prozent“

Evelin Kluge aus Leipzig hat einen Brief an alle Fraktionen und Gruppen des Bundestages, an die Herren Kohl, Waigel, Seehofer, Hintze, Blüm und Schäuble sowie an die Redaktionen von Leipzigs Neue, LVZ, RTL, Sat 1, MDR, ARD, ZDF u.a. geschickt. Darin heißt es:

Hiermit möchte ich Ihnen meinen Beitrag zur kommenden Wahl zur Kenntnis übermitteln. Er steht unter dem Motto: „Eine Diskussion über Freiheit und Bananen erübrigt sich anhand der Zahlen über Abgaben und Gebühren“. In der DDR hatte ich die Freiheit, in Urlaub zu fahren, jetzt habe ich nicht einmal mehr Geld für eine Kinokarte. Ich bin von Beruf Diplomingenieurin. Extra für die CSU- und CDU-Mitglieder: Ich war nie Mitglied der SED. Ich hoffe, daß ich von Ihnen eine Antwort bekomme. (...) Alle Zahlen können bei mir eingesehen werden!

Einkommen brutto / Monat	1990	1997
Gehalt bzw. Rente	1.200,00	1.381,00
Wohngeld	./.	43,00
Fixe Ausgaben / Monat	1990	1997
Miete	23,00	336,75
Nebenkosten	./.	78,50
Heizkosten	4,42	78,50
Licht und Gas	11,57	40,60
TV und Rundfunkgebühren	11,80	37,70
Kabelgebühren	./.	15,90
Zeitungen (LVZ + Troll)	3,60	41,20
Telefongebühren	./.	30,00
Lohnsteuer	150,80	./.
SVR bzw. AOK	60,00	95,00
FZR	60,00	./.
Pflegeversicherung	./.	12,00
Kontogebühren	./.	5,00
Zuzahlung für Medizin	./.	32,00
Versicherung (Lebens- und Hausrat)	20,00	130,00
Postgebühren durchschnittlich	1,00	11,00
Straßenbahn (Monatskarte)	8,00	69,00
SUMME FIXE AUSGABEN	353,19	1014,00
Verbleibendes Einkommen	846,19	410,00
Sinken meines Lebensstandards	minus 436,19 DM im Monat	

(aus Platzgründen geringfügig gekürzt. Aus: Leipzigs Neue, Nr. 18/98 vom 4.9.98)



Leipziger ehrten am 1. September Hakenkreuzflüchtlinge

Nach 53 Jahren endlich Denkmal für Deserteure

Ein halbes Jahrhundert blieb ihnen ein Denkmal verwehrt – den 26 Leipziger Wehrmachtsdeserteuren, die Opfer der faschistischen Militärjustiz wurden. Seit dem 1. September hält nun ein Gedenkstein auf dem Leipziger Ostfriedhof die Erinnerung an sie wach.

Bei der Einweihung erklärte Prof. Dr. Heinrich Fink vom Bund der Antifaschisten (Foto) im Beisein von Sohn und Enkel des Militärjustizopfers Ulrich Schröder: 53 Jahre habe der Kampf gegen die

Verweigerung des Mahnmals gebraucht. Dank hartnäckigen Ringens örtlicher Organisationen – Bund der Antifaschisten, Interessenverband der Verfolgten des Naziregimes, Leipziger Friedenszentrum und Initiative Christliche Linke – „geben wir heute den 26 Nummern der deutschen Militärjustiz ihre Namen zurück“.

Damit werde ein wichtiger Beitrag zur endlichen Anerkennung derer geleistet, die in der Erkenntnis des verbrecherischen Charakters des Krieges aus der Wehrmacht desertierten.

„Dank sei den Hakenkreuzflüchtlingsen, sie geben uns unsere Würde zurück“, sagte Heinrich Fink mit deutlichem Verweis auf die Gefahr neofaschistischer Bestrebungen in Deutschland.

An der Feierstunde nahmen etwa 150 Gäste teil, darunter Beigeordneter Holger Tschense (SPD) und die PDS-Vorsitzenden der Stadt und des Landkreises, Dr. Dietmar Pellmann und Wolfgang Denecke – nicht aber offizielle Vertreter anderer Parteien.

(aus: *Leipzigs Neue*, 17/98 vom 4.9.98)

Thüringen

GewerkschafterInnen aktiv gegen rechts

Mit landesweiten Propagandaktionen treten die Thüringer „GewerkschafterInnen gegen Rassismus und Faschismus“ gegen rechts-extremistische und neofaschistische Parteien auf.

Die Aktivitäten werden sich vor allem darauf konzentrieren, die JungwählerInnen über die Hintergründe rechtsextremer und neofaschistischer Parteien aufzuklären und die Konsequenzen ihrer Wahl aufzudecken.

In einer Auflage von 20 000 wird zur Zeit die Zeitung „(antifa)Zonen-Nachrichten“ thüringenweit verteilt. Die Zeitung informiert insbesondere über die Ziele und Strukturen rechtsextremer und neofaschistischer Parteien von REP, DVU und NPD:

Aber auch von „Initiative Pro-D-Mark“, „Ökologisch-Demokratische Partei“ (ÖDP) und der „Bund freier Bürger“ (BFB), die ebenfalls zu den rechts-extremen Parteien gezählt werden können. Letzterer versteckt unter dem Markenzeichen „Die Freiheitlichen“ seine wirklichen Ziele wie Sozialabbau, Nationalismus, Obrigkeits- und Polizeistaat, Militarismus und Krieg. „Nach außen rechtsliberal, nach innen stark gebräunt“ macht die Zeitung all jenen klar, denen sich der BFB als Alternative rechts von der FDP anbietet.

Bis zum Wahltag werden 100 000 Wahlinfos an Allgemein- und Berufsbildenden Schulen, Ausbildungswerkstätten und Jugendzentren, aber auch im Umfeld von rechten Wahlkampfkampagnen verteilt. (...) aus: UNZ, Linke Zeitung in Thüringen, Nr. 17/98

MOBBING: *Ansbach.* Weil er es gewagt hat, Kritik am Landwirtschaftsamt zu üben, läuft gegen den Kreisrat von Bündnis 90/Die Grünen und Forstbeamten Heinz Bußler ein dienstrechtliches Ermittlungsverfahren. Angeleiert wurde dies vom mittelfränkischen Forstpräsidenten, der schon im vergangenen Jahr Bußler abstrafen wollte. Damals hatte das Verwaltungsgericht diesen Versuch verurteilt. Die Grünen fordern daher den bayer. Landwirtschaftsminister auf, endlich dienstrechtliche Konsequenzen zu ergreifen, damit leitende Beamte nicht „Recht und Gesetz brechen, um einen gewählten Mandatsträger mundtot zu machen“. Unterstützung bekommt der Grüne pikanterweise vom Ansbacher CSU-Landrat. Der hatte es bereits 1997 in einem Brief an die grüne Kreisfraktion als „verfassungswidrig und unmoralisch“ bezeichnet, wenn jemand einen Kreisrat durch äußeren Druck dazu verleitet, gegen seine innere Überzeugung zu handeln. Pressionen des Dienstherren gegen ein Kreistagsmitglied wegen dessen Verhalten im Ehrenamt sind seiner Ansicht nach unzulässig und widersprechen verfassungs- und kommunalrechtlichen Bestimmungen.

ZENTRAALKULTUR: *Köln.* Der Städte-tag warnt davor, die kulturelle Zuständigkeit des Bundes zu stärken. Für vermehrte zentralstaatliche Repräsentanz auf kulturellem Gebiet oder gar einen Bundeskulturminister sieht er keinen Bedarf, das sei nicht zeitgemäß. Anlaß für diese Stellungnahme ist offenbar das Vorhaben des Kanzleranwärters Schröder, im Fall eines Wahlsiegs der SPD den Verleger Naumann als Kulturbbeauftragten in die Regierung aufzunehmen.

WAGENBURG: *Freiburg.* Bis zum 15.9. hat die Stadt der Wagenburg noch Zeit gegeben, das von ihnen privat gepachtete Gelände selbst zu räumen. Wohin, weiß die Stadt auch nicht. Plätze gibt es keine. Ein Verwaltungsgerichtsurteil hatte im Frühjahr der Stadt Freiburg die Rechtmäßigkeit ihrer Verfügung bestätigt, aus Landschaftsschutzgründen die seit drei Jahren in St. Georgen angesiedelte Wagenburg – fünf Erwachsene, drei Kinder – zu illegalisieren, um damit den Vorgaben aus dem Innenministerium Stuttgart zu folgen.

KOMMUNISTISCHE GÄSTE: *Püttlingen.* Bürgermeister Müller empfing die Mandatsträger aus Deutschland, Luxemburg und Frankreich, die auf Einladung der DKP-Stadtratsfraktion nach Püttlingen gekommen waren. Dabei konnte der Hausherr den Bürgermeister von Talonge, der zugleich Mitglied des Regionalrates von Lothringen ist, ebenso begrüßen wie Ratsmitglieder aus den luxemburgischen Gemeinden Differdin-

gen und Rümelingen. Aus Mörfelden-Walldorf, Idar-Oberstein und Steinbach/Glan kamen Mandatsträger der DKP, und aus dem brandenburgischen Senftenberg, das eine Städtepartnerschaft mit Püttlingen unterhält, war eine zweiköpfige Vertretung der PDS angereist. Beim Empfang im Rathaus wurden die kommunistischen Gäste ausführlich über Geschichte und Gegenwart der Stadt informiert. Auf der Veranstaltung „Europa – Chance für die Kommunen oder weiterer Sozialabbau?“ wurde deutlich, daß sich die Probleme in den Kommunen der drei Länder gleichen. Die Auffassung erhärtet sich, daß ein soziales Europa nur zu erreichen ist, wenn Gewerkschaften und Städte/Gemeinden wirksam für ihre Interessen und gegen die Pläne des Kapitals kämpfen: „Kommunalpolitik muß notfalls auch auf die Straße gehen“.

FOLGENLOS: *Waldenburg / Chemnitz.* Das Auslegen rechtsextremer Flugblätter in seinem Rathaus bleibt für den Waldenburger Bürgermeister Karsten Loos (CDU) ohne juristische Folgen. Die Staatsanwaltschaft Chemnitz hat jetzt das Ermittlungsverfahren gegen Loos eingestellt. Der Vorwurf der Volksverhetzung, den der PDS-Landtagsabgeordnete Uwe Adamczyk wegen dem Skandal erhoben hatte, ist nach Ansicht der Behörde nicht zutreffend.

SONNTAGSÖFFNUNG: *Senden.* Die Petition, die das Bündnis gegen Sonntagsarbeit an den Bürgermeister übergeben hatte, war erfolgreich. Die Möbelfirmen Inhofer sowie andere Firmen und Kaufhäuser im schwäbischen Senden (Landkreis Neu-Ulm) dürfen in naher Zukunft sonntags nicht ihre Tore öffnen. Mit Mehrheit hat der Sendener Stadtrat den Antrag zahlreicher ortsansässiger Firmen abgelehnt, zumindest die jährliche Aktionswoche mit einem verkaufsoffenen Sonntag zu koppeln. Dies betrifft 2000 Beschäftigte. Der bayerische DGB-Vorsitzende Fritz Schösser begrüßte diese Entscheidung: „Uns fehlt Kaufkraft, nicht eine Verlängerung der Ladenschlußzeit“.

VOLKSBEGEHREN: *Bremen.* Der Senat hat am 8. September das Volksbegehren „Mehr Demokratie“ nicht zugelassen, da es „geschriebenes Verfassungsrecht und ungeschriebene Prinzipien der Landesverfassung“ verletze. Diese Grundsätze seien „einer Änderung auch durch den unmittelbar entscheidenden Souverän entzogen“. Die Bürgeraktion Mehr Demokratie erklärte dazu: „Die Regierung hat Angst vor den Bürgern und sucht Schutz bei ihren Richtern. Was in Hamburg nicht gegen das Grundgesetz verstößt, kann auch in Bremen nicht verfassungswidrig sein.“

Zusammenstellung: haf

KÜRZUNG. Unbefristeter Streik bei den Verkehrsbetrieben in der Stadt Brandenburg: Seit Montag, den 7. September, sind die rund 220 Beschäftigten der Brandenburger Verkehrsbetriebe (VBB) in den unbefristeten Streik getreten. Die Geschäftsführung der VBB reagierte umgehend mit Aussperrung.

Zum Hintergrund: Der jährliche Zuschuß für die VBB wurde von 21 Mio. Mark auf 14 Mio. reduziert, im nächsten Jahr soll er um weitere 3 Mio. gekürzt werden. Die 3 Mio. Mark sollen beim Personal eingespart werden durch Lohnkürzungen und Entlassungen. Als Mitglied im Kommunalen Arbeitgeberverband (VKA) sind die VBB an den Tarif im öffentlichen Dienst gebunden. Deshalb wurde die Mitgliedschaft im VKA zum 31.12.1998 gekündigt. Tarifverhandlungen mit der ÖTV begannen. Als diese zu keinem Ergebnis kamen, wurde eine Urabstimmung durchgeführt. 94% der ÖTV-Mitglieder stimmten für unbefristeten Streik.

Besonderes Aufsehen erregte, daß die Streikenden auch nicht davor zurückschreckten, auf einer Kundgebung des Kanzlerkandidaten in ihrer Stadt aufzutreten und der SPD Lohndumping vorzuwerfen.

Über die Höhe der monatlichen Lohnkürzungen, die den Beschäftigten bei den VBB zugemutet werden sollen, gibt es unterschiedliche Aussagen. Von bis zu 900 DM im Monat spricht die ÖTV, was umgerechnet zwischen 33 und 25 Prozent eines Monatsverdienstes wären. Von 300 bis 400 DM sprechen die SPD-Stadtveräter.

Einen so langen Streik hat es bundesweit in einem Nahverkehrsbetrieb noch nicht gegeben. Der Versuch, ihn per Gericht als unrechtmäßig verbieten zu lassen, ist gescheitert.

Neue Verhandlungen am vergangenen Donnerstag in



Hannover sind ohne Erfolg geblieben. Die Gewerkschaft ÖTV hatte Einsparungen durch Verzicht auf Zulagen und durch eine Arbeitszeitverkürzung in Höhe von 1 Mio. Mark vorgeschlagen, die Geschäftsführung der VBB reduzierte ihr "Angebot" auf 750 Mark monatlichen Verlust.

Das Streikkonzept der ÖTV ist langfristig angelegt. Nach eigenen Aussagen kann mindestens drei Wochen gestreikt werden.

EUROPÄISCHE SOLIDARITÄT GEGEN TARIFBRUCH.

Die IG-Metall-Vertrauensleute bei Bosch Telecom in Frankfurt solidarisierten sich in einer Erklärung mit den Aktionen ihrer französischen KollegInnen bei Bosch Telecom France am 1. September. Dort weigert sich Bosch nach der Eingliederung von Bosch Telecom France in Bosch France, den bislang gültigen Kollektivvertrag anzuerkennen. Der Vertrag sichert u.a. Ausgleichszahlungen bei Versetzungen und Kündigungen, zusätzlichen Urlaub bei familiären Anlässen, einen Anspruch auf Weiterbildung und andere Leistungen. Die Vertrauensleute weisen darauf hin, daß es bei Bosch Telecom Deutschland in den vergangenen zwölf Monaten ebenfalls wiederholt Versuche gegeben hat, den Tarifvertrag zu unterlaufen. So geschehen durch die Ausgründungen einer Software Entwicklungsgesellschaft, einer Service-Gesellschaft und eines Call-Centers in Backnang, Weimar und Magde-

burg. (nach Info der IGM-Vertrauensleute, ola)

PROTESTAKTION BEI DIGITAL EQUIPMENT.

Auf Initiative der IG Metall protestierten am 2.9. Beschäftigte der Digital Equipment GmbH vor der Frankfurter Niederlassung in Dreieich gegen die Geschäftspolitik der neuen amerikanischen Muttergesellschaft Compaq Corporation. Nachdem der Konzern im Juni in den USA Digital Equipment Corp. übernommen hatte, kündigte das in der BRD neu eingesetzte Management die Streichung von 850 der 2435 Arbeitsplätze an. In Dreieich könnte davon jeder dritte der etwa 300 Beschäftigten betroffen sein. Vor 15 Jahren waren bei Digital in Niederrad und Dreieich noch rund 1000 Menschen beschäftigt. Die IGM und der Betriebsrat fordern „sinnvolle Investitionen in zukunftsträchtige Beschäftigungsfelder und eine Nutzung der im Tarifvertrag vorgesehenen Möglichkeiten der Beschäftigungssicherung (Alters-) Teilzeit, Qualifizierung, Überstundenabbau und zeitweilige Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich“. (nach PM der IGM, ola)

TARIFE LOKALRADIOS.

Am 11. September fand in Düsseldorf die erste Tarifverhandlung für die Beschäftigten der nordrhein-westfälischen Lokalradios statt. Der Gehaltstarifvertrag war zum 30. September 1998 gekündigt worden. Die IG Medien, der Deutsche Journalisten-

verband und die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, die seit 1993 die Tarifverträge gemeinsam verhandeln und abschließen, hatten eine Gehaltserhöhung von 4,5% und eine Verbesserung der Berufsjahresstaffel gefordert. Die Verhandlung verlief ergebnislos. Die gemeinsam verhandelnden Arbeitgeberverbände Verband Lokaler Rundfunk und der Verband der Betriebsverbände hatten zunächst eine Erhöhung der Gehälter um 1,6% angeboten; über weitergehende Forderungen wollten sie nicht verhandeln. Später boten die Arbeitgeberverbände in einem Gespräch der Verhandlungsführer an, die Gehälter um 1,9% zu erhöhen und Gespräche über Fort- und Weiterbildungsfragen aufzunehmen. Die Übernahme des Ergebnisses der Tarifverhandlungen für Redakteure an Tageszeitungsverlagen (2,0%) lehnten sie ausdrücklich ab. Es müsse „eine Eins vor dem Komma stehen“. Nachdem die Verhandlungskommissionen der Gewerkschaften diesen Vorschlag abgelehnt hatten, wurden die Verhandlungen auf den 30. Oktober vertagt. Die Arbeitgeberverbände erklärten, ihr Angebot laute nunmehr wieder, die Gehälter um 1,6% zu erhöhen; das weitergehende Angebot aus dem Gespräch in kleiner Besetzung werde zurückgezogen. (Solinet)

BOSCH: TARIFBINDUNG.

Die Tarifbindung bei Bosch im Bereich Lkw-Bremsen bleibt. Die 500 Beschäftigten und die Betriebsräte im Entwicklungszentrum Schwieberdingen bei Stuttgart und in der Nürnberger Fertigung haben sich durchgesetzt: Auch in dem geplanten Gemeinschaftsunternehmen von Bosch mit dem Münchner Konzern Knorr-Bremse bleiben ihre Tarifrechte in vollem Umfang gewahrt. Das war nicht leicht, denn Knorr gehört mit etlichen Betrieben keinem Arbeitgeberverband an. Die Bremsen-Allianz Bosch-Knorr unterzeichnete am 6. August einen Anerkennungstarifvertrag mit der IG Metall. Somit gelten alle jetzigen und künftigen Tarifverträge ohne Öffnungsklauseln. Arbeitsbedingungen und betriebliche Sozialleistungen dürfen nicht zu Lasten der

Mitarbeiter verändert werden. Auch kann niemand gegen seinen Willen an einen anderen Standort versetzt werden. Sollte es in dem Gemeinschaftsunternehmen zu betriebsbedingten Kündigungen kommen, verpflichtet sich Bosch, für die Dauer von drei Jahren den Betroffenen vergleichbare Arbeitsplätze im Konzern anzubieten. (aus metall 9/98)

KURZARBEIT: Zwischen dem 14.9.98 und dem 4.12.98 wird bei SRAM (ehemals Sachs-Zweiradkomponenten) in Schweinfurt kurzgearbeitet. Betroffen sind Produktionsarbeiter für maximal 20 Arbeitstage. Der Betriebsrat konnte durchsetzen, daß SRAM einen Zuschuß zum Kurzarbeitergeld zahlt, durch den das Kurzarbeitergeld von 61 bzw. 67 Prozent des monatlichen Nettolohns auf 85% angehoben wird. Weiter wurde vereinbart, daß Urlaubsgeld, Urlaubsentgelt, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, usw., so berechnet werden, als würde normal gearbeitet werden. Der Betriebsrat wird wöchentlich über alle für die Kurzarbeit relevanten Daten unterrichtet und nimmt mit zwei Mitgliedern an allen Gesprächen der Geschäftsleitung mit dem Arbeitsamt teil. Aus betriebsbedingten Gründen unumgänglich anfallende Mehrarbeit ist ab der 1. Stunde in Freizeit abzugelten, die Zuschläge sind in Geld zu vergüten. Betriebsbedingte Kündigungen sind bis Ende des Jahres nur mit Zustimmung des Betriebsrats möglich.

PROTESTAKTION DER PFLEGESCHÜLERINNEN DER CHARITÉ. Im September schließen 110 Schülerinnen der Krankenpflege und Kinderkrankenpflege an den beiden Hauptstandorten der Charité ihre dreijährige Ausbildung ab. Danach müssen sie sich jedoch alle arbeitslos melden.

In der Vergangenheit war es an der Charité üblich, daß fast alle Ausgebildeten ein Übernahmeangebot erhielten. Nunmehr erfuhren sie von einem Tag auf den anderen, daß keine einzige der jungen Krankenschwestern einen Arbeitsplatz an der Charité bekommt. Der Grund dafür:



Ein Defizit im Budget, das allein dem Pflegedienst der Charité 4,5 Mio. DM Kürzungen abverlangt. Der Hintergrund dafür ist die allgemeine Lage der Berliner Krankenhäuser.

Besonders bitter für die jungen Menschen ist es, daß in ganz Berlin und Umgebung weit und breit keine Arbeitsplätze in den Pflegeberufen vergeben werden, sowohl in Krankenhäusern, Sozialstationen als auch in Arztpraxen. In den vergangenen Jahren sind aufgrund des bereits erfolgten drastischen Bettenabbaus über 25 000 Arbeitsplätze im Krankenhausbereich verlorengegangen. Die erneuten massiven Einschnitte, die durch den weiteren Bettenabbau aufgrund des Krankenhausbudgets* vorhersehbar sind, verschärfen die Perspektivlosigkeit der jungen gutausgebildeten Pflegekräfte, in Berlin einen Arbeitsplatz in

ihrem Beruf zu finden. Viele der Betroffenen haben sich zehn-, zwanzig- oder dreißigfach beworben und ausschließlich Absagen erhalten. Inzwischen gibt es nur noch den „gutgemeinten“ Rat, sich doch in Süddeutschland zu bewerben.

Viele der neuausgebildeten Krankenschwestern sind dazu bereit, sehen es aber dennoch als Alarmzeichen, daß eine ganze Berufsgeneration junger Pflegekräfte in Berlin nicht gebraucht wird.

Um auf ihre Situation aufmerksam zu machen, führten die 110 Pflegeschülerinnen der Charité einen ganztägigen Protesttag am Montag, 7.9.98, durch (siehe Bild).

(Presseerklärung der ÖTV Berlin, ergänzt - har)

* Zum Krankenhausgutachten werden wir in einer der nächsten Ausgaben berichten.

BERLIN UND BRANDENBURG FORDERN GENERALUNTERNEHMERHAFTUNG. Die Länder Berlin und Brandenburg wollen gemeinsam eine Bundesratsinitiative gegen Lohn- und Sozialdumping im Baubereich starten. Sie soll am 25. September eingebracht werden.

Trotz Bauinvestitionen in Höhe von knapp 30 Milliarden Mark gibt es allein in Berlin 30 000 arbeitslose Bauarbeiter, was einer Arbeitslosigkeit von 30 % entspricht. Neben il-

legaler Beschäftigung und Schwarzarbeit ist es vor allem die Niedriglohnkonkurrenz aus dem Ausland. Zwar gibt es in Deutschland durch das derzeit geltende Arbeitnehmer-Entsendegesetz Mindestlöhne auf dem Bau (Ost: 15,14 DM, West: 16 DM/Stunde), die auch für ausländische Unternehmen gelten. Faktisch läßt sich die Einhaltung des Entsendegesetzes wie auch die Einhaltung der Sozialversicherungs- und Steuerpflicht jedoch nicht überprüfen, da sich die ausländischen Subunternehmen oftmals nur für kurze Zeit hier aufhalten. Kernpunkt der Bundesratsinitiative ist nach Aussagen der Arbeitsministerin Bergmann (SPD) deshalb neben der Verlängerung des bis zum 31.8.99 befristeten Gesetzes die Forderung nach der Generalunternehmerhaftung. Die übliche Praxis hier ansässiger Konzerne besteht darin, Aufträge an ausländische Subunternehmen weiterzugeben. Da sie selbst nicht verpflichtet sind, das Verhalten der ausländischen Unternehmen zu überprüfen, entziehen sie sich selbst der Verantwortung zur Überprüfung der Einhaltung des Entsendegesetzes. Mit der Einführung der Generalunternehmerhaftung soll dieser „rechtsfreie Raum“ beseitigt werden. Mit hartem Widerstand der Bauunternehmen muß gerechnet werden.

Der Tagesspiegel v. 13.9.98
Zusammenstellung: alk, har



Aktion der Schweinfurter Arbeitsloseninitiative (SALI) am 8.9.98: Kanzler Kohl bei der feierlichen Bautafelenthüllung und Grundsteinlegung für das geplante Bauvorhaben: „Bundesanstalt zur Wahrung des demokratischen Scheins“.

IG Metall Vertrauenskörper Sick unterstützt Zwickel:

„Ende der tarifpolitischen Bescheidenheit“

Auf seiner letzten Sitzung am 26.8.1998 haben die Vertrauensleute bei der Sick AG Waldkirch folgendes Fax beschlossen an die Ortsverwaltung Freiburg, die Bezirksleitung Stuttgart, den Vorstand der IG Metall, z. Hd. Kollegen Zwickel:

Lieber Kollege Zwickel,

vielleicht Erinnerst Du Dich ja, daß wir uns schon einige Male an Dich gewandt haben, weil uns Äußerungen in der Presse oder Vorgehensweisen des Vorstands nicht gepaßt haben.

Diesmal wollen wir aber ausdrücklich unsere uneingeschränkte Unterstützung zum Ausdruck bringen: wir finden es unbedingt richtig und dringend erforderlich, das „Ende der tarifpolitischen Bescheidenheit“ bereits jetzt für die Tarifaufeinandersetzung 1999 in der Presse deutlich zu machen. Deshalb haben wir uns auch sehr gefreut, in der *Badischen Zeitung* vom 21.8.98 zu lesen:

„Zwickel erklärte, der Metall- und Elektroindustrie gehe es glänzend. ‚Deshalb kann und muß jetzt endlich wieder mehr Geld in die Taschen der Arbeitnehmer.‘ Die moderate Lohnpolitik der vergangenen Jahre habe sich für die Arbeitnehmer nicht ausgezahlt.“

Wir können das voll bestätigen: was die Gewinnlage der Firma Sick AG, in der wir arbeiten, angeht, so wurde 1997 der höchste Gewinn seit Bestehen der Firma eingefahren.

Wir haben in der Tarifaufeinandersetzung 1995 unseren ersten Warnstreik überhaupt hingelegt! Sicher wird es für die Unterstützung im nächsten Tarifkampf bei Sick sehr wichtig sein, daß für die vielen Frauen in der Produktion, wie überhaupt für alle Beschäftigten in den unteren und mittleren Lohn- und Gehaltsgruppen deutlich was rüberkommt. Deshalb fordern wir Euch auf, keine reine Prozentforderung, sondern einen Mindestbetrag mit aufzustellen.

Im übrigen hoffen wir, daß es bei der Beendigung der tarifpolitischen Bescheidenheit auch nach dem 27. September 1998 bleibt – auch und gerade falls der Kanzler Schröder heißen sollte!

(aus an/az, Freiburg)

Weltweiter Aktionstag am 8. September 1998

ÖTV: Fernfahrer wehren sich – „Übermüdung tötet“

Am 8. September fanden an den Grenzübergängen zu Frankreich Aktionen von Fernfahrern statt. Hierzu eine Pressemitteilung der ÖTV Baden-Württemberg.

Seit Dienstagmorgen, 7.45 Uhr, protestieren die Fernfahrer und Gewerkschaften aus Deutschland und Frankreich auf der Europabrücke in Kehl. Seit acht Uhr ruht der Lkw-Verkehr. Weitere Grenzübergänge wie Müllheim/Neuenburg und Beinheim/Iffezheim sollen nach Mitteilung der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) Baden-Württemberg im Laufe des Tages einbezogen werden. Der Pkw-Verkehr rollt weiter. Ursache ist der weltweite Aktionstag des Fahrpersonals am 8. September 1998. Dazu aufgerufen haben die internationalen und europäischen Verkehrsgewerkschaften. Die baden-württembergischen Proteste sind Teil der weltweiten Aktionen.

„Übermüdung tötet“ ist das Motto, unter dem sich die Fahrer zur Wehr setzen. Die ÖTV wies darauf hin, daß die bisherigen Arbeitszeiten der Fernfahrer bis zu 400 Stunden im Monat dauern können. Außer neun bis zehn Stunden zulässiger Lenkzeit, die häufig überschritten wird, sind fünf bis sechs Stunden zusätzliche Arbeit am Tag üblich, etwa für Beladen und Reinigen der Fahrzeuge. Die EU-Vorschriften erlauben schon bis zu 56 Stunden Lenkzeiten wöchentlich. Die Fernfahrer machen sich für eine Begrenzung der Gesamtarbeitszeit auf 48 Stunden in der Woche stark. Wegen des immensen Drucks, den die Arbeitgeber auf die Fahrer ausüben, der „Just-in-Time-Lieferungen“ und der zunehmenden Erpressung, dem sie beim Kampf um Ar-

beitsplätze ausgesetzt sind, fordern sie auch verstärkte Kontrollen. Eine Fahrer-Fehlreaktion kann katastrophale Auswirkungen haben. „Es muß also im Interesse auch der breiten Öffentlichkeit liegen, daß diese unhaltbaren Zustände auf Europas Straßen beendet werden“, erklärte die ÖTV Baden-Württemberg. Die Fahrer an den baden-württembergischen Grenzübergängen machen gemeinsam mit ihrer Gewerkschaft ÖTV vor allen Dingen auf die überlangen Lenkzeiten aufmerksam und verteidigen das bedrohte Wochenendfahrverbot. Sie setzen sich ein für familienfreundliche und kürzere Arbeitszeiten, mehr Sicherheit im Straßenverkehr, wirksame Kontrollen der Arbeitszeitvorschriften, angemessene Löhne, kürzere Lebensarbeitszeit und eine Verbesserung ihrer Ausbildungsbedingungen. Die ÖTV protestiert auch gegen den immer mörderischeren Konkurrenzkampf der Speditionen. Seit 1. Juli 1998 ist die Kabotage (bisher festgelegte Beförderungskontingente je EU-Land) weggefallen. Damit kann jede Spedition in jedem EU-Land alles zu ihren Konditionen befördern. Ausgetragen werde dieser Kampf auf dem Rücken der Fahrer und zu Lasten der Verkehrssicherheit, so die ÖTV. Dies hat man auch in Baden-Württemberg bei den Kontrollen im letzten Jahren festgestellt. Defekte Fahrzeuge, übermüdete Fahrer – das war die erschreckende Bilanz der Polizeikontrollen im ersten Halbjahr 1998 in Baden-Württemberg. Bei 72 Prozent der kontrollierten Lastkraftwagen mußte eine Anzeige erstattet werden. Im Busverkehr wurden 60,4 Prozent der kontrollierten Fahrzeuge beanstandet.

ÖTV Baden-Württemberg



DGB-Aktionen am 12.9.

Schulte: „Neuanfang nach Bundestagswahl“

Am 12. September führte der DGB in verschiedenen Städten Kundgebungen im Rahmen der Kampagne „Deine Stimme für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ durch. In Dortmund sprach der DGB-Vorsitzende Dieter Schulte. Wir dokumentieren in Auszügen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Es ist kalt geworden in Deutschland. Damit meine ich nicht die heutigen Temperaturen. Damit meine ich die soziale Kälte in unserem Lande. Und damit muß endlich Schluß sein. Wir müssen das Eis zum Schmelzen bringen. Und auch deshalb demonstrieren wir heute hier in Dortmund und in anderen Städten für den Politikwechsel.

Wir wollen endlich eine andere Politik – Eine Politik für Arbeit und für soziale Gerechtigkeit. Vor einigen Tagen gab der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit die neuesten Arbeitslosenzahlen bekannt. Die gute Nachricht dabei war: Es gibt weniger Arbeitslose als im Vorjahr. Und ich freue mich über jeden, der wieder einen Arbeitsplatz gefunden hat. Aber es bleibt die bittere Tatsache, daß noch mehr als vier Millionen Menschen arbeitslos sind...

Wir werden jeden Politiker gleich welcher Partei er angehört, an seine Verantwortung erinnern. Wer die leichte Erholung am Arbeitsmarkt zur Trendwende hochjubelt, der will die Menschen in diesem Lande täuschen...

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Wir leben in einem der reichsten Industrieländer der Erde. Und dennoch sind eine Million Kinder auf Sozialhilfe angewiesen. Diese Kinder brauchen Hilfe. Sie brauchen Unterstützung – vor allem die Unterstützung dieser Gesellschaft – denn auch diese Kinder sind unsere gemeinsame Zukunft. Und darum ist es ein unerträglicher Skandal, daß sich diese Regierung erdreistet, die Armut dieser Kinder einfach zu leugnen. Wie lebenswert ist denn für diese Kinder unser Land, frage ich die Bundesjugendministerin? Frau Nolte soll doch einmal erklären, warum es gerade für diese Kinder ein Glück ist, in Deutschland zu leben.

Dabei, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist Frau Nolte nicht die einzige Märchenerzählerin. Da haben viele Männer und Frauen ihr Leben lang gearbeitet und jetzt zieht diese Regierung eine Rentenreform durch, die ihre Altersrenten kürzt. Und dann verkündet der zuständige Minister auch noch unverdrossen – die Renten sind sicher. Glaubt er denn wirklich, die Menschen wüßten nicht, was in diesem Lande vor sich geht. Das Märchen, wonach die Arbeitslosen an der Arbeitslosigkeit schuld sind, haben sie uns ja schon lange genug erzählt. Ich frage: Wer

soll den jetzt an der Armut junger und alter Menschen schuld sein? Ich sage euch: Wir brauchen nicht lange nach Schuldigen zu suchen. Ich sage: Geht nach Bonn und geht zu den Zentralen der Wirtschaft – da werdet ihr die Schuldigen finden. Wir wollen keine neuen Wortschöpfungen, wir brauchen keine Beruhigungsspillen.

Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, was wir wollen ist endlich eine andere Politik in diesem Lande. Das ist das Ziel unserer Kampagne. Und unsere Kampagne hat nicht erst gestern oder vorgestern begonnen und auch nicht am 1. Mai. Unsere Kampagne ist die Antwort auf die größte Dummheit, die diese Regierung während ihrer Amtszeit begangen hat. Sie haben bewußt das Bündnis für Arbeit gebrochen.

Damals ging es dieser Koalition und den Arbeitgebern weder um Wachstum noch um Beschäftigung. Es ging ihnen höchstens um Zuwächse bei den Reichen und um Beschäftigung auf den Arbeitsämtern. Heute wissen wir: Sie wollten den Konflikt und sie haben eine Politik durchgedrückt, die sozial ungerecht und beschäftigungspolitisch wirkungslos ist. Wenn jetzt die Arbeitgeber laut davor warnen, Reformen zurückzunehmen, dann sage ich genau so laut und deutlich: – Die Kürzungen der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, – Die Aufhebung des Kündigungsschutzes für 7 Millionen Menschen, – Die Sparpolitik zu Lasten der Kranken, der Arbeitslosen und der Rentnerinnen und Rentner – diese Entscheidungen müssen wieder zurückgenommen werden!

Wir kämpfen für Reformen. Aber wir kämpfen für Reformen, die den Menschen in unserem Lande nützen und nicht für Reformen, über die sich dann einige Reiche freuen. In zwei Wochen werden die Wählerinnen und Wähler entscheiden, wer künftig unser Land regiert. Wir – der DGB und seine Gewerkschaften fordern von der neuen Bundesregierung: Auch Menschen, die nicht durch einen Tarifvertrag geschützt sind, brauchen wieder die volle Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. – Darum muß im Gesetz die volle Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wiederhergestellt werden. – Die Menschen brauchen Schutz vor willkürlichen Entlassungen und darum muß der Kündigungsschutz gerade in den Kleinbetrieben, im Handwerk, bei den Dienstleistungen wiederhergestellt werden. – Und wer jahrelang gearbeitet hat, darf nicht im Alter auf Sozialhilfe angewiesen sein. Darum fordern wir eine deutliche Korrektur der Rentenreform.

Und wir werden auch in Zukunft hart für unsere Rechte kämpfen müssen. Ich erinnere euch an den alten § 116: Dieser Antistreikparagraf muß endlich wieder gestrichen werden.

Meßlatte für jede neue Bundesregierung ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Und darum wird es ein neues Bündnis für Arbeit geben müssen. Noch betreiben die Arbeitgeberpräsidenten

fen Wahlhilfe für diese Bundesregierung. Aber einem neuen Bündnis werden sie sich gar nicht entziehen können. Den Unternehmern bleibt doch gar nichts anderes übrig, als jetzt endlich die Gegenleistung zu erbringen und Menschen einzustellen. In den letzten Jahren hat diese Regierung den Unternehmern doch Millionen an Steuern erlassen. Wir Gewerkschaften haben durch unsere Tarifpolitik alle Voraussetzungen für mehr Beschäftigung geschaffen. Wir wollen klare und eindeutige Verabredungen mit den Arbeitgebern und mit der Politik. Erstens: Wir wollen ein Programm das wirksam die steigende Jugendarbeitslosigkeit bekämpft. Jeder Jugendliche braucht einen zukunftsfähigen Ausbildungs- oder einen Arbeitsplatz. Zweitens: Wir müssen Arbeit gerecht verteilen. Wir wollen daher einen neuen Pakt zwischen den Generationen – zwischen den Älteren, die schrittweise aus dem Arbeitsleben ausscheiden und den Jüngern, die einsteigen können. Drittens: Wir fordern endlich eine aktive Beschäftigungspolitik. Es gibt genug Arbeit – im Umweltschutz, in der Infrastruktur, beim Wohnungsbau. Für diese Bereiche brauchen wir Innovationen und Investitionen. Das sind die Voraussetzungen, damit neue Arbeitsplätze geschaffen werden! Viertens: Wir fordern eine Qualifizierungsoffensive. Wir brauchen keinen neuen Niedriglohnsektor. Was wir brauchen ist Bildung und Weiterbildung vor allem für Langzeitarbeitslose. Und letztens, liebe Kolleginnen und Kollegen, es muß Schluß sein mit der ungerechten Belastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Steuern und Sozialabgaben. Was nützt uns eine noch so offensive Lohnpolitik, wenn von jeder Mark der größte Teil beim Staat oder der Sozialversicherung hängen bleiben. Jeder muß nach seiner Leistungsfähigkeit besteuert werden und darum dürfen auch Spekulationsgewinne und die Vermögen der Reichen nicht länger davon ausgenommen bleiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser Land braucht einen Neuanfang. Wir wollen einen fairen Interessenausgleich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Wir wollen die Weichen stellen für den Abbau der Arbeitslosigkeit und für mehr Solidarität in dieser Gesellschaft. Laßt uns gemeinsam in den nächsten Wochen dafür werben. Laßt uns gemeinsam die Menschen davon überzeugen, daß es sich lohnt, dabei mitzumachen. Wir wollen eine lebenswerte, eine tolerante und eine demokratische Gesellschaft. Aber bei einem hört unsere Toleranz auf: Bei den Dumpfbacken und Volksverhetzern, den Antisemiten und Ausländerfeinden. Wir werden ihnen weder die Straße, noch den Stammtisch und schon gar nicht die Diskussionsarena am Arbeitsplatz überlassen. Sie säen nur Haß und Schaden uns allen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Gleich wie die Wahl am 27. September ausgeht: Diese Wahl muß ein Sieg für die Demokratie werden.

Wir sind Mitglieder und WählerInnen der SPD, die die aktuelle Entwicklung im Bereich der Innenpolitik mit großer Sorge betrachten. Die liberalen Grundrechte der Verfassung werden zunehmend demonstriert. Mit dieser Erklärung rufen wir zu einem Politikwechsel für eine liberale und an den Menschenrechten orientierte Innen- und Rechtspolitik auf. Wir lehnen obrigkeitstaatliche Irrwege auch dann ab, wenn sie von Teilen der SPD-Spitze beschritten werden.

Für Integration – gegen Sondergesetze für Ausländerinnen:

Mit dem Schüren von Ressentiments gegen gesellschaftliche Minderheiten, in erster Linie gegen Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, versucht die Regierungskoalition, von der katastrophalen Bilanz ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik abzulenken. Sie leistet damit rassistischen Einstellungen Vorschub und bereitet den Boden für die Propaganda neofaschistischer Organisationen. Die von ihr als „Lösung“ verkaufte Abschiebung oder Ausgrenzung aller mißliebigen Minderheiten verstärkt die soziale Spaltung. Wir SozialdemokratInnen wissen jedoch, daß soziale Spaltung in einem Land Sündenbocktheorien geradezu herausfordert und daß „einfache Lösungen“ fatale Folgen haben.

Für den Erhalt der Grundrechte – gegen die Aushöhlung des Rechtsstaates:

Abschaffung des Grundrechts auf Asyl, Einschränkung des Rechtsschutzes, Einschränkung der Privatsphäre durch den großen Lauschangriff, Eingriffe in das Post- und Fernmeldegeheimnis, Aufgabe der Unschuldsumutung ... das Grundgesetz wird in großen Stücken demonstriert. Immer unter dem Vorwand, diese Einschnitte seien notwendig, um das „Recht der BürgerInnen auf Sicherheit“ zu garantieren – dabei ist das einzige, was hier garantiert wird, die Sicherheit des Staates vor den Menschen. Die Grund- und Menschenrechte sind Abwehrrechte des Einzelnen gegen den Staat – nicht umgekehrt. Sicherheit wird nicht durch Lauschangriffe oder Jugendgefängnisse bewirkt, sondern indem den Menschen eine Zukunftsperspektive eröffnet wird und endlich die Massenarbeitslosigkeit wirksam bekämpft wird: Wer von Jugendkriminalität redet, darf über die dramatisch gestiegene Jugendarmut nicht schweigen.

Für Demokratie und BürgerInnenrechte – gegen Überwachungs- und Polizeistaat:

Mit der überzeichneten Bedrohung der organisierten Kriminalität wird die Begründung für immer weitergehende Befugnisse der Polizei und des Bundesgrenzschutzes konstruiert. Mittlerweile ist fast die gesamte Bundesrepublik zum Grenzgebiet erklärt worden, in Zügen und auf Fernstraßen darf jeder jederzeit kontrolliert und durchsucht werden. Ein konkreter Verdacht ist dazu nicht mehr erforderlich, wer seinen Wohnort verläßt,

Politikfeld wie die Kriminalpolitik rational betreibt. Dazu gehört Ursachenforschung, dazu gehören nicht nur die Diskussion über soziale Ursachen, sondern auch die tatsächlichen Maßnahmen zu deren Beseitigung, dazu gehört das Eingeständnis, daß auch die Vorbeugung Geld kostet. Und: dazu gehört auch, daß sie nicht in den Stammtischchor des „Draufhauen-Einsperren-Rausschmeißen“ einstimmt.

• Daß sie bei der Verteidigung der Zivilgesellschaft gegen organisierte Kriminalität nicht weiterhin Stück für Stück die Bürgerrechte aushöhlt, sondern die in den letzten Jahren auf Kosten der Grundrechte erweiterten Polizeikompetenzen wieder auf das Notwendige und Verhältnismäßige beschränkt.

• Daß sie vom Bürger als Teil der zu schützenden Gesellschaft und nicht als potentieller Bedrohung ausgeht. Verdachtsunabhängige Personenkontrollen und vorbeugende Datensammlungen unbescholtener BürgerInnen haben in einem Rechtsstaat nichts verloren.

• Daß sie sich der Aufgabe stellt, den im Land lebenden Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit einen gesicherten Aufenthaltsstatus zu schaffen und ihnen gleiche Rechte zu garantieren. Ohne einklagbare Rechte kann es keine Integration geben.

wir erwarten eine Reform des Staatsangehörigkeitsrechts: Hier geborene und aufgewachsene MitbürgerInnen müssen die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten.

Wir wollen eine SPD-Politik, die über gesellschaftliche Mißstände, ihre Ursachen und Lösungsmöglichkeiten aufklärt, statt Vorurteile nachzubeten. Wir wollen eine SPD-Politik, die Freiheit, Demokratie und BürgerInnenrechte erweitert, statt sie einzuschränken.

Augsburger Erklärung für eine soziale, demokratische und humane Gesellschaft

Erstunterzeichnerinnen/Erstunterzeichner: **Dr. Klaus Hahnzog MdL** (Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer JuristInnen), **Michael Wendl** (Vorsitzender der ÖTV Bayern), **Ulrike Mascher** MdB (Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales), **Georg Wiesmaier** (Vorsitzender der GEW Bayern), **Walter Eßbauer** (Vorsitzender der IG Medien Bayern), **Monica Lochner-Fischer** MdL (AsF-Landesvorsitzende), **Bernhard Stiedl** (Vorsitzender der DGB-Jugend Bayern), **Dr. Gunther Pestel** (SPD-Vorsitzender Schweinfurt), **Frank Borger** (Präsidium der BayernSPD), **Gerhard Hain** (SPD-Vorsitzender Regensburg), **Harald Unfried** (Juso-Landesvorsitzender), **Erika Simm** MdB, **Wolfgang Vogel** (SPD-Kreisvorsitzender Erlangen), **Charlotte Pelka** (SPD-Landesvorstand), **Harald Güller** MdL, **Christa Hasenmaile** (stellvertretende Vorsitzende der IG Medien Bayern), **Uwe Hicksch**, **Heide Mattischeck** MdB, **Christa Naaß** MdL, **Werner Schieder** MdL, **Franz Schindler** MdL, **Horst Schmidbauer** MdB, **Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk** MdB, **Ernst Späth** (stellvertretender Vorsitzender der IG Medien Bayern), **Jella Teuchner** MdB, **Anne Voget** MdL, **Fabian von Xylander** (SPD-Landesvorstand), **Wilmya Zimmermann** MdEP, **Michael Fleischmann** (Rechtsanwalt), **Corinna Poll** (AsF-Landesvorstand), **Sonja Wild** (stellvertretende Juso-Landesvorsitzende)

Bitte Unterschriften bis 25.9.98 an das Juso-Landesbüro Oberanger 38 80331 München zurücksenden.

ist scheinbar allein dadurch schon ein „potentieller Straftäter“.

Auch die Zusammenarbeit von Polizei und Geheimdiensten ist kein Tabu mehr.

Aber ein Staat, der Schritt für Schritt zum Überwachungsstaat mutiert, bietet nicht Schutz und Sicherheit, sondern bringt nur Einschüchterung und Angst vor Repression. Wirksame Kriminalitätsbekämpfung heißt, an den Ursachen anzusetzen, nicht nur ein paar Täter festzunehmen und gleichzeitig durch Sozialkassenschlag und Massenarbeitslosigkeit viele weitere neue Täter hervorzubringen.

Wir erwarten von einer SPD-geführten Bundesregierung:

- Daß sie ihre Innenpolitik nicht zur Polizei- und Justizpolitik verkrüppelt, sondern daß sie das zivile Zusammenleben der Menschen freiheitlich gestaltet.
- Daß sie endlich aktive Schritte zur Integration von Minderheiten und zur Befriedung der Gesellschaft unternimmt und daß sie medienwirksamen Kampagnen gegen „kriminelle Ausländer“ und „gewalttätige Jugendliche“ aufklärerisch entgegentritt.
- Daß sie auch ein emotionalisiertes Po-



Unabhängigkeit und Sozialismus

„Ich bin Joseba Uranga Gastesi, geboren in Tolosa, Gipuzkoa, am 26. Januar 1964. Am 19. Januar 1984 verhaftete mich die Guardia Civil in meinem Heimatort wegen Mitgliedschaft in der ETA, und am 10. März 1998 entließ mich der Staat wieder, nachdem ich eine Anzahl Gefängnisse kennengelernt hatte – Carabanchel, Alcalá-Meco, Herrera de la Mancha, Sevilla II, Granada und El Puerto de Santa María II. Heute lebe ich wieder in Tolosa, meinem Geburtsort, und werde vielleicht bald mit Leire, meiner Freundin, in irgendeinem kleinen Appartement wohnen.“

Die Situation der baskischen politischen Gefangenen und die Solidarität mit ihnen

? Was würdest Du über die Zeit, die Du im Gefängnis verbracht hast, sagen wollen?

Es war wirklich hart. Die Grausamkeit des Feindes überschritt alle Grenzen, besonders nachdem die Politik der Dispersion (= Zerstreuung) in Kraft gesetzt worden war, und das hatte eine schreckliche Wirkung auf uns, die politischen Gefangenen, psychisch und physisch sichtbar. Trotzdem hatte ich während der langen Zeit im Gefängnis auch Gelegenheit, sehr gute Leute kennenzulernen, Leute, die zu kennen sich wirklich gelohnt hat. Warum sollte man es nicht sagen, die Beteiligung am Kampf für die Freiheit unseres Volkes – auf der Straße, im Gefängnis – bietet auch viele positive Seiten, und ich habe sie dort erlebt. Man muß in Rechnung stellen, daß nicht im Gefängnis gefoltert wird, sondern wenn man verhaftet wird. Im Gefängnis ist schlechte Behandlung (durch Schläge usw.) völlig ‚normal‘, sowohl für die sozialen als auch für die politischen Gefangenen, aber das muß als Rache verstanden werden, als Rache, die die Gefängniswärter ausführen. Es ist zum Beispiel ganz deutlich, daß nach einer ETA-Aktion überall eine Welle neuer Schläge zu verzeichnen ist.“

? Welche Medien konntest Du zur Information benutzen?

Bevor die Dispersion anging, lasen wir gewöhnlich jede Woche die Zeitungen und Zeitschriften der vorangegangenen Tage. Später erlaubten sie uns noch nicht einmal, den *Egin* in die Hände zu bekommen, und Jahre waren notwendig, irgendwie das Recht auf grundlegende Informationen garantiert zu bekommen. Heute haben sie in jedem Gefängnis ihre eigenen Kriterien. Gewöhnlich kommt *Egin* bequem herein. Nicht aber Medien, die nach Meinung des Staates ‚gefährlich‘ sind – darunter kann alles mögliche fallen.

? Wie zeigt sich gegenwärtig der Widerstand der baskischen Gefangenen?

Der Widerstand der Gefangenen steht in

einem breiteren Kontext. Es ist so, daß in Anbetracht dessen, daß der isolierte Gefangene konfrontiert mit der Dispersion wenig tun kann, die Abertzale-Linke (= „patriotische Linke“) schon vor langem beschlossen hat, die Gefängnis-Front auszuweiten und sie – folgerichtig – aus den Mauern der Gefängnisse herauszuholen. So liegt die Verpflichtung, dem Gefängnis entgegenzutreten, nicht in den Händen der Gefangenen alleine, denn in allen Bereichen und Sektoren, die die Abertzale-Linke erreicht, entwickelt sich der Widerstand. Drinnen entwickeln die Gefangenen Hungerstreiks, Einschließungen, Aufrühraktionen, Bezeichnungen, alles in allem, Initiativen gemäß den geringen Möglichkeiten in ihrer Verantwortung. Draußen werden auf allen Ebenen Aktionen und Aktivitäten organisiert, wie sie zu jeder Organisation und jedem Mitglied der Abertzale-Linken passen.

? Welchen Wert hat die Solidarität mit den baskischen Gefangenen?

Sie hat einen sehr großen Wert. Es ist ja so, daß sich Solidarität in zwei Bedeutungen präsentiert: Auf der einen Seite als Ausdruck der Menschlichkeit verstanden, auf der anderen Seite als politisch zu verstehend, weil man letzten Endes schon sieht, daß die baskischen Gefangenen als vollständig politische zu betrachten sind. Diese Solidarität hat zum Beispiel die Erreichung von so vielen Dingen in den Gefängnissen herbeigeführt. Für den Fall – das ist keineswegs wenig –, daß man in einer sehr ernsten Situation ist, hat der Druck der Straße die repressiven Maßnahmen zurückgeworfen. Daneben danken die Gefangenen von ganzem Herzen allen Initiativen für die Solidarität, die man ihnen zuteil werden läßt, Solidarität in den eben erwähnten zwei Bedeutungen verstanden.

? Welche Wege hältst Du für passend, die Gefangenen möglichst schnell ins Baskenland zu holen?

Alle. Die schlimme Situation der Gefangenen erlaubt keine Pseudo-Lösung und auch keine verlogenen Aussagen, wie sie gewöhnlich in diese Richtung gemacht werden. In diesem Sinn scheinen mir alle Wege legitim zu sein, die eingeschlagen werden können, um die Gefangenen ins Baskenland zu bringen, ohne daß ich mich persönlich zu sehr mit dem einen oder anderen Weg identifiziere. Auf jeden Fall ist klar, daß es der Druck des Volkes sein wird, der die Gefangenen herbringen wird, und so scheinen mir Aktivitäten und Initiativen außerordentlich wichtig zu sein, die vereinheitlichte Positionen der Leute fördern. Da gibt es Plattformen, Komitees und so weiter gemäß

ihrem gesellschaftlichen Platz. Aber, wie ich gesagt habe, es muß die Vorstellungskraft des Volkes sein, die über die zu beschreitenden Wege entscheidet.

? Kann der baskische Konflikt beendet werden ohne Amnestie? Sucht die Abertzale-Linke nach einer Möglichkeit, eine Amnestie zu erreichen?

Nein. Die Amnestie für sich selbst meint nicht die bloße Entlassung der Gefangenen, sondern daß die Probleme, die die Leute ins Gefängnis gebracht haben, auf eine gute und zufriedenstellende Art und Weise geregelt werden. Auf dem Weg der politischen Verhandlungen haben wir als einen Punkt, der zwischen ETA und dem spanischen Unterdrückerstaat durch ein Übereinkommen geklärt werden muß, den Punkt der Amnestie. Wenn einmal die Gefangenen und die politischen Flüchtlinge auf die Straße zurückgekehrt sind, wird es möglich sein, die Diskussion des Volkes demokratisch und in Freiheit zu entwickeln, so wie es verlangt werden muß. Andererseits ist die Abertzale-Linke nicht auf der Suche nach irgendeiner Möglichkeit, die Gefangenen frei zu bekommen. Wenn sie sich bietet, fein! Aber auch die Gefangenen selbst haben oft zu verstehen gegeben, daß ihre Entlassung die Konsequenz eines Verhandlungsprozesses sein wird, und so sollte niemand denken, daß der politische Konflikt irgendwie dadurch überwunden werden könnte, daß die Gefangenen herausgeholt werden. 1977 gab es eine Amnestie, aber schon ganz kurze Zeit später begannen sich die Gefängnisse wieder mit neuen militanten Gefangenen zu füllen. Die Abertzale-Linke will Freiheit. Die Gefangenen, als Teil der Abertzale-Linken stimmen mit diesem Ziel überein.

Baskischer Sozialismus und „partizipative Demokratie“ – erreichbare Zielsetzungen oder bloßer Traum?

? Wenn das Volk selbst entscheiden kann, hältst Du es dann für ein mögliches Ergebnis, daß das Baskenland ein sozialistisches Modell wählen wird?

Ja, aber es scheint mir nicht sehr passend zu sein, die Dinge so darzustellen. Nirgendwo hat es sich ereignet, daß das Volk den Sozialismus durch ein Wahl ausgewählt hätte – der Fall Allendes war nicht von solcher Natur –, sondern der Sozialismus wurde durch revolutionären Kampf erreicht. Das Volk kann sich für den Kampf entscheiden, und obwohl man fast alles darüber sagen kann, vermag das Kampfniveau im Baskenland gute Perspektiven zu eröffnen.

? Welche sozialistischen Modelle werden auf der Abertzale-Linken vorgeschlagen, die über die „partizipative Demo-



Großdemonstration für die Verlegung der baskischen politischen Gefangenen ins Baskenland

kratie“ hinausgehen?

Es scheint mir unnütz zu sein, Modelle vorzuschlagen, da ja letzten Endes jedes Volk sein eigenes „Modell“ hervorbringen muß. Die Geschichte ist voller Veränderungen, täglich finden wir zahlreiche neu auftauchende Elemente, und so würde es absurd sein, damit anzufangen, geschlossene Schemata zu konstruieren. Die Zeit wird uns Anweisungen geben, in welche Richtung wir gehen sollen und welchen Weg wir gehen müssen, und genau dann werden wir uns alle darüber unterhalten, welches „baskische Modell“ „das baskische Modell“ sein soll.

? Glaubst Du, daß Herri Batasuna eines Tages den Ansatz „partizipative Demokratie“ beiseite schieben, aufgeben wird, zum Beispiel um den Frieden zu erreichen oder um die Zusammenarbeit mit der Baskischen Nationalpartei (PNV) zu erleichtern?

Nein, das zu tun würde bedeuten, in sinnlose politische Werkelei zu verfallen, da es ja die soliden und gesunden Grundideen sind, die die Leute der Abertzale-Linken zusammenführen, und in diesem Sinn sind bei uns einige Dinge sehr klar – eines davon ist unser Mißtrauen gegenüber formeller Politik. Ich glaube, Herri Batasuna muß die Zusammenarbeit mit der Baskischen Nationalpartei so weit wie möglich kultivieren, aber genau in der Art und Weise, in der es die Vernunft gebietet, das heißt, an veränderlichen Momenten und Orten übereinzukommen, ohne die eigene Identität zu verlieren.

? Was die partizipative Demokratie betrifft, glaubst Du, daß es genug Möglichkeiten gibt, diese schöne und vielversprechende Idee zu verbreiten? Weiß eine Mehrheit im Baskenland schon, was das Konzept bedeutet?“

Das ist relativ. Die meisten Informationsmedien werden uns niemals helfen, die Idee zu verbreiten, und so ist es schwierig, die Leute massiv zu erreichen. Wie dem auch sei, die Abertzale-Linke hat schon vor langem gelernt, daß es viel besser ist, wenn die Praxis die Projektion der Ideologie ist, als wenn man sich in der Luft verliert beim Sprechen über die Ideologie. Wir werden unseren Weg fortsetzen, das wird unser direktestes Ausdrucksmittel sein, und genau solch eine politische Pädagogik wird auch absolut notwendig sein. Worte und Taten, genau das ist unser Motto.

Der baskische Konflikt und Herri Batasunas politische Möglichkeiten

? Welche Bedeutung haben die Beziehungen zwischen Herri Batasuna und den baskischen Gewerkschaften?

Eine sehr große. Endlich einmal ist die politische Isolation, die uns der spanische Unterdrückerstaat aufzwingen will, deutlichermaßen um konkrete Problemfelder herum – Gefangene und so weiter – zerstört worden, und darüber hinaus ist klar, daß die Zusammenarbeit zwischen der Abertzale-Linken und weiteren linken Organisationen absolut notwendig ist, um dem herrschenden neoliberalen Trend entgegenzutreten, immer innerhalb der Dynamik des Kampfes, der in einem nationalen Bezugsfeld verstanden werden muß. Diese Beziehungen müssen verstärkt werden, und ich bin sicher, daß Herri Batasuna alles in seiner Macht Stehende tun wird, damit man auf diesem positiven Weg weiter vorwärts kommt.

? Wie würdest Du den „Dritten gesellschaftlichen Bereich“ definieren, und wie bewertest Du diesen Bereich?

In den letzten Jahren haben im Baskenland viele Leute die parteienmäßige Teil-

lung beiseite gelassen und einige konkrete Probleme zu ihrem Kampffeld gemacht. Dies auf der einen Seite. Auf der anderen Seite gibt es einen breiten Sektor von Leuten, der von zwei Seiten her entstanden ist: Es gibt hier Leute, Abertzale und links, die in Hoffnungslosigkeit versunken sind während der langen Jahre unseres Kampfes, aber auch Leute, die sich bis jetzt in der Umgebung des Paktes von Ajuria Enea bewegen, obwohl sie nicht an eine militärische Lösung glauben. Irgendwie erscheint uns das, was den „Dritten gesellschaftlichen Bereich“ ausmacht, in letzter Zeit so: Es gibt keine Struktur, aber es ist hinreichend klar, daß die Mehrheit Abertzale und links ist, und daß der Bereich so die Notwendigkeit politischer Verhandlungen zur Überwindung der gewalttätigen Parameter des Konflikts äußerst hoch einschätzt.“

? Wird die ‚Einheit der baskischen Patrioten‘ und die Zusammenarbeit zwischen PNV, EA und Herri Batasuna deiner Meinung nach eines Tages so funktionieren wie es sein sollte?

Wie bereits gesagt, bei uns ist das, was den größten Wert hat, die Praxis. Nun haben zumindest bis jetzt weder PNV noch EA Informationen über ihren wirklichen politischen Willen angeboten. In Worten schon, sie können oft sehr schöne Dinge sagen. In der Praxis dagegen unterwerfen sie sich immer wieder dem spanischen Nationalismus auf den vielen Ebenen, die fundamental in der Realität unseres Volkes sein sollten – das heißt bezüglich der baskischen Sprache, der Erziehung, der Infrastrukturen ... Indem sie vom bloßen Willen zu wirklicher Arbeit, von Worten zu Taten übergehen würden, würden PNV und EA als politische Parteien an Glaubwürdigkeit vor der Abertzale-Linken gewinnen. Mit anderen Worten,

die Zeit wird es uns sagen.

? *Denkst Du, Herri Batasuna kann in der Zukunft ein Übereinkommen mit der Vereinigten Linken (Izquierda Unida) im Baskenland erreichen, um das Selbstbestimmungsrecht einzufordern oder auch um ein linkes Projekt voranzutreiben?*

Ja, aber dafür müßte die Vereinigte Linke eine noch positivere Einstellung bezüglich des Konflikts einnehmen, besonders müßte sie auf dem baskischen nationalen Aufbau mit einer baskischen Perspektive bestehen. Was sie uns bis jetzt zeigen, ist Unterordnung unter Madrid, verstanden in ideologischer und politischer Hinsicht, und so ist es – zumindest für den Moment – schwierig, an irgendein Übereinkommen zu denken. Auf jeden Fall hat die Abertzale-Linke sehr offene Appelle und Aufrufe vorgebracht, schon immer, aber besonders in der jüngsten Vergangenheit, daß alle, die dem Konflikt eine demokratische Lösung geben möchten, sich zusammentun sollten, um für diese Lösung zu arbeiten. Die Vereinigte Linke mag da ihren Platz finden, aber – es liegt in ihrer Hand.

? *Kannst Du Dir die Unabhängigkeit des Baskenlandes vorstellen, ohne daß Nafarroa teilnehmen würde? Was würdest Du vorziehen, die Unabhängigkeit ohne eine Provinz Nafarroa oder die Einheit Bizkaia, Arabas, Gipuzkoa und Nafarroas ohne Unabhängigkeit?*

Von der baskischen Unabhängigkeit ohne Nafarroa zu sprechen fällt mir sehr, sehr schwer. Dafür müßten die Einwohner Nafarroas sich dazu entschließen, ihren eigenen Weg getrennt von uns übrigen Basken zu gestalten, und heute ist das schwer vorstellbar, da keiner unserer Basken sich dort offen zum Recht auf Selbstbestimmung bekennt. Und es ist klar, was ich vorziehen würde: Daß das ganze Baskenland unabhängig würde. Die übrigen Möglichkeiten erscheinen mir als unbefriedigend.

Neue Kampfformen und die Zukunft des bewaffneten Kampfes

? *Viele Leute meinen, die baskische Abertzale-Linke kann nicht durch den bewaffneten Kampf der ETA den Sieg erringen, sondern durch ihre kluge und geschickte Politik. Welche Zukunft siehst Du für die gegenwärtige Kampfform der ETA?*

Ich bin nicht Mitglied der ETA, und somit kann ich nicht wissen, welche Untersuchungen und Analysen die Organisation in Hinblick auf die Zukunft tätigt. Jedenfalls kann jeder Analytiker sehr klar sehen, daß ETAs militärisches Vorgehen mit politischen Inhalten überreich versehen ist. Es ist ja so, daß ETA die Verantwortung für alle ihre Aktionen durch Dokumente übernimmt, die mit Politik gefüllt sind. Und die politische Glaubwürdigkeit, die ETA im Baskenland gewonnen hat, ist nicht zu leugnen, was selbst

ihr erbittertster Feind sicherlich zugeben wird. Vorwärts blickend wird ETA meiner Meinung nach untersuchen müssen, wie die politisch-militärische Strategie in der heutigen baskischen Gesellschaft verstanden werden kann, ausgehend von dem Weg, der durch den Bericht „KAS-Block-Leitfaden“ markiert ist. Jedenfalls hat ETA durch die Verkündung der „Demokratischen Alternative“ in alle vier Himmelsrichtungen mitgeteilt, daß sie sofort den bewaffneten Kampf einstellen würde, wenn die Bedingungen für einen Waffenstillstand erfüllt wären, und wenn wir berücksichtigen, daß ETA das erste und das letzte Wort des demokratischen Prozesses in die Hände des Volkes gelegt hat, können wir sagen, daß ETA tun wird, was das Volk ihr durch Wort und Tat, aber notwendigerweise in Freiheit, befehlen wird.

? *Denkst Du, ein Teil der Abertzale-Linken ist der wichtigste?*

Die Abertzale-Linke ist historisch in Bezug auf die Ideologie um ETA herum strukturiert, und darüber hinaus hat die Härte des Kampfes sehr tiefe emotionale Bedingungen mit dem kollektiven Subjekt, das ETA annimmt, erzeugt. Aber die Abertzale-Linke ist mehr, viel mehr als ETA, und ich bin sicher, daß ETA in ihrem Moment wissen wird, ihre Beiträge vollständig in politischen Organisationen zu leisten. Da die Achsen der Abertzale-Linken Unabhängigkeit und Sozialismus sind, sind ihre Strukturen Werkzeuge. Und natürlich kann ETA nichts anderes sein als genau das.

? *Da ETA gewöhnlich versucht, ihre Gegner zu töten, können die spanischen Nationalisten ohne größere Probleme „die Einheit aller Demokraten gegenüber der Gewalt“ einfordern. Da das Geld (in Spanien wie in der ganzen Welt) das Wichtigste und das alles Beherrschende ist: Warum hat ETA Deiner Meinung nach bis jetzt noch nicht bedeutendere ökonomische Ziele angegriffen, um dem Staat schmerzhaften ökonomischen Schaden zuzufügen?*

Meiner Meinung nach hat ETA lange Jahre hindurch hauptsächlich das antirepressive Feld bearbeitet. Zusammen damit hat sie die politischen und juristischen Strukturen des Staates ziemlich hart direkt getroffen. Daneben, daß es schwierig ist, eine andere Infrastruktur zu erreichen und aufrecht zu erhalten, die nötig wäre, ökonomischen Schaden zu verursachen, hat ETA meiner Meinung nach das Feld der Wirtschaft beiseite geschoben, um andere Ziele zu treffen, die in den Analysen der ETA noch größere Bedeutung haben, bedeutend von Natur, aber zur gleichen Zeit vor den Leuten abstrakter bleibend als das Berühren der Wirtschaft. Daneben paßt meiner Meinung nach der Sachverhalt, daß ETA keine Ziele auf der Ebene der Wirtschaft angeht, in Rechnung stellend, wie wichtig

diese sind, zu einer eigenen Analyse bezüglich des Prozesses, vielleicht denkt ETA ja, sie kann diese möglichen Ziele für „andere Phasen“ lassen, immer gemäß einer politisch-militärischen Lesart.

? *Was können wir aus dem irischen Friedensprozess lernen, wenn wir das Selbstbestimmungsrecht für das Baskenland fordern wollen und wenn die Abertzale-Linke das Baskenland von den Repressionskräften befreien will?*

Es gibt viel, was daraus gelernt werden muß, aber in einer kurzen Zusammenfassung würde ich das Folgende erwähnen: Als erstes, daß durch bewaffneten Kampf, zusammen mit anderen Kampfmethoden, die politischen und juristischen Strukturen verändert werden können; als zweites, daß ein Waffenstillstand nicht gewissermaßen eine Vorbedingung ist, um den Verhandlungsprozeß in die Wege zu leiten und dann fortzuführen; als drittes, daß ein politischer Minimalkonsens zwischen den patriotischen Parteien und sonstigen Kräften absolut notwendig ist, um vor der zentralistischen Macht stark zu erscheinen, und als letztes, um mich nicht zu weitschweifig auszulassen, daß man den Frieden erreichen kann, auch wenn alles ganz dunkel aussieht, wenn der Wille dafür da ist.

? *Welche Möglichkeiten siehst Du für die Abertzale-Linke, wenn sie neue Kampfformen verwenden würde? Welche neuen Kampfformen würden Dir gut gefallen?*

Ohne irgendeinen Zweifel wäre das, was mir am besten gefallen würde, die Entwicklung eines Kampfes ohne Blutvergießen. Man muß sich bewußt sein, daß die politischen, kulturellen, sozialen, ökonomischen Initiativen und Aktivitäten der Abertzale-Linken weitaus reicher sind als eine bloße Projektion der politisch-militärischen Praxis der ETA. Im täglichen Leben verwendet die Abertzale-Linke eine Menge gewaltloser Kampfmethoden – auf der Straße, in den Institutionen, in den Unternehmen und Fabriken ... Und man muß sich darüberhinaus dessen bewußt sein, daß wir sehr große Erfahrung darin haben uns zu organisieren, bis wir eine lebendige, antreibende Kraft in einer sozialen Dynamik werden. Die Abertzale-Linke hat eine sehr große Zukunft; bis jetzt haben wir unser politisches Projekt noch nicht praktisch umgesetzt, was wir vorschlagen und kultivieren ist der Kampf für die fundamentalen demokratischen Rechte des baskischen Volkes. Nachdem die „Demokratische Alternative“ erreicht ist, wird unser Tanz beginnen.

Dieses erste Interview führte Manfred Ostrowski in Lastur, Gipuzkoa, am 4. Juli 1998. Interviewpartner Joseba Uranga Gastesi, Antworten auf Baskisch.

•

Gleichstellung aller Lebensweisen!

Ende August beschloß der Hamburger Senat einen Gesetzentwurf, nach dem sich schwule und lesbische Paare in einem Hamburger Standesamt in ein „Partnerschaftsbuch“ eintragen lassen können, sofern ein Partner bzw. eine Partnerin den Hauptwohnsitz in Hamburg hat. Daraus ergibt sich zunächst einmal rechtlich nichts; möglich ist allerdings, „Rechten und Pflichten“ durch einen notariellen Zusatzvertrag zu regeln. Krista Sager (Bündnis 90 / Die Grünen), Senatorin für Gleichstellung, pries den Gesetzentwurf als einen „wichtigen Schritt, um die Diskriminierung von Schwulen und Lesben abzubauen“, der Schwulenverband wertet ihn gar einen „historischen Erfolg“.

Die frühere Senatorin für Gleichstellung Christina Weiß hielt im Dezember 1996 auf der Tagung „Ehe für alle?“ an der Evangelischen Akademie in Hamburg einen Vortrag, in dem sie aus der knappen Darstellung der (durchaus interessanten)

Geschichte der Ehe die Schlußfolgerung zog: „... es führt kein Weg daran vorbei, daß die Ehe in Europa keineswegs als monolithische Institution vom Himmel gefallen ist. Sie hat vielmehr in ihrer langen Geschichte unterschiedliche Entwicklungen durchgemacht und ist keineswegs immun gegenüber Veränderungen gewesen ... Um am Ende des zweiten Jahrtausends diese Entwicklung fortzuschreiben und die Institution Ehe für gleichgeschlechtliche Partner zu öffnen, braucht es neben den gesetzlichen Anstrengungen viele Verbündete.“

Darum geht es: Der Entwicklung einer Vielfalt von Lebensformen, die sich nicht nur in einem hohen Anteil gleichgeschlechtlicher Beziehungen niederschlägt – 5 bis 10 % der Bundesbürger und Bundesbürgerinnen haben eine lesbische oder schwule Beziehung –, sondern in der Statistik in sinkenden Heiratszahlen, steigenden Scheidungsraten, der großen Zunahme von nichtehelichen Lebensgemeinschaften (3,3 Millionen Menschen), einem steigenden Anteil von Alleinerziehenden (2,8 Millionen), einem hohen Anteil von Single-Haushalten (in der BRD ein Drittel, in Großstädten oft die Hälfte aller Haushalte), einer stabilen Anzahl von Wohngemeinschaften unterschiedlichster Art ... zeigt, soll zwar in gewisser Hinsicht Rechnung getragen werden. Aber nicht durch die Gleichstellung aller Lebensweisen, d.h. Aufhebung der Privilegien der Ehe und der Benachteiligungen anderer Lebensweisen, sondern dadurch, daß die Institution Ehe und die mit der Ehe verbundenen Privilegien wie die auf ihr gründenden wirtschaftlichen und rechtlichen Abhängigkeits- und Unterdrückungsverhältnisse auf mehr Menschen ausgeweitet werden, die Ehe sozusagen in Anpassung an die realen Verhältnisse modernisiert wird.

Auch in der SPD gibt es fortschrittliche, die Privilegierung der Ehe problematisierende Positionen, wie im Kasten dokumentiert. Die Grünen setzen sich in teilweise rasantem Tempo von alten, tendenziell auf die Aufhebung von Ehe und Familie zielenden Forderungen ab und huldigen zunehmend konservativen Wertvorstellungen, in denen die heilige Familie einen zentralen Stellenwert hat. Denn durch alle Entwicklungen hindurch gilt für die Familie seit über 2000 Jahren das Cicero-Wort von der „Pflanzschule des Staates“. Auch Hegel etwa wußte, daß die „Heiligkeit der Ehe“ die „Festigkeit des Ganzen“ – d.h. des Staates – ausmacht. Über alle Änderungen und Reformen hinweg steht die Institution der bürgerlichen Ehe der gleichberechtigten und freien Gesellung der Menschen entgegen. Der „besondere Schutz“, den der Staat der Ehe zukommen läßt, si-

chert immer auch und zuerst Abhängigkeitsstrukturen, in der Regel zu Lasten der Frauen und der Kinder, wie umgekehrt die Abhängigkeitsstrukturen der Einmischung des Staates in die Beziehungen der Menschen Raum schaffen und damit die Rolle des Staates stärken.

Vielleicht trifft es ja zu, daß die „Hamburger Ehe“ der Diskriminierung von Schwulen und Lesben im gesellschaftlichen Leben entgegenwirkt. Aber auch in dieser Beziehung ist sie zumindest unbefriedigend und politisch halbherzig. Selbst wenn die Ehe auf gleichgeschlechtliche Partnerschaften ausgeweitet würde, wie dies die Grünen vor allem fordern, würde dies wieder nur einer weiteren kleinere Gruppe zu den Privilegien der Ehe verhelfen. Unter den gegenwärtigen Bedingungen gibt es zwar viele ernstzunehmende Gründe für eine Ehe: Lesbische und schwule Paare können kein gemeinsames Kind adoptieren; Schwule und Lesben ohne deutschen Paß erhalten kein Aufenthaltsrecht in der BRD, wenn sie hier mit ihrem Partner oder ihrer Partnerin leben wollen. Mitbewohnerinnen haben kein Recht, in den Mietvertrag des verstorbenen Mieters einzutreten. Es gibt für Nichtverheiratete keine Möglichkeit, Wohnberechtigungsscheine zusammenzulegen. Erbschaften von verstorbenen Freunden und Freundinnen werden wesentlich höher bewertet als die von Ehepartnern ...

Aber viele lesbische und schwule Paare, das zeigen die Erfahrungen aus anderen Ländern, wollen sich nicht registrieren lassen bzw. nicht heiraten. Sie bleiben dann ebenso benachteiligt wie andere nichteheliche Lebensgemeinschaften, von anderen Lebensformen – Wohngemeinschaften, „soziale Familien“ mit Kindern oder Singles – ganz zu schweigen. Es ist vielmehr vorhersehbar, daß die rechtlichen Forderungen für alle anderen viel schwerer durchzusetzen sein werden. Insofern ist die „Hamburger Ehe“ nicht einmal ein erster Schritt in die richtige

B'90 / Die Grünen 1996

„Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. Dem Deutschen Bundestag einen Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes vorzulegen, der den Schutz von Ehe, Familie und anderen Lebensgemeinschaften folgendermaßen neu faßt: „Die Ehe und andere Lebensgemeinschaften werden rechtlich anerkannt und geschützt. Die Familie, das solidarische Zusammenleben von Menschen mit Kindern oder hilfs- und pflegebedürftigen Personen, unterstehen dem besonderen Schutz und der staatlichen Förderung.“

2. Dem Deutschen Bundestag einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die nichteheliche Lebensgemeinschaft im Familienrecht anerkennt, den Partnerinnen und Partnern einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft mindestens die Rechte von Familienangehörigen, wie sie selbst Verlobte haben, zugesteht und die rechtlichen Folgen des Zusammenlebens und der evtl. gemeinsamen Sorge, Adoption oder Pflege von Kindern regelt. (...)

4. Die patriarchalen Relikte im Ehe-rechte müssen beseitigt werden, insbesondere durch die Einführung der Strafbarkeit der Vergewaltigung in der Ehe, die zumindest schrittweise Beseitigung des Ehegattensplittings sowie die Stärkung des Individualprinzips im Sozial- und Steuerrecht.“

(Aus: Antrag der Abgeordneten Volker Beck u.a. und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen) vom 3.1.1996, Drucksache 13/3431)

B'90 / Die Grünen 1998

Wir betonen ausdrücklich die Bedeutung von Ehe und Familie. Gerade deshalb treten wir für das Eheschließungsrecht homosexueller Paare ein. Die katholische Kirche sollte sich von einer ihrer Lebenslügen verabschieden und die Lebensrealitäten auch innerhalb der Kirche nicht ignorieren.

(Christa Nickels und Gunda Röstel (B 90/ Die Grünen, in einer Presseerklärung anlässlich des „Wortes deutscher Bischöfe zur Bundestagswahl 1998“, 28.8.1998)

Richtung. Es ist eher zu befürchten, daß sie einer ehemals oppositionellen politischen Bewegung die Zähne zieht, die sie den staatlichen Institutionen von Ehe und Familie einstmals zeigte.

Für eine wirkliche Wahlfreiheit unter den verschiedenen Lebensweisen müssen die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen werden.

Zur Gleichstellung aller Lebensweisen – ein Antrag der PDS-Bundestagsgruppe

Diesen Versuch, der Vielfalt des menschlichen Zusammenlebens rechtliche Anerkennung zu verschaffen, unternimmt ein Antrag (Entwurf), den die Abgeordnete Christina Schenk und die PDS-Bundestagsgruppe mit Datum vom 21. August 1998 vorgestellt haben: „Zur Gleichstellung aller Lebensweisen“. Er unterscheidet sich von der mit der „Hamburger Ehe“ eingeschlagenen Richtung deutlich.

Der Antrag orientiert sich an zwei Grundsätzen: an der Abschaffung aller Sonderregelungen für Verheiratete und an der Zuerkennung von individuell gestaltbaren Rechten jeder einzelnen Person – gegenüber dem Staat wie gegenüber nahestehenden Menschen.

Aus dem ersten Grundsatz folgt zunächst die Forderung nach Änderung des Grundgesetzes, demnach soll nicht eine bestimmte Form des Zusammenlebens – die Ehe – gefördert werden, sondern bestimmte Aufgaben, die Menschen verrichten: 1. Grundgesetzänderung. In Art. 6 Abs. 1 GG ist der besondere Schutz der staatlichen Ordnung für die Ehe aufzuheben. An seine Stelle ist der Schutz, die Förderung und die besondere Rücksichtnahme der Gesellschaft für Menschen zu setzen, die Kinder oder Hilfsbedürftige betreuen.“

Entsprechend sollen alle Rechtsvorschriften außer Kraft gesetzt werden, die eine direkte oder indirekte finanzielle Begünstigung von Ehepaaren beinhalten (so vor allem das Ehegattensplitting und die besonderen Sozialzulagen für Verheiratete im BBesG wie im Arbeitsrecht). Das System steuerlicher Vergünstigungen für bestimmte gesellschaftliche Gruppen soll durch direkte Leistungen für unterstützungswürdige Arbeiten ersetzt werden und nur noch Personen zugute kommen, die Pflegebedürftige oder Kinder betreuen. Auch die Rechtsvorschriften, die unmittelbare oder mittelbare Unterhaltsverpflichtungen zwischen Erwachsenen beinhalten und die der Selbständigkeit der Beteiligten und einer gleichberechtigten Beziehung im Wege stehen, sind aufzuheben.

Zum zweiten Grundsatz heißt es in einem Vorwort zu dem Antrag:

„Kernpunkt unserer Lösung ist die Individualisierung des Rechts: Jede einzelne Person soll – unabhängig von Herkunftsfamilie, Ehe oder anderen Beziehungen – rechtlich gleichgestellt werden.

Was bedeutet das im einzelnen?

Die ökonomischen und rechtlichen Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Er-

Schwule Sozialdemokraten in Niedersachsen

„Die Gleichstellung erwachsener Menschen untereinander, unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer sexuellen Identität und ihrer jeweiligen Lebensform, kann nur erreicht werden, wenn jeder in seinen Beziehungen zu anderen und zum Staat als eigenständiges Individuum betrachtet und auch im Recht entsprechend behandelt wird. Zentrale Voraussetzung für die Eigenständigkeit des Individuums ist seine wirtschaftliche Eigenständigkeit. Diese kann nur erreicht werden, wenn Unterhaltsansprüche zwischen Erwachsenen ersatzlos wegfallen, die Individualbesteuerung eingeführt, dadurch das Ehegattensplitting abgeschafft und statt dessen die Steuer-

wachsenen werden abgeschafft. Unterhaltsverpflichtungen fallen weg. Statt dessen hat jeder Mensch eigenständige Ansprüche auf Sozialhilfe, Arbeitslosen- und andere sozialrechtliche Leistungen unabhängig vom Einkommen ihm nahestehender Personen (idealtypisch vereint in der Sozialen Grundsicherung (von derzeit geforderten 1.425 DM – scc)). Damit einher geht die individuelle Besteuerung: Jede Person gibt eine eigene Einkommensteuererklärung ab, in der nur ihre Bezüge Berechnungsgrundlage sind.

Der Spielraum für die individuelle Gestaltung der persönlichen Rechtsverhältnisse wird stark erweitert: Jede Person kann zukünftig selbst entscheiden, bei wem sie zum Beispiel das vom Staat eingeräumte Zeugnisverweigerungsrecht in Anspruch nehmen will. Die bis dato gültige Fassung ist eine starre Regelung, die ein Zeugnisverweigerungsrecht per se nur Verwandten und EhepartnerInnen zuerkennt.

Jede Person kann selbst entscheiden, welche Menschen ohne deutschen Paß sie in die Bundesrepublik einladen möchte, um ihnen hier einen gesicherten Aufenthalt zu ermöglichen. Das Zuzugsrecht in die BRD beschränkt sich also nicht mehr nur auf EhepartnerInnen.

Auch die Binnenverhältnisse von Beziehungen kann jeder und jede frei regeln. Der Wegfall der Pflichtteilsregelung im Erbrecht zum Beispiel ermöglicht es, selbstbestimmt das eigene Vermögen zu vererben. Und über die PatientInnenverfügung kann mensch festlegen, wer im Krankheits- oder Sterbefall auskunfts- und mitentscheidungsbefugt ist.“

Im Vorwort werden unter anderem zwei Probleme angesprochen, die aus dem Antrag erwachsen könnten: Zum einen sei fraglich, „ob alle Menschen mit der ‚neuen Unübersichtlichkeit‘ umgehen könnten“. Möglicherweise fördere der Antrag, der stark auf die Fähigkeit zur Selbstorganisation und das Selbstbewußtsein der einzelnen setze, nur die gut

freiheit des Existenzminimums eingeführt wird, ein eigenständiger Anspruch auf Leistungen der Systeme der sozialen Sicherung, insbesondere aus einer einzuführenden sozialen Grundsicherung, besteht. (...) Wir treten dafür ein, die Ehe nicht mehr als eine potentiell auf die Fortpflanzung ausgerichtete Lebensform anzusehen, die deshalb gegenüber anderen Lebensformen besonders zu schützen ist. Wir wollen die Ehe ‚entprivilegieren‘ und zugleich die Situation derjenigen Lebensformen verbessern, in denen Kinder aufwachsen.“

(Aus: Diskussionspapier der Schwulen Sozialdemokraten in Niedersachsen, Arbeitskreis beim SPD-Landesvorstand, „Lebensvielfalt – Zukunft gestalten“, November 1996)

informierten und rechtlich kompetenten Menschen. Zum anderen mache sich Unbehagen breit, ob mit dem Antrag nicht gesellschaftliche Vereinsamungstendenzen gefördert würden. „Bereiten wir ... den Weg für eine Gesellschaft lauter Verträge-abschließender Singles, die – ohne staatliche Förderung einer Zweierbeziehungsform – vereinsamen, statt sich ihre Kollektive selbst zu schaffen?“ Tatsächlich geht es gerade nicht um Individualisierung und Atomisierung der Gesellschaft, sondern um die rechtliche Anerkennung der bestehenden Vielfalt. „Ob wir allerdings diesem Anspruch mit unserem Modell gerecht werden können, ließe sich wohl erst nach Jahren neuer Rechtspraxis klären ...“ scc

Forderungen der PDS

- Jeder Mensch versteuert nur sein eigenes Einkommen. Abschaffung des Ehegattensplittings.
- Jeder Mensch hat einen eigenständigen Anspruch auf sozialrechtliche Leistungen – für jede Person bei Bedarf eine Grundsicherung von z.Zt. 1.425 Mark sowie eine eigene Rente. Unterhaltsverpflichtungen zwischen Erwachsenen fallen weg.
- Entscheidungen über Adoptionen orientieren sich ausschließlich am Wohl des Kindes.
- Wohnberechtigungsscheine dürfen zusammengelegt werden, um eine gemeinsame Wohnung beziehen zu können.
- MitbewohnerInnen haben das Recht, in den Mietvertrag des verstorbenen Mieters oder der Mieterin einzutreten.
- Die Erbschaftssteuer richtet sich allein nach der Höhe des Erbes und nicht nach den Beziehungen zwischen dem Erblasser bzw. der Erblasserin und den ErbInnen.
- Das Zeugnisverweigerungsrecht wird auf nahestehende Personen ausgeweitet.
- Aufenthaltsrecht für ausländische Partner/innen von Lesben und Schwulen.s



Hunno Hochberger, Emil Hruška: **Der deutsche Hegemonialanspruch: Gefahr für Mitteleuropa.** Thesen zur Entwicklung der (sudeten-)deutsch-tschechischen Beziehungen. Ein historisches Lesebuch.
Bezug über: GNN Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Telefon: 03204/65711, Fax: 03204/65893 oder über jede Buchhandlung: ISBN-Nr. 3-9805441-2-5 256 Seiten, Format 16x23,5 cm, 28 DM

Aus dem Geleitwort von Eva Bulling-Schröter (MdB, PDS): Die genaue Kenntnis der politischen und rechtlichen Traditionen des Staates ist Herrschaftswissen. Besonders in Fragen des Völkerrechts reicht das Gefühl für Recht und Unrecht, wie es aus der persönlichen Lebenserfahrung entsteht, zur Beurteilung der Sache oft nicht aus. Der Verlockung des Hitlerfaschismus widerstanden unter den Sudetendeutschen nur wenige, politisch gebildete, in der Kritik von Herrschaftswissen erfahrene Menschen, die wußten, was die Nazis beabsichtigten und die Folgen ahnten. Die überwältigend große Masse täuschte sich über das Verbrechen, in das sie hineingerissen wurde und zeigte sich – oft bis zum heutigen Tag – wegen der Folgen überrascht. Das vorgelegte Buch holt Herrschaftswissen aus den Archiven heraus und stellt politische Zusammenhänge dar, die in den heutigen deutsch-tschechischen Beziehungen belastend wirken. Ziel ist, in der öffentlichen Meinung die Kritik an großdeutschen und völkischen Traditionen zu fördern und die Dringlichkeit politischer Schritte zur Auflösung dieser Traditionen klarer zu machen.

ADRESSAUFKLEBER

21. – 24. September: Herbstvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz in Fulda

27. September: Bundestagswahl, Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern und Kommunalwahlen in Brandenburg

3. Oktober: Einheitsmarkt der PDS in Berlin

16. – 18. Oktober: 17. Bundeskongreß der Jungen Liberalen (Julis) in Berlin

GEÄNDERT: 17./18. Oktober: Herbsttagung des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften in Köln

11. Oktober: a.o. Gewerkschaftstag der IG Metall in Mannheim

16. Oktober: Bundeskongreß der Jungen Liberalen in Berlin

23. – 25. Oktober: 11. o. Bundesversammlung von B90/Die Grünen in Bonn

3. – 22. November: Friedenswochen, Veranstaltungen der Friedensinitiativen

30. Oktober: Tag der Erwerbslosen (Welspartag), bundesweite Aktionen der Arbeitslosen Gruppen. Vorschläge der Initiativen zu Motto und Themen: „Arbeitslos und Niedriglohn sind das Sparschwein des Patron“ – „Der Euro macht die Banken reich, soziale Schranken bleiben gleich!“ – „Wir lassen uns nicht zur Sau machen!“ (mit echter Sau oder Sparschwein) – „Ob Euro oder deutsche Mark, das macht den Arbeitsmarkt nicht stark“

7. November: 80 Jahre Räterevolution 1918–1998, Veranstaltungen und Aktionen

9. November: Gedenken an die Reichspogromnacht, Mahnwachen und Veranstaltungen

9. – 13. November: Gewerkschaftstag der

NGG in Hamburg

11. – 16. November: 3. Tagung der 9. Synode der EKG

27. – 29. November: JU-Deutschlandtag in Weiden

29. – 30. November: 11. Parteitag der CDU in Bonn

8. Dezember: SPD-Bundesdelegiertenkonferenz (Aufstellung Liste Europawahl) in Saarbrücken

11./12. Dezember: EU-Beschäftigungsgipfel in Wien – Europaweite Euromarsch-Aktivitäten dagegen

16./17. Januar 1999: 6. Bundesparteitag der PDS in Berlin, Neuwahl des Vorstands

23./24. Januar 1999: Europäische Konferenz der Euromarschinitiativen gegen Erwerbslosigkeit in Köln

7. Februar 1999: Landtagswahl Hessen

9. Februar 1999: 100 Tage Prüf-Plakette bundesweite Aktionen der Arbeitslosen Gruppen zur Bewertung der Taten der Bundesregierung

6./7. März 1999: Bundesparteitag der PDS in Suhl (Thüringen) stellt Liste für die EU-Wahl auf

13./14. März 1999: Frühjahrskonferenz des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften in Köln

23. Mai 1999: Bundesversammlung wählt Bundespräsidenten

4./5. Juni 1999: EU-Rat in Köln. Die Bundesregierung führt dort den Vorsitz. Aktionen der Euromarschbewegung.

18./20. Juni 1999: Weltwirtschaftsgipfel in Köln. Ein bundesweites Bündnis bereitet Protestaktionen vor.

13. Juni 1999: Europawahlen

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHN TÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Gutenbergstraße 48, 70176 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Martin Fochler, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030/69 40 10 39, Fax: 030/69 40 10 41.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761/34961

Regionales West und Ost: Jörg Detjen, (West), GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21/21 16 58, Fax: 02 21/21 53 73.; Rüdiger Lötzer, (Ost) s.o. „Aktuelles...“. **Regionales West und Ost** wird in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Linke Kommunalpolitik hergestellt.

Aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler, GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11/62 47 01, Fax: 07 11/62 15 32.

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seiten: Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040/43 18 88 20, Fax: 040/43 18 88 21.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11/62 47 01, Fax: 07 11/62 15 32.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78 DM (Förderabo 130 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 67,60 DM, Sozialabo: 52 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

☐ 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

☐ Halb- ☐ Jahresabo (39 DM / 78 DM je Einzelabo)

☐ Halb- ☐ Jahres-Förderabo (65 DM / 130 DM).

☐ Halb- ☐ Jahres-Sozialabo (26 DM / 52 DM).

☐ Halb- ☐ Jahresabo neue Länder (33,80 DM / 67,60 DM)

☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart